

INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM

auswärts 3 DM

23. September 1993

Nr. 254

KUNDGEBUNG VORM ARBEITSAMT

Charlottenstraße · Kreuzberg · 29.9. · 11.00 Uhr

Nach § 218, Asylrechtsänderung, Mieterhöhungen und Gesundheitsreform blasen die Herrschenden seit dem Frühjahr auch zum Angriff auf die Arbeitslosen und SozialhilfeempfängerInnen.
Mit Meldeapell und massiven Kürzungen wollen sie uns ans Geld, und zu noch mehr Arbeit zwingen.
UNS REICHTS, kommt alle zur Kundgebung gegen Sozialabbau, Lohnsenkungen und Zwangsarbeit!
Zeigen wir, daß wir uns nicht alles gefallen lassen!

Inhalt:

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61



Vorwort:(bitte nur lesen falls Berlin den Zuschlag nicht erhalten hat)

Berlin bleibt Nolympic City!!

Jetzt ist es endgültig klar: Berlin bleibt antiolympisch. Die dilletantische Vorstellung der Berliner Komission in Monaco war nochmals ein Höhepunkt der pannenreichen Berlin 2000 Bewerbung. Klar, die letzten Wochen hätten für uns gar nicht besser laufen können. Nachdem die Arbeit am Anfang ja an einigen wenigen hängengeblieben war, haben sich mit WBA, Häuser- und Wagenburggruppen, Arbeitsloseninis, Frauen- und Lesbengruppen und den vielen AntiolympionikInnen die lieber ungenannt bleiben wollen, immer mehr Leute in die Mobilisierung eingeklingt und die Riesendemo von letztem Sonnabend ermöglicht. Da war uns ja schon ziemlich klar, daß wir heute Abend an der Oberbaumbrücke einen Grund zum Feiern haben werden. Aber daß die Steffi und die Franzi in Monaco dann auch noch ein Transparent entrollt haben mit der Aufschrift "Hi, ho, he Olympia in die Spree". Und das genau vor dem ollen Samaranch. War schon klasse wie das AOK das wieder hingekriegt hat. Na und dann der Diepgen, wie er noch vor der Entscheidung mit Händen vorm Gesicht den Saal verlassen mußte. Fast leid hat er uns getan. Was wird er erst sagen wenn wir unsere antiolympischen Disziplinen erweitern und die Hauptstadtentscheidung zum Kippen bringen, wenn sich Sony über den großen Teich zurückzieht und der Potsdamer Platz zum Volxsportplatz wird? Dann wird er wohl gehen müssen der Gute und der ganze Senat gleich mit ihm. Naja und dann, dann haben wir schon die erste Hürde auf dem Weg zur sozialen Revolution genommen

Vorwort:(bitte nur lesen falls Berlin den Zuschlag erhalten hat)

Das Kapital hat seinen Rettungsanker ausgeworfen: Olympia kommt nach Berlin!

Mittels immenser Bestechungssummen, die z.T. bereits in der Vorphase der Bewerbung ruchbar geworden waren, hat sich nun das deutsche Konsortium unter Leitung der Daimler Benz AG den Zugriff auf die Spiele gesichert.- Daimler Benz als imperialistischer Zentralkonzern (MIK) in Europa(und größtes Wirtschaftsunternehmen der BRD) steht mit dem Rücken zur Wand: Massenentlassungen, Absatzschwierigkeiten und last not least die anwachsende Sterberate unter Berkiner Luxuslimusinen dieser Firma ließen ihr keine andere Wahl. Eine gigantische Medien- und Verdummungsindustrie soll aller Welt beweisen, daß Berlin immer noch eine Reise wert ist, und vor allem daß Mercedes die besten Autos baut.

In der Zeit der nazistischen Olympiade 1936 ist dieser Konzern bereits einmal vor dem drohenden Bankrott gerettet worden. Ob damit nun der Faschismus in Kreuzberg droht wollen wir hiermit überhaupt nicht nahelegen. Berücksichtigen wollen wir aber, daß das ganze (wie kürzlich wieder K.H.Roth nachgewiesen hat) verdammt nach einem abgekartetes Spiel aussieht (s.a. geheimes Zusatzprotokollzur Trevi-Tagung 1978). Nachdem ihrem imperialistischen Projekt aber der passive Konsenz in der Bevölkerung weggebrochen ist müssen wir ihnen nur noch einen klitzekleinen Strich durch die Rechnung machen und schon haben wir die erste Hürde auf dem Weg zur Revolution genommen.

Redaktionsanschrift: s. o.

V.I.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Ordner:
Antifam
Infos zur Sozikürzung von Flüchlingen
Anmeldung für FfMKongreß
Kritikpapier



IMMA WIEDA FRAUENLESBENVOLXSPORT

warum wir bei der berliner bank in der nacht vom 19. auf 20.9.93 zwei scheiben eingeschlagen haben , könnt ihr euch bestimmt denken. das war in der gotzkowskistraße 8 und in der residenzstraße 153.
falls ihr es euch nicht denken könnt bitte umdrehen:

NOLYMPICCITY gegen die berliner bank als profitgierigen sponsor.

---

und falls die ioc-bonzen sich trauen sollten berlin den zuschlag zu geben machen wir erst recht und verstärkt weiter.

---

presseerklärung zu den anschlägen von mittwoch früh

zeitgleich zu den vier sprengstoffanschläggen auf olympiasponsoren fand ein anschlag auf eine polizeiwache statt. der ort;abschnitt treptow,bulgarische strasse;die spuren sind links am gebäude an den türen der trafostation deutlich erkennbar
wie gross die angst ist kann daran erkannt werden das erklärungsschreiben zurückgehalten und die medien bewusst falsch informiert werden wir raten dem ioc nicht für berlin zu stimmen - die polizei wird die spiele nicht schützen können.

berlin no olympic city "resistencia"

Auch auf die Berliner Bank in Kreuzberg wurde ein Anschlag verübt.

---

wir bekennen uns zur bombendrohung gegen das kadewe am 21.9.93 um 12.45 uhr.
dies war nur eine drohung, da wir keine menschenleben gefährden wollen.
jedoch werden wir diese drohung verwirklichen, wenn berlin den olympiazuschlag bekommt.
wir können esnicht hinnehmen, daß durch die medien eine gezielte täuschung der bevölkerungaufgebaut wurde.
nur mit spektakulären aktionen können wir zeigen, daß es einen starken widerstand in der stadt gibt.
anders können wir der mißachtung durch die presse nicht entgegenwirken (selbst die erfolgreiche antiolympiademo am 18.9.93 wurde in vielen zeitungen nur widerwillig als randnotiz erwähnt.)

autonome müslifresser

Berlin. eb
Vermutlich militante Olympia-Gegner haben gestern morgen vier Sprengstoffanschläge in Lichtenberg und Kreuzberg auf Einrichtungen von Sponsoren der Berliner Olympiabewerbung – Filialen von Daimler-Benz, der Berliner Bank und Hertie – verübt. Dabei entstand ein Sachschaden von 10 000 Mark. Der Staatsschutz ermittelt. Die Polizei von Monte Carlo wurde informiert. Dort fällt am 23. September die Entscheidung über den Austragungsort von Olympia 2000.
Vertreter des Anti-Olympia-Komitees kündigten weitere Aktionen an. Innensenator Heckelmann sowie der stellvertretende Senatssprecher Heußen verurteilten die Anschläge als Straftaten von Kriminellen.
Ein Kripo-Beamter erlitt ein Schalltrauma.

Öffentliche Erklärung von Radio NOlympic City

Seit dem 13.9. überlagern wir in allen Stadtteilen die Sender auf den Frequenzen 100,6 - 102,6 - 104,6 um der herrschenden Berichterstattung über Olympia 2000 in Berlin etwas entgegenzusetzen.

Wir haben die Menschen an den Radioempfängern mit der Kontinuität der olympischen Spiele von 1939 und 2000 konfrontiert. Eine Kontinuität, die sich ausdrückt in der Person des Altfaschisten und IOC-Führers Juan Antonio Samaranch, in der ungebrochenen Verehrung des Wehrsportführers und Kindermörders Carl Diem und in der staatlichen Verschleierungspolitik. *"Und so ist denn der Sinn von Olympia 2000 auf dieser Ebene derselbe wie 1936: Das Bild des freundlichen, weltoffenen Deutschlands. 1939 unter der Naziherrschaft - die Verschleierung der organisierten Vernichtung, 1993 - die Verschleierung der häßlichen Fratze des faschistischen Mobs, der aufgehetzt durch staatliche Politik und Medien auf den deutschen Straßen wütet."*

Wir haben weiter aufgedeckt, welch übles Spiel Senat und Olympia GmbH mit den Ängsten der Massen um Arbeit und Wohnungen treiben *"Nicht eine zusätzliche Wohnung durch Olympia, denn 15000 andere Wohnungen werden aus dem Senatsbauprogramm dafür gestrichen."*

Wir haben vorgerechnet, wie die Bilanzen zu Olympia 2000 mit Hilfe sog. "nicht olympiabedingter Kosten" und veralteter Berechnungspreise frisiert sind. *"Unser Fazit: Die Gewinnbilanz der Olympia GmbH - Alles Lüge! Gewinner sind ausschließlich Baumafia, Sponsoren und das IOC."*

Schließlich sagen wir: Die Zurichtung der Akteurinnen dieses Hochleistungsterrors und mit ihr die öffentliche Berichterstattung ist zutiefst sexistisch. *"Nach Meinung eines Leichtathletik-Bundestrainers ist das Verhältnis Trainer : Sportlerin erst dann richtig leistungsfördernd, wenn es in der Grundstruktur dem des Zuhälters zur Prostituierten entspricht."*

Soweit zusammengefaßt der Inhalt unserer Sendungen in der ersten Woche.

Die Reaktion in den Medien, die Diffamierung als Schmuddelfunk und der öffentliche Aufruf zur Denunziation haben uns bewiesen, daß es uns gelungen ist, in dieses Wespennest aus Olympiasponsoren, Senat und Medienmacht zu stechen. Die auf uns angesetzten Spürhunde des Staatsschutzes hätten uns zu gerne in die Finger bekommen. Deren Interesse an uns ist uns Befriedigung und Verpflichtung gleichermaßen: Wir melden und wieder!

Radio NOlympic City
18.9.93

Anschläge von Olympia-Gegnern

Drei Tage vor der Entscheidung des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) über den Austragungsort für die Olympiade 2000 machten Olympia-Gegner erneut mit Gewaltaktionen auf sich aufmerksam. In drei Filialen der Berliner Bank, die zu den Sponsoren der Berliner Olympia-Bewerbung gehört, warfen sie Fensterscheiben ein. Sie hinterließen jeweils mehrere Exemplare der Anti-Olympia-Zeitschrift *Nolympia-Express*. In Marzahn besprühten sie Autos mit Anti-Olympia-Parolen.

Redebeitrag der besetzten Häuser Friedrichshain bei der NOlypia-Demo

Das Thema Olympia ist vom Begriff Stadtzerszörung nicht zu trennen.
Senat und Spekulanten betreiben seit Jahren die Sanierung der Stadteile und die Vertreibung der BewohnerInnen. Olympia in Berlin wird diese Entwicklung noch beschleunigen. Immer höhere Mieten, Luxusmodernisierungen und Vertreibung kleiner Gewerbebetriebe werden die Folge sein. Das olympische Stadtbild wird dann so aussehen: Reiche und Yuppies in den sanierten Altbaukiezen der Innenstadt --- riesige Neubaughettos und Slums für die Armen an den Stadträndern. Berlins Stadtbild wird glänzen.. Was interessieren Senat und IOC schon die ehemaligen BewohnerInnen dieser Stadt.

Auch in Friedrichshain hat diese Entwicklung schon begonnen. Während in den Nebenstraßen immer mehr MieterInnen wegen Zahlungsunfähigkeit geräumt werden entstehen entlang der Frankfurter Allee auf 2km gleich 4 Dienstleistungszentren mit Hotels, Kaufhäusern und teuren Büros. Ähnlich auch die Entwicklung in der Mainzer Straße. Erst wurde geräumt und mit Senatsmitteln saniert. Nun beginnt die Umwandlung in teure Eigentumswohnungen. 34 besetzte und ehemals besetzte Häuser stehen dieser Entwicklung noch im Wege Ebenso Tausende von MieterInnen die trotz Mietrückständen nicht aus ihren Wohnungen weichen wollen.

Für die besetzten Häuser stellt die Olympiaentscheidung am 23. noch eine zusätzliche Bedrohung dar. So passen bunte Fassaden und die dazugehörigen KünstlerInnen nicht ins olympische Stadtbild. Außerdem werden auch die Senatsstrategen wissen, daß wir BesetzerInnen für ihr Olympiadebakel mitverantwortlich sind.
Trotzdem räumte der Senat im den letzten zweieinhalb Jahren kein einziges besetztes Haus. Allein in der Kreutziger und Kinzigstraße gab es zig Anlässe eine Räumung nach ASOG durchzuführen. Drei gerichtliche Räumungsanträge gegen die Kinzig 9 wurden vom Senat einfach nicht unterzeichnet.
Da fragen wir uns natürlich warum? Sind wir doch aus den 80 er Jahren an Räumungswellen in allen Varianten gewöhnt. Anscheinend paßten Häuserräumungen und eventuelle Straßenschlachten nicht ins olympische Bewerbungskonzept des Senats. Der CDU/SPD - Senat wird durch diese taktischen Überlegungen aber nicht zum Sympathisanten der HausbesetzerInnen geworden sein. Deshalb wird sich ab dem 23.9. für die Häuser einiges ändern.

Innensenator Heckelmann hat da schon vorgebaut. Vor zwei Monaten kündigte er rechtliche Schritte gegen die verbliebenen 22 besetzten Häuser an. Allein 11 davon sind in Friedrichshain, die anderen in Lichtenberg, Mitte, Prenzlauer Berg und Charlottenburg. Die Haltung des Senats spricht sich auch bei den Privateigentümern herum. Das besetzte Haus in der Schreinerstraße 47 zum Beispiel wird zur Zeit zum Verkauf ausgeschrieben mit dem Vermerk : Ab 23.9. frei ! In der Niederbarnimstraße beginnt ein Spekulant in die Vertragsverhandlungen mit dem Ultimatum , bis zum 22.9. zu unterschreiben ! Die Wagenburg am Engelbecken ist vom Bezirk Mitte sogar ab dem 23.9. zur Räumung freigegeben worden. Der Senat verfährt hier wie immer nach dem Motto teile und herrsche : Erst die Wagenburgen räumen, dann jene Häuser, die (noch) keinen Vertrag haben und am Ende MietrerInnen und Ex-BesetzerInnen durch Sanierungen und Mietwucher zum Aufgeben zwingen.

Doch wir werden uns die Freiräume aus drei Jahren Besetzung nicht nehmen lassen ! Unsere gewachsenen Strukturen, unsere Projekte, Cafés, Kneipen und Werkstätten werden wir verteidigen. Und unsere Wohnungen erst recht ! Lasen wir uns nicht spalten in unpolitische und politische Hausbesetzerinnen, Ex-Besetzer, Wohnungsbesetzer und Mieterinnen. Zusammen können wir den Räumungswinter des Senats in ein flammendes Inferno verwandeln !
Wir rufen auf zu den Berlinweiten Häuser und Wagenburg - Aktionstagen vom 17. bis 23. Oktober.
Außerdem zum großen Häuser -und Wagen - Umzug am 23. Oktober.
Beteiligt Euch an der Vorbereitung. Kommt zu den Bezirkstreffen der Häuser und Wagenburgen. Unterstützt die bedrohten Häuser mit eigenen Aktionen und Öffentlichkeitsarbeit.

Sie werden mit Ihren Plänen nicht durchkommen !
Wir bleiben Alle !
Jagd die Spekulanten aus Euren Kiezen !

Redebeitrag auf der NOlympia-Demo am 18.9.93

Schon immer gab es Menschen, die den Schritt aus der Wohnklo-Norm - für den Staat am praktischsten da gewinnbringend und kontrollierbar - herauswagten.

Um 1872 entstanden an Berlins ehemaligen Stadtgrenzen mehrere Hüttendörfer. Die größten von Ihnen waren die am Landsberger Tor, am Frankfurter Tor und der sogenannte "FREISTAAT BARACKIA" am Kottbusser Damm.
HEUTE sollen Wagenplätze für Olympia - City verschwinden !!!
DAMALS war das im September 1872 in der neuen Reichshauptstadt stattfindende "DREI- KAISER-TREFFEN" Anlaß für Herrschende., die Hüttendörfer zu beseitigen. Polizeipräsident von Madai forderte die Räumung bis zun 15. September. Die BewohnerInnen sollten in Obdachlosenasyl und Arbeitshäuser verfrachtet werden.

Am 27. Juli begann der Bismarksche Polizeiapparat mit dem Niederreißen der Hütten am Frankfurter Tor.Doch die BewohnerInnen leisteten massiven Widerstand. Die Revolte breitete sich auf das umliegende Viertel aus und es folgte ein dreitägiger Kampf gegen die Handlanger der Regierung.
Auch zu Beginn des Nazi - Regimes wurden wieder vermehrt Zelt- ,Wohnwagen- und Barackenplätze bewohnt, oft um ständigen Kontrollen von NSDAP und SS zu entgehen.
Die sich "FICHTE" nennenden ZeltstädterInnen druckten eine eigene Zeitung und Flugblätter.
Die Plätze "Müggelheim" und "Nassenheide" haben sich trotz der Nazi - Diktatur bis 1936 halten können.
Nach einer Nazi - Kundgebung in Waidmanslust wird im Januar 1932 die Laubenkolonie "FELSENECK" , in der auch MitarbeiterInnen der gegründeten "Kampfgruppe gegen den Faschismus" lebten, von 200 SA - Leuten angegriffen. Der Kommunist Fritz Klemke wird erschossen. Doch den KolonistInnen gelingt es, die Nazis zu vertreiben; der SA - Mann Schwarz wird dabei erstochen..

Andere Lebensformen waren schon immer auch Zentren des Widerstandes,
Selbstbestimmtheit schon immer größter Feind der Regierenden!

BRD - weit gibt es inzwischen ca. Wagenburgen. Die Entscheidung für's Wagenleben ist damals wie heute nicht nur Ausdruck unbezahlbarer Mieten und Wohnungsnot, sondern ein Weg den Wunsch nach einer freieren Lebensform zu realisieren!
Eine Vernetzung der jetzigen Wagenburgrn geschieht unter anderem über die "VOGELFRAI - Fachschrift für Wagenwesen", die 1991 in einer der Hamburger Wagenburgen entstand.
In dreimonatigem Abstand finden bundesweite "Wagentage" auf wechselnden Wagenplätzen statt.
In der " KARAWAHNE '93 " zogen von Mai bis August viele Wagenmenschen mit eigener Bühne, einem Theaterstück und Variete - Programm durch die Lande .

Uns gab es schon immer, und es wird uns immer geben !!!

Gegen die Olympia - Schiene , in der eine kleine Elite vorlebt und vorturnt was die breite Masse über TV oder ZuschauerInnen - Tribünen mitkonsumiert,
setzen wir die Existenz von Lebensraümen in denen wir SELBER bestimmen wie wir leben und handeln !!!

VORABMELDUNG

DIE NATO KOMMT NACH LÜBECK-TRAVEMÜNDE

Manfred Wörner und Volker Rühe laden ein vom

19. bis 21.OKTOBER

ins Maritim Strandhotel und Kurhaushotel

WER KOMMT NOCH
Alle 16 Kriegsminister der NATO
Der Nukleare Planungsstab
ca. 600 NATO MitarbeiterInnen
300 JournalistInnen
20 Fernsehteams
Jede Menge Politprominentz

Dies ist nach 9 Jahren (86 in Würzburg) das erste Treffen der NATO Kriegstreiber im jetzt widervereinigten Großdeutschland.
Diese Tagung ist von Internationaler Bedeutung und es kann spekuliert werden, warum sie zu dieser Zeit in der BRD stattfindet.
Nach der Widervereinigung versucht die BRD mit allen Mitteln vollwertiger Partner der NATO zu werden und einen Platz im UNO-Sicherheitsrat zu erlangen. Dazu beitragen sollen u.a. die Diskussion um Waffenführende Einsätze der BRD-Armee sogar durch das Ausschalten des Grundgesetzes.
Dies alles ist ein Schritt zur Militarisierung der Europaischen Bevölkerung.
Neben dem Erfahrungsaustausch vergangener Militärinterventionen und Massenmorden werden weitere Strategien festgelegt, um als Imperialistische Weltpolizei aufzutreten. Nationale Unterdrückung wird gebiligt und unterstützt (England - Irland / Turkei - Kurdistan)
Zeigen wir den hohen Herren (und laut LN 1 Frau) daß wir ihre Interventionspolitik ablehnen und ihre Tagung nicht stillschweigend hinnehmen werden

Für eine menschenwürdige Gesellschaft!
Kriegstreiber brauchen Friedhofsruhe

Wir werden euch weiterhin über den neusten Stand und eventuelle Gegenaktionen zu der Natotagung informieren

AUFRUF ZUR DEMONSTRATION GEGEN DIE STAATLICHEN "WIEDERVEREINIGUNGS"-FEIERN AM 02. OKTOBER 1993 IN SAARBRÜCKEN

Am 3. Oktober 1993 wollen die HERRschenden der selbsternannten Großmacht Deutschland den dritten Jahrestag der "Wiedervereinigung" feiern. Für die Mehrheit der Menschen in unserem Land gibt es keinen Grund zu feiern.

Drei Jahre nach der Annexion der DDR ist Arbeitslosigkeit eher der Normalzustand. Immer offensichtlicher werden Menschen nach ihrer Verwertbarkeit für das Kapital beurteilt. Aber auch diese Verwertbarkeit sichert niemandem den Arbeitsplatz - die Konzerne benötigen in der Produktion immer weniger Arbeitskräfte und so werden immer mehr Menschen ins soziale Abseits, auf Arbeitslosengeld, Sozialhilfe oder gleich über die Grenzen dieses Landes abgeschoben. Damit nicht genug. Zugleich werden unverhohlen Einschnitte in das sogenannte "Soziale Netz" durchgeführt - von der Diskussion von Teilkrankenscheine über zeitliche Kürzungen von Arbeitslosen- und Sozialhilfe bis hin zur faktischen Abschaffung des Asylrechts wird den Menschen, die sowieso gerade das Nötigste zum Leben haben, davon noch genommen, um die Profitwünsche einer winzigen HERRschafts-Elite zu befriedigen. Der Boden für diesen radikalen Sozialabbau wird durch eine unvergleichliche Medien-Hetze gegen AusländerInnen, sozial Schwache, Behinderte und andere Gruppen bereitet. Diese Propaganda bleibt nicht ohne Wirkung. Ihre Protagonisten in Medien, Behörden und Wirtschaft leisten Beihilfe zu den Morde und Angriffe auf AusländerInnen, zu den Überfällen auf Behinderte, Schwule, Drogenabhängige, zu den Angriffen und Morden an politisch aktiven Menschen.

Zugleich wird der Straßenterror der Nazi-Banden benutzt, um jeden Versuch von Selbstorganisierung, jeden Ansatz zur Befreiung von Formen des HERRschenden Machtmonopols zu bedrohen und zu kriminalisieren.

Diese reaktionäre Mobilisierung findet z.B. einen Ausdruck in der Verschärfung des § 218, mit der den Frauen das Recht auf Selbstbestimmung abgesprochen wird und sie der Kontrolle und Bevormundung durch Männer in "Beratungsstellen", Kliniken, Behörden usw. unterstellt werden.

Die sexuelle und emotionale Ausbeutung von Frauen stützt sich auf einen breiten gesellschaftlichen Konsens, der Vergewaltigungen nur voyeuristisch am Rande und die "alltägliche" Gewalt gegen Frauen in der Familie, in der Freizeit und am Arbeitsplatz gar nicht zu Kenntnis nimmt. Dieser Sexismus findet auch einen rassistischen Ausdruck darin, daß sexuelle Unterdrückung nicht als Fluchtursache und Asylgrund anerkannt wird. Es gibt nicht einmal ein eigenständiges Aufenthaltsrecht für Frauen.

So sehen sich ausländische Frauen einer doppelten Unterdrückung und Verfolgung ausgesetzt - als Ausländerinnen den rassistischen Angriffen von Straßenbanden und Staat, als Frauen der sexistischen Übergriffen von Männern und Staat.

Die neue Qualität in der Politik der HERRschenden klasse zeigt sich ebenfalls deutlich in den verlogenen "Friedensmissionen" der Bundeswehr wie jetzt z.B. in Somalia. Aber nicht um "Frieden" geht es ihnen, wenn sie von Deutschlands "neuer weltpolitischen Verantwortung" reden, sondern darum, sich im Verein der anderen imperialistischen Staaten einen Anteil an den neuverteilten Märkten und militärisch gesicherten Rohstoffquellen zu sichern.

Diese zynische, menschenverachtende Politik wollen die HERRschenden Großdeutschlands und ihre Kumpane aus anderen Staaten Europas am 03.10. in Saarbrücken feiern.

Gegen diese "Feiern" Widerstand zu leisten, mindestens unseren Protest zum Ausdruck zu bringen, hat etwas mit Zivilcourage zu tun und sollte eigentlich selbstverständlich sein.

Wir können und wir wollen uns nicht darauf herausreden, von nichts etwas gewußt zu haben. Wir werden uns nicht damit begnügen, Mißstände eines unmenschlichen HERRschafts-Systems anzuprangern - Lichterketten, Schweigemärsche und Resolutionen als Lippenbekenntnisse allein reichen nicht.

JedeR ist gefordert, der reaktionären Entwicklung in der Gesellschaft etwas entgegenzusetzen.

Darum werden wir gegen die Deutschland-Feier der HERRschenden eine Demonstration mit Kundgebung durchführen.

Wir sind davon überzeugt, daß in einer menschenwürdigen Gesellschaft die Rechte von Frauen, Männern und Kindern gewährleistet sind, daß weder Geschlecht, Hautfarbe oder Geburtsort eine Rolle in der Beurteilung von Menschen mehr spielen, daß die natürlichen Ressourcen verantwortungsbewußt behandelt werden und der Reichtum, den Millionen Menschen täglich produzieren, eben diesen Menschen zugute kommt. Dies kommt nur zustande durch eine gesamtgesellschaftliche Veränderung, durch die radikale Umwälzung der bestehenden Produktionsverhältnisse und durch die Abschaffung der HERRschaft des Menschen über den Menschen.

Für eine starke antifaschistische Organisierung!
Gegen den Sozialabbau - Solidarität mit den Hungerstreikenden in Bischofferode!
Trotz alledem: Offene Grenzen - Bleiberecht für alle

Samstags und Sonntags finden viele "Veranstaltungen" von Seiten der HERRschenden statt, so z.B. Sonntags um 11:30 ein Festakt in der Kongreßhalle und um 13:00 der Empfang von Bundespräsi Weizsäcker im Foyer der Kongreßhalle. Weitere Infos zum geplanten Ablaufs ihrer "Feierlichkeiten" gibt's auf den Vorbereitungstreffen:

Dienstag, 14.09., 20:00 Uhr, Infoladen, Brauerstraße 39, Saarbrücken
Dienstag, 21.09., 20:00 Uhr, Infoladen, Brauerstraße 39, Saarbrücken

Demonstration
Samstag, 02.10.93, 12°°, Max-Ophüls-Platz

Samstag abends und Sonntags Aktionstage
Phantasie kennt keine Grenzen

Kontakt: Infoladen Saarbrücken, Brauerstraße 39, 66123 Saarbrücken
Tel. 06 81 / 37 43 64 (Anrufbeantworter)
Öffnungszeiten Mittwochs, 18:00 - 20:00 Uhr

Hallo ANTIFAs,

wir sind drei Pädagogikstudentinnen der Universität Regensburg, die das Seminar "Empirische Methoden in der Erziehungswissenschaft" besuchen. Um in diesem Seminar einen Schein zu erlangen, müssen wir eine Untersuchung zu einem beliebigen Thema durchführen, die auf der Auswertung von Fragebögen basiert.
Aufgrund der aktuellen politischen Lage wählten wir die Antifa-Initiativen verschiedener Städte zum Thema. Um dieses Vorhaben in die Tat umzusetzen, benötigen wir unbedingt Eure Mithilfe. Wir würden uns freuen, wenn Ihr uns unterstützen würdet.
Es entstehen für Euch weder persönliche noch finanzielle Nachteile, da die Fragebögen nur von uns dreien bearbeitet werden und wir so absolute Anonymität garantieren können.
Außerdem werden die Fragebögen nach Abschluß der Auswertung vernichtet. Damit keine Unkosten entstehen, legen wir Euch entsprechend frankierte Rückumschläge bei.

Bitte antwortet uns auf jeden Fall !!

Und so wird's gemacht:

1. Schickt uns die beiliegende Postkarte zurück und kreuzt an, ob Ihr mitmacht oder nicht. Wenn Ihr mitmacht gebt uns bitte bescheid wieviele Leute, die aktiv bei Euch mitarbeiten, bereit sind einen Fragebogen (pro Nase ein Fragebogen) auszufüllen. Schreibt diese Zahl (maximal 15) auf die Postkarte.

2. Ihr erhaltet im Gegenzug die gewünschte Anzahl von Fragebögen, die Ihr dann an die entsprechenden Personen austeilt.

3. Diese Personen sollen den Fragebogen wahrheitsgetreu und vollständig ausfüllen, damit uns eine unverfälschte Auswertung ermöglicht wird.

4. Diese ausgefüllten Fragebögen müßten dann gesammelt werden und gemeinsam bis Anfang September mit dem beiliegenden Rückkuvert an uns zurückgeschickt werden.

5. Wenn Ihr wollt, schicken wir Euch die Ergebnisse unserer Untersuchung zu.

Ihr würdet uns wirklich sehr helfen, wenn Ihr mitmacht.
Damit Ihr wißt auf was Ihr Euch einlaßt, liegt ein Fragebogen zur Ansicht bei.

VIELEN DANK !!!

Conny, Elvira, Isabell

1. Wie bist Du auf die Antifa-Gruppe aufmerksam geworden?
(Mehrfachankreuzungen möglich)

Durch:
( ) Freunde
( ) Demonstration
( ) Flugblatt/Broschüre
( ) Partei
( ) soziale Gruppierung
( ) Infoladen
( ) Konzert
( ) Rechtsradikale Vorfälle
( ) Politische Gruppierung
( ) Sonstiges:...............................
....

2. Bist Du momentan neben der Antifa-Gruppe auch in anderen Organisationen tätig ?

( ) Ja
( ) Nein, weiter mit Frage 4

HA HA HA HA HA

3. In welchen Organisationen bist Du tätig ?
(Mehrfachankreuzungen möglich)

In:
( ) Politischen Gruppierungen, in welcher ?...............................
( ) Sozialen Gruppierungen, in welcher ?...............................

10. Bist Du bereit für Deine politische Einstellung ungesetzlich vorzugehen ?

( ) Ja
( ) Nein, weiter mit Frage 13
( ) Weiß nicht, weiter mit Frage 13

11. Gehst Du dafür ungesetzlich vor ?

( ) Ja
( ) Nein, weiter mit Frage 13

12. Auf welche Art und Weise gehst Du ungesetzlich vor ?

....
....

13. Befürwortest Du das Vermummungsverbot ?

( ) Ja, weiter mit Frage 15
( ) Nein
( ) Weiß nicht

14. Vermummst Du Dich selbst ?

( ) Ja, warum ?...............................
( ) Nein

15. Fühlst Du Dich aufgrund Deines Engagements in der Antifa-Gruppe bedroht?

( ) Ja
( ) Nein, weiter mit Frage 19
( ) Weiß nicht, weiter mit Frage 19

16. Von wem fühlst Du Dich bedroht ?
(Mehrfachankreuzungen möglich)

( ) Polizei
( ) Bevölkerung
( ) Sonstige:...............................
( ) durch die Politik
( ) Rechtsradikale Gruppierungen

17. Versuchst Du Dich dagegen zu schützen ?

( ) Ja
( ) Nein, weiter mit Frage 19

Hallo Conny, Elvira und Isabell,

wir haben Euren Fragebogen erhalten und mit großem Interesse gelesen und diskutiert. Wir wollen Euch naturlich helfen, Euren "Schein" mit Bravour zu bestehen: denn nichts finden wir momentan wichtiger als gut ausgebildete und qualifizierte PadagogInnen, die viel uber antifaschistische Zusammenhange wissen.

Aber auch wir sind aufgrund des gesellschaftlichen Rechtsrucks dabei, eine empirische Untersuchung innerhalb der StudentInnenschaft durchzufuhren. Um dieses Vorhaben zu realisieren, brauchen wir unbedingt Eure Mithilfe!

Wir würden uns freuen, wenn Ihr uns unterstutzen wurdet. Es entstehen fur Euch (wahrscheinlich?) keine personlichen oder strafrechtlichen Nachteile.

Und hier sind unsere Fragen:

1. **Wie bist Du auf die ANTIFA-Gruppen aufmerksam geworden?**
   ( ) AStA
   ( ) SPIEGEL TV
   ( ) Verfassungsschutzbesricht
   ( ) oder anderes? ....

2. **Wie finanzierst Du Dein Studium?**
   ( ) BAFöG
   ( ) Staatsschutz
   ( ) ~~STASI~~ (gibts ja nicht mehr...)
   ( ) Talkshows
   ( ) Eltern
   ( ) Sonstiges? ....

3. **In welchen Organisationen / Gruppierungen bist Du tätig?**
   ( ) LINKE LISTE
   ( ) DIE GRUNEN
   ( ) Gewerkschaft der Polizei (GdP)
   ( ) TSV Regensburg

4. **Bist Du bereit für Deine Vorstellungen demokratisch vorzugehen?**
   ( ) Ja
   ( ) Nein
   ( ) Weiß nicht
   ( ) Vielleicht

4a. **Wenn "Ja", warum?** ....

4b. **Auf welche Art und Weise gehst Du demokratisch vor?**
   ( ) Mundraub
   ( ) StudentInnenparlament wählen
   ( ) Radfahren
   ( ) Umfragen machen

5. **Welche revoltionäre Aktion der letzten Zeit fandest Du dufte?**
   ( ) Sprengung von Weiterstadt
   ( ) Erschießung des GSG-9 8-Beamten Newrzella
   ( ) Ostersonntagsspaziergang an der Startbahn West 1993

7. **Welche revoltionäre Aktion der letzten Zeit fandest Du Mist?**
   ( ) Sprengung von Weiterstadt
   ( ) Erschießung des GSG-9 8-Beamten Newrzella
   ( ) Ostersonntagsspaziergang an der Startbahn West 1993



8. Fuhlst Du Dich aufgrund Deines Engagements an der Uni bedroht?
   ( ) Ja
   ( ) Nein
   ( ) Weiß nicht
   ( ) Vielleicht

8a. **Wenn "Ja", von wem fuhlst Du Dich bedroht?**
   ( ) KommilitonInnen
   ( ) Arbeite rInnenklasse
   ( ) Profesoren
   ( ) NC
   ( ) Burschenschaften
   ( ) Hausmeister

9. **Versuchst Du Dich dagegen zu wehren?**
   ( ) Ja
   ( ) Nein
   ( ) Weiß nicht
   ( ) Vielleicht

9b. **Wenn "Ja", wie wehrst Du Dich?**
   ( ) fleißig lernen
   ( ) buckeln
   ( ) ~~Selbstbewaffnung~~ Selbsterkenntnis
   ( ) Esoterische Urschreitherapie
   ( ) diskutieren
   ( ) schlafen

ÄHÖ

10. **Welches Bild hast Du von antifaschistischen Gruppen?**
   ( ) Wilde Horde entmenschlichter Politchaoten
   ( ) gewaltfreie DrogenkonsumentInnen
   ( ) langhaarig
   ( ) kurzhaarig
   ( ) mannlich
   ( ) weiblich
   ( ) pubertierende DosenbiertrinkerInnen
   ( ) prapolitische Faustrecht-Autonome
   ( ) verspielt

11. **Jetzt aber im Ernst, seid Ihr eigentlich**
   ( ) debil
   ( ) senil
   ( ) SUNIL
   ( ) infantil

12. **Was glaubt Ihr eigentlich wer Ihr seid?**
   ( ) ANTI-ANTIFA
   ( ) völlig bescheuert
   ( ) idealistisch
   ( ) Schtudendeköpp (hess.:StudentInnen)

ÄHÖ

13. **Was glaubt Ihr eigentlich wer wir sind?**
   ( ) völlig bescheuert
   ( ) funktionierende ANTIFA-Gruppe
   ( ) Versuchskaninchen
   ( ) marginalisierte UtopistInnen
   ( ) TITANIC-Redaktion
   ( ) Kornkreisforschungs-AG

Vielleicht hattet Ihr Spaß beim Lesen (...oder auch eine Eingebung?).

Eure in Tränen aufgelöste

ANTIFA Frankfurt

Viel Gluck für die Zukunft!



Internationaler Kongreß Reform oder revolutionäre Theorie und Praxis in Lateinamerika und Europa



2. und 3. Oktober 1993

Es ist ausgeschlossen, daß unter den gegenwärtigen ökonomischen Bedingungen die gesamte Erdbevölkerung das gleiche Konsumniveau an Energie, Rohstoffen, Vitaminen und Proteinen erreicht, wie es heute die Länder der westlichen Welt genießen. Angesichts dieser Tatsachen sind die meisten Debatten um "Entwicklung" und "Menschenrechte" pure Heuchelei, die verschweigt, daß die menschenunwürdige Armut für 3/4 der Menschheit keine "Panne" ist, sondern zentrale Voraussetzung für den Reichtum der kapitalistischen Industrienationen.

Weltweites Massensterben und Migrationsbewegungen durch Armut, Kriege und ökologische Zerstörung sind Folgen dieser Entwicklung.

Wirtschaft und Politik des kapitalistischen Weltsystems werden die selbstverschuldeten Katastrophen nicht beheben. Die Suche nach dem unmittelbaren Profit muß das Überleben der ganzen Menschheit zwangsläufig außer acht lassen. Der Westen formiert sich, Europa wird dichtgemacht, Grundrechte werden zurückgeschnitten, weltweite Militärinterventionen - z.B. in Somalia - als humanitäre Verantwortung verkauft und Machtpositionen in globalen Gremien weiter ausgebaut. Die rassistischen Morde belegen diese Entwicklung und stärken ein Klima von Fremdenhaß, das die zunehmenden internen sozialen und ökonomischen Spannungen verdeckt.

Die wenigen Gegenpositionen scheinen keine Wirkung zu haben, linke Theoriebegriffe überholt und gesellschaftliche Alternativen zum Kapitalismus unrealistisch. Nach dem Fall des Realsozialismus versinkt die europäische Linke in Lethargie.

Und Lateinamerika? Wird es in der Bedeutungslosigkeit verschwinden, so wie Afrika? Wird es auf dem gegenwärtigen Pfad kapitalistischer Unterentwicklung stagnieren, wie es das Schicksal der meisten osteuropäischen Länder ist? Oder gibt es für Lateinamerika einen anderen Ausweg, weil der Kämpf gegen Armut und politische wie soziale Repression hier in revolutionäre Bewegungen umgesetzt wurde und aktuelle gesellschaftsverändernde Erfahrungen vorhanden sind?

Der Kongreß soll ein Forum sein, auf dem PraktikerInnen und TheoretikerInnen aus Lateinamerika und Europa über die konstitutiven Elemente einer neuen Ordnung für die Menschheit und über einen möglichen Weg dorthin diskutieren. Ziel des Kongresses ist es, nach Antworten auf die Frage zu suchen, wie das gegenwärtige Weltsystem zu überwinden ist, das die große Mehrheit der Gattung in die aktuelle Misere gezwungen hat.

Für die VeretererInnen lateinamerikanischer Befreiungsbewegungen erzwingt diese Frage die Diskussion über Bedingungen und Perspektiven für eine kontinentale Revolution, welche das gegenwärtige Weltsystem in Frage stellt, und die durch ihre geopolitische Bedeutung auch unser Leben beeinflussen wird.

Ebenso ist diese Frage für Europa zu stellen. Welchen Beitrag können wir in Europa zur Überwindung globaler Armut leisten, angesichts der Tatsache, daß hier - noch - eine Mehrheit vom gegenwärtigen Weltsystem materiell profitiert? Und welche Chancen bestehen, das weitere Abschotten der nationalen oder europäischen "Festung" - Ausdruck kontinentaler Apartheid - zu verhindern?

Also geht es bei dem Kongreß darum, erste Antworten auf zentrale Fragen antikapitalistischer Politik in den Metropolen und in der Dritten Welt zu formulieren:

- Was ist das "historische Subjekt", das eine antikapitalistische Gesellschaftsordnung durchsetzen kann?
- Welches sind die theoretischen Konzepte, die einen solchen Emanzipationskampf leiten müssen?
- Wo und unter welchen Bedingungen gibt es Anknüpfungspunkte über die kontinentalen Grenzen hinweg?

Kongreßbeiträge

- Das historische Projekt der PT Brasiliens: Zwischen Revolution und Militärputsch (**Iván Valente**, Brasilien)
- Das *Foro de Saõ Paulo*: Möglichkeiten und Grenzen des Reformkapitalismus in Lateinamerika (**Nildo Domingos**, México/Brasilien)
- Zur Notwendigkeit revolutionärer Befreiung der Gattung aus der Abhängigkeit des Kapitals. Revolutionäres Subjekt und Theorie im 21. Jahrhundert. (**Heinz Dieterich**, México)
- Cuba: Nachhut des europäischen Sozialismus oder Avantgarde nichtkapitalistischer Befreiung? (**Rafael Hernández**, Cuba)
- Die neue Proletarität und die Zukunft der Linken (**Karl Heinz Roth**, BRD -- angefragt)
- Lateinamerika und die europäische Linke (**Eleuterio Huidobro**, Uruguay)
- **Koreferate auf der Grundlage nationaler Erfahrungen zur Frage:** *Ist ein Lateinamerikanisches Projekt für die Massen innerhalb der bürgerlichen Demokratie und des Kapitalismus möglich? Wenn nicht, bestehen revolutionäre Alternativen?*
  - Argentinien - Miguel Bonasso
  - Venezuela - Pablo Medina
  - El Salvador - Shafik Handal
  - Guatemala - Rodrigo Asturias
  - Nicaragua- Mónica Baltodano, Julio Marenco, Carlos Mejía Godoy
- **Podiumsdiskussionen der ReferentInnen und Plenardiskussionen**
  Leitung: **Dorothee Piermont**
- Abendveranstaltung mit **Carlos Mejía Godoy**

Weitere Informationen und Anmeldung

Monimbó e.V.
Darmstädter Straße 23, 63128 Dietzenbach
Tel. 06074/26891, Fax: 06074/44601
Info- und Verkaufsstände bitte anmelden!!!

ReferentInnen

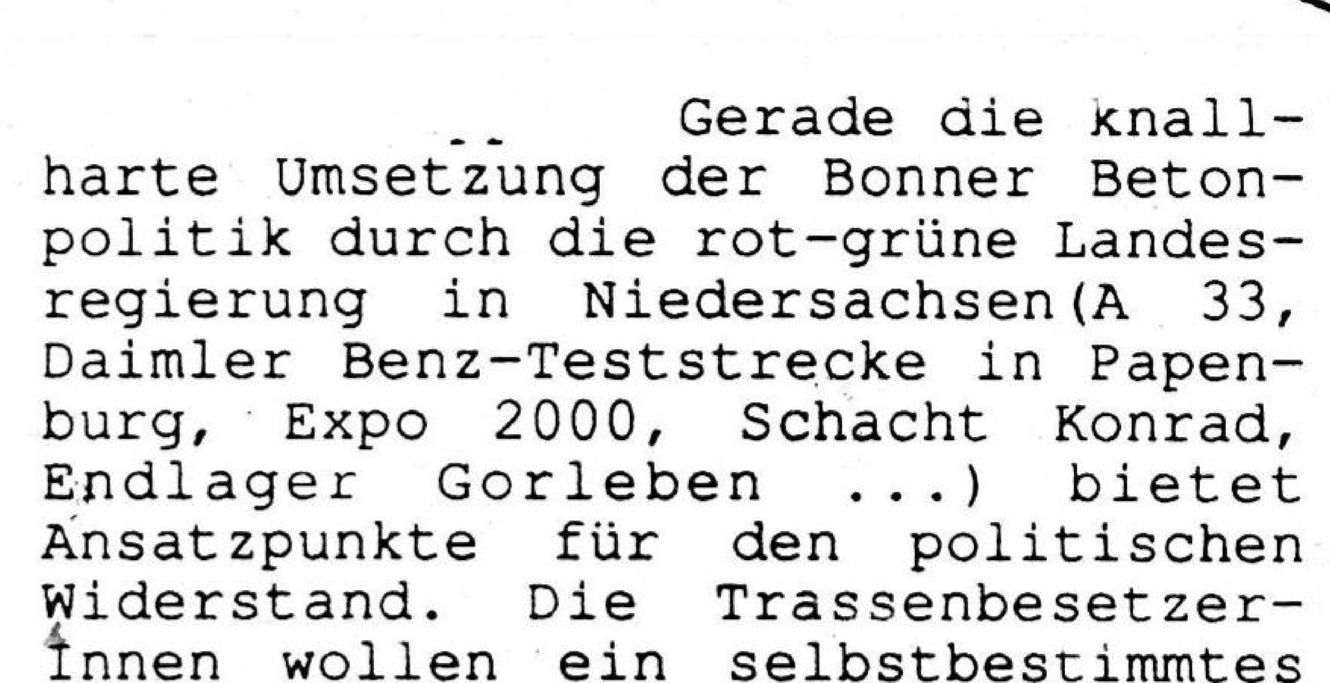
- **Cmdte. Rodrigo Asturias** (Guatemala), einer der vier Kommandanten des Generalkommandos der Unión Revolucionaria Nacional de Guatemala (URNG), einer ihrer Repräsentanten in den Friedensverhandlungen mit der guatemaltekischen Regierung.
- **Cmdte. Mónica Baltodano** (Nicaragua), Guerilla Kommandantin der **FSLN**, Mitglied des Organisationsausschusses der **FSLN** in Nicaragua, Abgeordnete im Stadtparlament Managua
- **Miguel Bonasso** (Argentinien(México), früherer Pressesprecher des argentinischen Präsidenten Hector Campora, während der Militärdiktatur Widerstandskämpfer bei den "Montoneros", gegenwärtig Schriftsteller und Journalist bei führenden lateinamerikanischen Tageszeitungen
- **Cmdte. Shafik Handal** (El Salvador), Guerillakommandant der **FMLN** während der salvadoranischen Diktatur (1979-1992), Generalkoordinator der FMLN, Leiter der Friedensverhandlungskommission der FMLN, Vorsitzender des **PCS**
- **Carlos Mejía Godoy** (Nicaragua), Abgeordneter der nicaraguanischen Nationalversammlung für die **FSLN** bis 1990, Musiker
- **Rafael Hernández** (Cuba), Leiter der Abteilung "Internationale Beziehungen" am "Centro de Estudios sobre América" La Habana, Koorganisator des IV. Kongresses des *Foro de Saõ Paulo* in La Habana, Juli 1993
- **Eleuterio Fernández Huidobro** (Uruguay), Mitbegründer und einer der wenigen Überlebenden der "Nationalen Befreiungsbewegung **Tupamaros**", Mitglied der Nationalen Direktion, Schriftsteller
- **Nildo Domingos Ouriques** (Brasilien/México), Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät Universidad Nacional Autónoma de México, Delegierter der **PT** Brasilien auf dem IV. Kongreß des *Foro de Saõ Paulo* in La Habana
- **Julio Marenco** (Nicaragua), Abgeordneter der nicaraguanischen Nationalversammlung für die **FSLN**
- **Iván Valente** (Brasilien), Mitbegründer der **PT** und Mitglied im nationalen Exekutivkomitee, Parlamentsabgeordneter für Saõ Paulo, während der Militärdiktatur im Widerstand, längere Zeit inhaftiert
- **Pablo Medina** (Venezuela), Parlamentsabgeordneter und Generalsekretär der **Partido Causa Radical**
- **Heinz Dieterich** (México), Professor für Soziologie an der "Universidad Autónoma Metropolitana", in Méxiko, Koordinator des *Foro por la Emancipación e Identidad de América Latina*, México
- **Dorothee Piermont**, Mitglied im Europaparlament
- **Karl Heinz Roth**: Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts (angefragt)

Aktionstage im Anti A 33 Hüttendorf 20. bis 31. Oktober



Hüttendorf Dissen

Seit dem 24. April halten GegnerInnen der A 33 ein Trassenteilstück in der Nähe von Osnabrück in Dissen besetzt und haben dort ein Hüttendorf errichtet. Zur Zeit besteht es aus einer 50 m² großen Rundhütte, die gerade winterfest gemacht wird, einem Kochzelt einer Info- und BesucherInnenhütte, mehreren Zelten und Bauwagen. Das Hüttendorf richtet sich nicht nur gegen den Bau der A 33, die TrassenbesetzerInnen haben einen umfassenderen politischen Anspruch, sie wollen die Vernetzung mit anderen politischen Gruppen.


Gerade die knallharte Umsetzung der Bonner Betonpolitik durch die rot-grüne Landesregierung in Niedersachsen (A 33, Daimler Benz-Teststrecke in Papenburg, Expo 2000, Schacht Konrad, Endlager Gorleben ...) bietet Ansatzpunkte für den politischen Widerstand. Die TrassenbesetzerInnen wollen ein selbstbestimmtes Leben in Natur anstelle von Beton.

Gerichtsentscheidung am 20 Oktober



Derzeit gehört das Hüttendorfgelände einem Bauern und Kläger gegen die A 33. Rot-grün hat für diesen Teilabschnitt den Sofortvollzug beantragt und am 20. Oktober wird das Oberlandesgericht in Lüneburg endgültig entscheiden. Danach gehen die Besitzrechte des Trassengeländes bei einem negativen Entscheid auf das Land Niedersachsen über, das die Autobahn sofort weiterbauen will. Wenn rot-grün weiterhin so rasant ans Betonierungswerk geht, könnte ca. Mitte November ein Räumungstitel vorliegen. Die SPD kann man im Widerstand vergessen und auch die Landtagsgrünen werden dem nach eigenen Aussagen nichts entgegensetzen. Sie seien ja sooooo unbedeutend, schwach und einflußlos in der Koalition mit der SPD und schon ein kleiner Pups könnte die Koalition zum Platzen bringen. Das allerdings wollen sie dann auch nicht, weil man/frau ja keine ökologischen Positionen außerhalb der Koalition durchsetzen könne. Diese Logik verstehe wer will, die TrassenbesetzerInnen verstehen sie nicht.

Die TrassenbesertzerInnen versuchen trotzdem eine Räumung politisch zu verhindern. In der entscheidenden Phase nach der Gerichtsentscheidung, wenn Rot Grün entscheiden muß, ob auch die Besitzeinweisung im Sofortvollzug durchgeführt wird, wollen wir Präsenz zeigen, im Hüttendorf, in Dissen, Osnabrück, Lüneburg und Hannover. Wir brauchen eure Solidarität! Kommt zu den bundesweiten Aktionstagen ins Anti A 33 - Hüttendorf! Mischt euch auch vor Ort ein!

Sonntagsspaziergänge
zu den A 33 - Brückenbauwerken
jeden Sonntag um 15⁰⁰ Uhr ab Hüttendorf

Hüttendorf verteidigen!

Tag der Räumung

Tag Z: A 33 verhindern! Solidarität zeigen!

- **Demo in Dissen, Tag Z, Marktplatz, 17 Uhr**
- **ab Tag Z +1: Wiederbesetzungen und Blockaden**
- **am Samstag der auf den Tag Z folgenden Woche: bundesweite Demo, 13 Uhr, Osnabrück, Nähe Uni Schloß**

Sa. 23.Okt. 15⁰⁰ Protestaktion (Demonstration), Dissen
"Gegen den Betonierungswahn"
"Für ein selbstbestimmtes Leben"

danach Party anläßl. der 6 monatigen Trassenbesetzung
"Tanz auf dem Beton"

V.i.S.d.P & Kontakt: Anti - A 33 - Camp, c/o Dieter Rahmann, An der Bundesstr 19, 33829 Borgholzhausen, Tel.:05425/5532, Spendenkonto: Aktionsgr. geg. A 33, Nr. 6514384, BLZ 48051580

Kontrolle - Ausgrenzung - Arbeitszwang

Frauen gegen den Sozialversicherungsausweis

April 93



Morde, Pogrome, Angriffe gegen Flüchtlinge und ImmigrantInnen, die Kette der rassistischen Gewalt reißt nicht ab, lediglich die öffentliche Zustimmung wird erst einmal zurückgenommen. Weiterentwickelt wird die Brutalität staatlicher Abschottungs- und Vertreibungspolitik, die Ausgrenzung und Ausbeutung der Menschen, denen die Metropole ihre Existenzgrundlage geraubt hat und die jetzt hierher kommen (wollen), um ihr Überleben zu sichern. Ihr Blick auf den bundesdeutschen Wohlstand soll ein Blick durch's Schaufenster bleiben.

Die Ideologie der deutschen Volksgemeinschaft gegen Flüchtlinge ist auch für weitere soziale Ausgrenzungen nützlich - der Angriff gegen die Armen in diesem Land läuft auf vollen Touren. Von "Schmarotzern" ist die Rede, wenn Frauen und Männer sich zurecht der kapitalistischen Ausbeutung und den miesen Arbeitsbedingungen verweigern. "Schmarotzer" werden bald auch die genannt, die wegrationalisiert sind, ihr "Recht auf Arbeit" einfordern und von ihren gekürzten Sozialgeldern nicht leben können. Wieder einmal werden Menschen ökonomisch und sozial ausgegrenzt, den "Unnützen" wird das Existenzrecht abgesprochen.
Volksgemeinschaft, Solidarpakt (ein Begriff, dessen Wurzeln in die katholische Soziallehre reichen, der das "Völkische" über den "Klassenwiderspruch" stellt), Aufschwung Ost, Grenzen dicht - alles Begriffe für dasselbe Ziel: Den Imperialisten wird der Aufbau neuer Ausbeutungsstrukturen im Osten finanziert, die Menschen gezielt verarmt, die 40jährige Erfahrung der ostdeutschen Bevölkerung einfach weggewischt, die Abschottung der Metropole vollzogen. Die Sozialgelder werden von unten nach oben umverteilt.

Unsere Wut auf diese Verhältnisse richteten wir gegen Arbeitsämter in KÖLN und ESSEN. . Ein unwiderstehlicher Duft zwingt die Angestellten ihre Arbeit niederzulegen.

Unsere Aktion kann keine Antwort sein auf die Dimensionen dieser Menschenvertreibungs- und Ausbeutungspolitik. Wir verstehen sie als Teil anti-rassistischer und anti-sexistischer Aktionen, die den herrschenden Technokraten bei der Durchsetzung ihrer Ziele zum Sand im Getriebe werden. Wir wollen eine feministische anti-rassistische Politik entwickeln und ein Politikfeld betreten, das von gemeinsamen Interessen der Immigratninnen und deutschen Frauen getragen wird.

Riesige häßliche, protzige Neubauten schießen wie Pilze aus dem Boden - ARBEITSÄMTER . Im gleichen Maße, wie die Gebäude wachsen, schwindet die abgesicherte ("garantierte") Arbeit. Gleichzeitig wird die illegale Arbeit ausgeweitet und die ungesicherte legalisiert. Das Arbeitsamt wird immer mehr zu einer Anstalt, die den Arbeitszwang durchsetzt, egal was und zu welchen Bedingungen gearbeitet wird - Hauptsache, es wird gearbeitet.
Die Liste der geplanten Kürzungen von Arbeitslosengeld, Alhi, Sozi... - ("Solidarpakt") -, zielt weiter in diese Richtung : Noch mehr Gewinne sollen möglichst ohne soziale Kosten aus denjenigen gezogen werden, die am Rande des Existenzminimums leben (ImmigrantInnen, ausländische und deutsche Sozi- BezieherInnen, Frauen, die "mit"arbeiten müssen, da der Familienlohn nicht ausreicht).
So schafft man(n) den Zwang zur Arbeit und die Trennung : in legale, sozial abgesicherte VollzeitarbeiterInnen, in diejenigen, deren "Aushilfsarbeit" zwar legal ist, die aber zu Niedrigstlöhnen und immer schlechteren Bedingungen arbeiten, und in diejenigen, die vom Soziallohn nicht überleben können oder keinen Anspruch darauf haben und illegal von allem leben müssen, was sich ihnen bietet.
Auf diesem Markt von gesicherten/ ungesicherten, legalen/ illegalen Arbeitsverhältnissen ist das A.amt ein Instrument zur Kontrolle und Selektion:, Jobs werden zu miesesten Bedingungen aufgezwungen, Menschen rassistisch und sozial "aussortiert".



Das Arbeitsamt erfaßt, kontrolliert und verteilt die "Ware Arbeitskraft" neuerdings mithilfe des seit 1.7.91 eingeführten SOZIALVERSICHERUNGSAUSWEISES (SVA) - eine maschinenlesbare Plastikkarte mit persönlichen Daten und Nummern, die zur Kontrolle der Frauen und Männer dient, die aus dem sog. garantierten Arbeitssektor rausfallen. Zwar erhalten alle Beschäftigten mit Ausnahme von Beamten und Selbständigen den Ausweis, doch das besondere Interesse gilt den "geringfügig" Beschäftigten, Arbeitslosen, SozibezieherInnen, Kranken-,Übergangs- oder UnterhaltsgeldbezieherInnen.
Der SVA ist ein Instrument der Sozialkontrolle und Armutsverwaltung, deren Grundlage die rassistische und sexistische Ausbeutung und Arbeitsteilung ist. Federführend betreiben die Arbeitsämter die Einführung des Ausweises und die Kontrolle der ArbeiterInnen unmittelbar am Arbeitsplatz: ob mit SVA gearbeitet und nicht "widerrechtlich" Sozialleistungen bezogen werden oder etwa ohne Arbeitserlaubnis gejobbt wird. Dadurch wird die Jagd auf illlegal Eingewanderte massiv verstärkt, viele von ihnen werden über die Razzien abgeschoben. Das Überleben außerhalb von staatlichen Kontrollen ist so wieder ein Stück schwieriger geworden.
Unterstützung erhalten die Arbeitsämter von den Krankenkassen, Renten- und Unfallversicherungen, Ausländer-, Finanz- und Ordnungsbehörden. Im Bau-,Schausteller-, Gebäudereinigungsgewerbe, Aus-

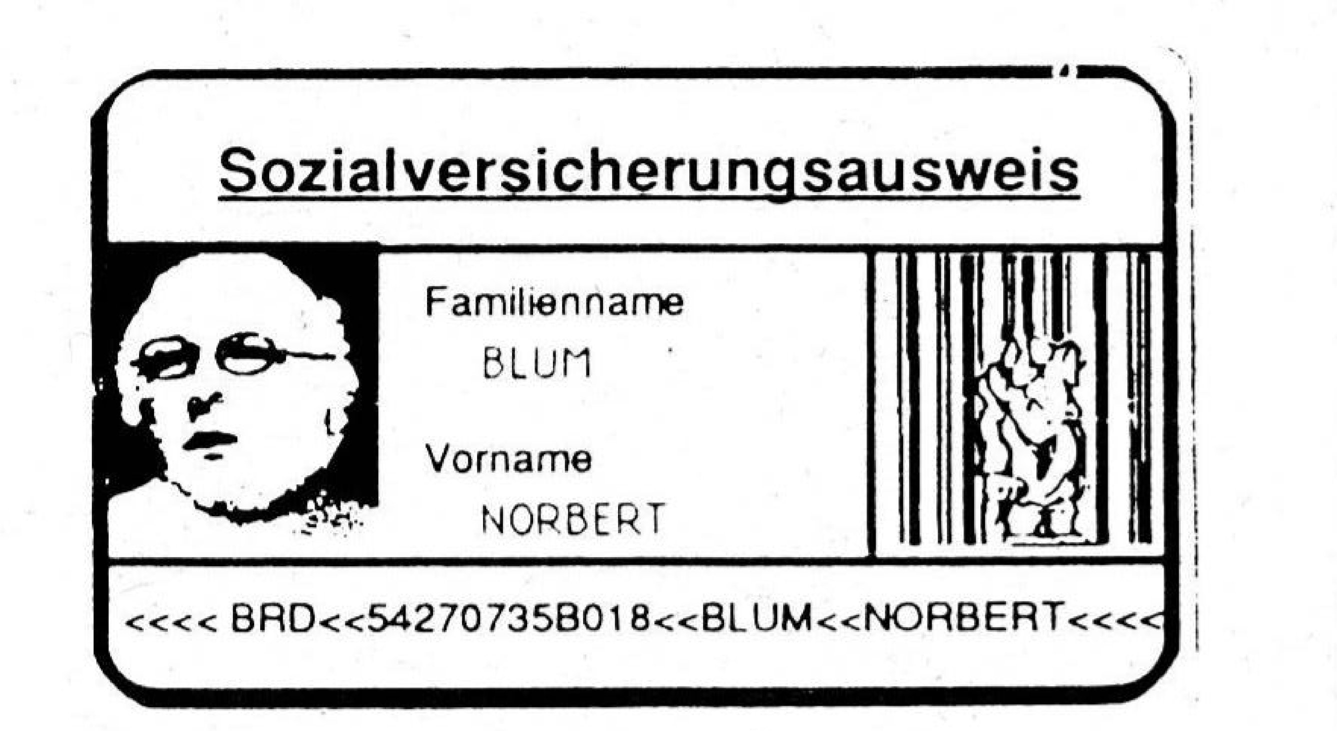




patriarchales Angebot.
Der SVA wird nicht das Ende der Schwarzarbeit bedeuten, wie seine Propagandisten behaupten, sondern eine Ausweitung und Abdrängung von Immigrantinnen in die Illegalität oder Abschiebung. Das bedeutet immer skrupellose Ausbeutung und erschwerte Bedingungen für Organisierung und Gegenwehr.

3. VOM NUTZEN DER SCHATTENWIRTSCHAFT

Das Hauptargument der Befürworter des SVA ist ihr angeblicher Kampf gegen die "Schwarzarbeit" - ein Scheingefecht, bildet diese doch die rassistische und sexistische Basis des Ausbeutersystems! Ohne Rassismus und Sexismus gäbe es hier nicht diesen verschwenderischen, luxuriösen Wohlstand und keine garantierten, gutbezahlten Arbeitsplätze.
Die Gier nach frischen Billigstarbeitskräften aus dem neuen osteuropäischen Hinterland trieb die kapitalistischen Vampire zuerst einmal zur gezielten und staatlich geduldeten Ausweitung der Schattenwirtschaft. Nur funktionierte das nicht reibungslos, und noch immer kommen ihnen zu viele und schaffen ihnen zuviele Konflikte. Mit ihrem neuen Arsenal ausgeklügelter Kontrollmaßnahmen im Schatten der rassistischen Hetze soll Flucht und Einwanderung eingedämmt und besser gesteuert werden, damit die Herrschenden den Nutzen erzielen : Ein ausgeweiteter illegaler Arbeitsmarkt schafft auch auf dem legalen die Möglichkeit zur Verbreiterung ungesicherter und immer billiger werdender Arbeit. Diese Politik zeigt sich z.B. in der Legalisierung von Saisonarbeit seit dem 1.1.92 für ArbeiterInnen aus Polen, Ungarn, tschechischer und slowakischer Republik und dem ehemaligen Jugoslawien und in den sog. Kontingentverträgen mit osteuropäischen Ländern.
Der angebliche "Kampf gegen die Schwarzarbeit" entpuppt sich somit als Verschärfung von Illegalität und Ausbeutung.
Mit den Saison- und KontingentarbeiterInnen kommen auch viele Frauen und Männer hierher, auf der Flucht vor Armut, Hunger, Krieg und sexueller Gewalt v.a. aus Osteuropa, und ziehen selbst die erzwungene Illegalität in der BRD einer ungewissen Zukunft in ihren Heimatländern vor. Daß sie den Ausbeutern und Zuhältern nicht ohne Alternativen ausgeliefert sind, sondern auch ohne staatliche Kontrolle Lebens- und Existenzmöglichkeiten hier entwickeln können, dabei sollten wir sie nach Kräften unterstützen.





DAS PERSONENKENNZEICHEN (PKZ)

Der SVA enthält eine 12-stellige Nummer, die sich aus den individuellen Daten zusammensetzt. D.h. umgekehrt, aus jeder Nummer ist die entsprechende Person identifizierbar. Diese Ver- sicherungsnummer ist ein Personenkennzeichen für die gesamte Sozialverwaltung.
Schon die Nazis versuchten noch 1944, das PKZ einzuführen. Für den neuen computerlesbaren Personalausweis konnte das vereinheitlichende PKZ verhindert werden, jetzt wird es durch die Hintertür über den SVA durchgesetzt. Die Daten von ImmigrantInnen dagegen waren schon seit Mitte der 60er Jahre über das "Ausländer-Zentralregister" mit einem PKZ versehen worden.
Verschiedene Institutionen wie die Arbeitsämter, Finanzämter, Rentenversicherungen und viele andere können ihre Daten mithilfe des PKZ über die Computer austauschen und verknüpfen.

Ohne Datenabgabe gibt es weder Geld noch sonstige "Leistungen". Die Kosten für den Erhalt der Arbeitskraft sollen gesenkt werden, und je mehr und genauere Daten erzielbar sind, desto differenziertere "Persönlichkeitsprofile" können erstellt werden, um zu "teure" Menschen auszufiltern und auszugrenzen bzw. die ihnen sonst zustehenden Sozialleistungen zu verweigern. Die Datensammlungen über Krankheitsverläufe, Beschäftigungsverhältnisse, Sozialbezüge etc. erhöhen zudem für breite Bevölkerungskreise den Anpassungsdruck.

Deutsches Modellarbeitsamt in Moskau

Die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg betreut bald ein Modellarbeitsamt in Moskau. Damit soll der Aufbau einer funktionierenden Arbeitsverwaltung in Rußland unterstützt werden. Bis zu 40 Millionen Arbeitslose werden dort mit der Integration in den kapitalistischen Weltmarkt erwartet. Zuständig für die Betreuung des deutschen Modellarbeitsamtes in Moskau ist das Referat "Aufbau und Reform von ausländischen Arbeitsverwaltungen" bei der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit. In der Hauspostille >arbeit + beruf< heißt es: "Dieses Modellarbeitsamt soll einen Aufbau nach deutschem Muster erhalten. Das Personal wird durch deutsche Trainer geschult und über einige Zeit bei der täglichen Arbeit begleitet. Die deutsche Seite finanziert auch die Einrichtung. Das Modellarbeitsamt soll Muliplikatorenfunktion für weitere Mitarbeiter der russischen Arbeitsverwaltung erfüllen."

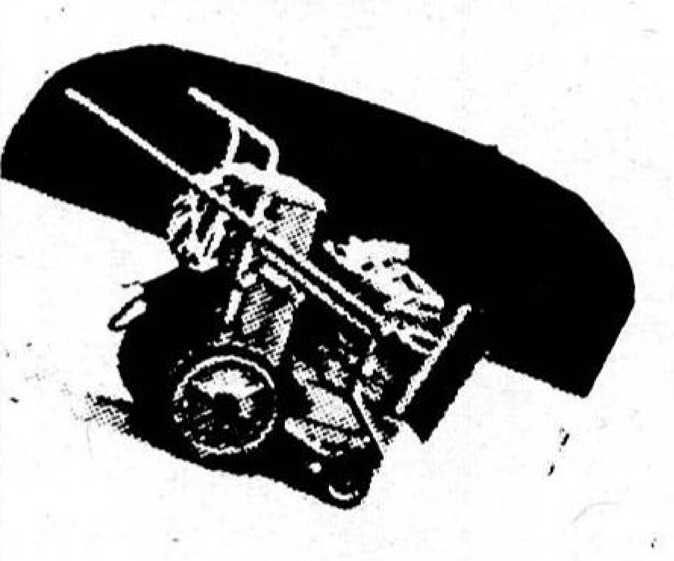
aus Siesta Nr 161

Dasselbe gilt für die 1994 geplante Einführung der computerlesbaren Krankenkarte. Ebenfalls eine kleine Plastikkarte. Ersatz für die bisherigen Krankenscheine, die per Knopfdruck die gesamte Krankengeschichte der Person sichtbar macht, sowie Behandlungsmethoden, Medikamenteneinnahmen, persönliche Daten der Lebensführung (z.B. RaucherIn). Da kann der Krankenkassenbeitrag individuell festgelegt oder bestimmte teure Behandlungen als "nicht lohnend" vorenthalten werden usw. Über diese zwei Plastikkarten wird das Selbstverschuldungsprinzip weiter gestärkt. Nicht die gesellschaftlichen Verhältnisse sind zu verändern, sondern individuelles Verhalten, nicht die entfremdete Arbeitsgesellschaft ist zu bekämpfen, sondern die Arbeitslosen, nicht die Krankheiten, sondern die Kranken.
Im Zuge der Europäisierung soll es zu einer Vereinheitlichung der jeweiligen Sozialversicherungssysteme kommen, zu einer europaweiten Versicherungskarte, der SVA weist die entsprechende Richtung. Die EG- Kommission finanziert ein Forschungsprojekt (AIM), in dem es um die Entwicklung einer europäischen Sozialdatenbank geht. Europa benötigt vereinheitlichte Steuerungs- und Kontrollmechanismen, um die für die Herrschenden untauglich gewordenen alten Sozialstaatssysteme endgültig zerschlagen und neue optimale Bedingungen für die Innovation ihrer Verwertungsgewalt durchsetzen zu können.

TECHNOLOGIE DER HERRSCHAFT

Scheinbar durchgesetzt hat sich in diesem Land der technologische Zugriff auf die Bevölkerung. Egal welche Kontroll- und Steuerungsfunktionen daran hängen, gelten die Plastikkärtchen als chic in den Kreisen, welche damit ihre Dazugehörigkeit zur modernen Metropolengesellschaft mit scheinbar problemlos aufwendigem Lebensstil zur Schau stellen. Noch vor ein paar Jahren gab es bei der vergleichsweise unbedeutenden Volkszählung einen Aufschrei des linken und liberalen Mittelstandes. Jetzt regt sich weder der bürgerliche Mittelstand noch die ArbeiterInnen und Angestellten im garantierten Sektor, weil sie davon keine Nachteile zu erwarten haben und sich die Sicherung ihrer Arbeitsplätze durch die Bekämpfung der Schattenarbeit erhoffen. Die "Drecksarbeit" muß trotzdem getan werden, möglichst billig und möglichst unsichtbar, das erhält den Wohlstand.
Informations- und Datensysteme im behördlichen Alltag werden als wertneutrale Instanzen ausgegeben. Moralische Dimensionen im Sinne von persönlich- politischer Verantwortung gibt es in bürokratischen Strukturen nicht, darf es nicht geben, weil sonst die Rationalität der bürokratischen Organisation nicht mehr gewährleistet ist. Verwaltungen und Bürokratien sind totalitäre Systeme, zentralistisch organisiert, sie sind wesentliche Pfeiler kapitalistischer Verwertung. Politisch Verantwortliche sind nie direkt mit ihren Opfern konfrontiert, die in den oberen Verwaltungsetagen Arbeitenden auch nicht. Diejenigen, die die Razzien durchführen, sind wiederum nur die Ausführenden "höherer" Entscheidungen, persönliche Verantwortlichkeiten werden so zum Verschwinden gebracht und den Angriffen der Betroffenen entzogen. Bis heute findet in Deutschland jede unmenschliche Maßnahme AusführerInnen, ist sie erstmal zum Gesetz erhoben. Die persönliche Verantwortung wird hinter der angeblichen Rechtmäßigkeit abgelegt - auch eine Parallele zur bürokratischen Funktionsweise im NS. Die Auswirkungen solcher "Maßnahmen" interessiert die durch sie nicht Betroffenen in keinster Weise - Ausgrenzungspolitik gegen gesellschaftliche Minderheiten war und ist so nicht schwer durchzusetzen.
Die Kriterien für Selektion sind heute durch den Einsatz von Computern noch weiter ausdifferenziert, technisch perfektioniert. Auslese- und Ausschlußkriterien sind verfeinert und ihre Wirkung ist subtiler geworden, die (scheinbar freiwillige) Anpassung hat sich dadurch verstärkt.
Die Technologie im Maschinenzeitalter der Computer ist ein soziales Gewaltverhältnis. Menschen werden zum Hauptstörfaktor, wenn sie sich nicht dem Diktat der Maschine unterwerfen. Laßt uns zu StörerInnen der patriachalen instrumentellen Logik werden!





Undurchsichtige Strukturen, durch Zahlen und Nummern verschlüsselte Herrschaft, fehlendes Wissen über Funktionszusammenhänge erschweren widerständiges Verhalten. Rädchen und TrägerInnen des Systems stehen auf der Gewinnerseite und bemühen sich, um jeden Preis dort zu bleiben. Dafür eignen sich auch heute in Deutschland staatlich geschürte Rassismen, die einerseits von den sozialen Problemen und den eigentlich Verantwortlichen ablenken und andererseits das Angebot aufrechterhalten, sexistische und rassistische Macht auszuüben und zu reproduzieren sowie materiell zu profitieren.
Die aktuelle staatliche Asyl- und Ausländerpolitik betreibt und benutzt diese Mechanismen. Auch der neue, von Staat, Wirtschaft, Parteien und Medien gepuschte Multikulti- "Antirassismus" soll die Zustimmung zum sich modernisierenden, "Leistung" fordernden Staat fördern. Die unmenschlichen und rechtlosen Lebensbedingungen der ImmigrantInnen und Flüchtlinge werden mit bürokratisch-technologische Gewalt rechtlich durchgesetzt.

AUF DER SUCHE NACH ANDEREN WEGEN

Neben dem Widerstand gegen die technologische Durchdringung unseres Lebens mit Mitteln wie dem SVA oder der zukünftigen Krankenkarte brauchen wir eine grundlegende Auseinandersetzung um Bewertung und Organisation von gesellschaftlicher Arbeit, reproduktiver wie produktiver. Was wird von wem, wie und wozu produziert, gearbeitet und nach welchen Kriterien bewertet?
Es ist uns wichtig, die herrschende Arbeits- und Sozialpolitik zum feministischen Thema zu machen, Positionen zu beziehen und einzugreifen. Der SVA selektiert und grenzt Menschen nach Verwertungs- und völkischen Kriterien aus. Ein großer Teil von Frauen, besonders der Immigrantinnen, wird hier verstärkt mit sexistischer und rassistischer Gewalt konfrontiert, wird darüber immer armer und muß mehr arbeiten, um den Lebensunterhalt zu sichern oder wird brutal abgeschoben. Diese sozialen Realitäten, die auch deutliche Differenzen unter den Frauen verursachen, müssen Ausgangspunkt für unsere politischen Kämpfe sein. Unsere Verschiedenheit müssen wir anerkennen, uns selbst infragestellen und den Blick über die eigenen Grenzen ausweiten, sonst werden wir nie sehen, was wir gewinnen können. Dazu brauchen wir soziale und politisch- organisatorische Verbindungen und Verbindlichkeiten untereinander, die bisher nicht existieren (Ausnahmen bestätigen nur die Regel). Eine feministische Politik muß die sexistisch und rassistisch organisierte Gewalt zur Verwertung jeglicher produktiver wie reproduktiver, (schlecht)bezahlter wie unbezahlter Arbeit begreifen und angreifen, um die Spaltung unter uns zu durchbrechen und den Widerstand lebendig zu halten. D.h. auch, für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Immigrantinnen und Arbeiterinnen kämpfen, und politische Verantwortung übernehmen gegenüber den Ausbeutungs- und Unterdrückungsstrategien des BRD-Imperialismus in den Ländern Asiens, Afrikas, Lateinamerikas und Osteuropas.





WIDERSTÄNDIGES

Massenhaft in Umlauf befinden sich bereits gefälschte oder verliehene SVA's, Doppel-, Drei- oder Mehrfachausführungen. Wie der Presse zu entnehmen ist, beklagen sich Kapitalistenverbände und Einzelgewerkschaften (z.B. IG Bau-Steine-Erden) über die "doch-nicht-Fälschungssicherheit" des SVA. Sie fordern generell ein Lichtbild sowie eine Unterschrift, die auch zur Identifizierung dient und die Überprüfbarkeit erschweren soll. Außerdem werden noch mehr Kontrollen verlangt, v.a. die Arbeitsämter richten sich auf diese neuen Bespitzelungsfunktionen ein, neue Abteilungen entstehen.

Was wir tun können
Mehrfachbezüge des SVA durch ständige Verlustmeldung schafft Verwaltungsaufwand, und wir können Ausweise weitergeben. Grundsätzlich sollten wir den SVA nicht mitführen, selbst dort, wo die "Mitführungspflicht" besteht. Nie sollten wir einem Kontrolleur unsere Rentenversicherungsnummer nennen, somit wird jede Schnüffelei zur langwierigen Ämternachfrage verkommen, der SVA nutzloser. Darüberhinaus bieten sich an: Fälschungen, Falschangaben, Verschreibungen usw.. Aktionen gegen Arbeitsämter, Krankenkassen,...,"Arbeitgeber", Profiteure des Sexgeschäftes...

Zornige Zankthippen





Null minus 25 % *Was bleibt übrig?*

WIR SAGEN NEIN!

zur Kürzung der Sozialhilfe von Flüchtlingen zur Auszahlung der Sozialhilfe als "Sachleistungen" und "Wertgutscheine"

ende märz hatte die hanauer sozialhilfegruppe "basta" in flüchtlingswohnheimen in und um hanau zu einer infoveranstaltung eingeladen. über 5o leute kamen, in 5 sprachen wurden informationen zum geplanten kürzungsgesetz vermittelt. einige vorschläge für protestaktionen konnten an diesem abend nur noch kurz gesammelt werden, zur konkretisierung wurden weitere treffen verabredet.

auf den folgetreffen wurde beschlossen, eine "organisation für die rechte der flüchtlinge" zu bilden, erste aktivitäten gegen die sozialhilfekürzung vorzubereiten, perspektivisch aber auch andere bereiche einzubeziehen (asylverfahrensgesetz, unterbringung, arbeitsbedingungen..).
ein aufruf zu einem ersten aktionstag (am 28.4. vor dem hanauer rathaus/sozialamt) entstand, dieser wurde wiederum in 5 sprachen in den flüchtlingsheimen verteilt.
die beteiligung von ca. 5o leuten blieb deutlich hinter den erwartungen der vorbereitungsgruppe zurück, die kleine demo und der gang durch das sozialamt waren nicht allzu eindrucksvoll.
aber von den entstandenen kontakten, dem vernetzungsversuch in der "organisation für die rechte der flüchtlinge" werden sicherlich weitere initiativen ausgehen....

KEINE APARTHEID GEGEN FLÜCHTLINGE !
GEGEN ALLE RASSISTISCHEN SONDERGESETZE!

ORGANISATION FÜR DIE RECHTE DER FLÜCHTLINGE

Kriesenmanagement im Wider-vereinigten Deutschland - "der Solidarpakt"

In den letzten Wochen und Monaten ist eine in ihrem Umfang bisher einmalige umfangreiche Reorganisation des deutschen Staatsbetriebes vonstatten gegangen.
Im Schatten einer sich vertiefenden ökonomischen und sozialen Kriese soll das Rad der Geschichte wieder zurückgedreht, viele in langen sozialen Kämpfen erreichte Standarts wieder eliminiert werden. Zur Disposition stehen erreichte verbesserungen in den Bereiche Arbeit, soziale Absicherung, Erziehung, Hochschule, Gleichberechtigung von Frauen, Abbau von Diskriminierung Andersdenkender und Andersaussehender.
Die Tragik der linken Bewegung ist es, daß ihr Zerfall ausgerechnet einhergeht mit einem fortschreitendem Kriesenprozeß bürgerlich-kapitalistischer Normalität. Die Kritik der herrschenden Verhältnisse, welche erst die Legitimationsgrundlage emanzipatorischer Bewegungen abgab, verliert gerade in einem Zeitraum, in dem sie sich zu bewahrheiten beginnt, an Anziehungskraft und Faszination.
Stattdessen versucht die politische Klasse mit Hinweis auf die momentane, desolate Lage der deutschen Wirtschaft, die Demontage des Sozialstaates voranzutreiben.
Der Solidarpakt ist nur die Spitze eines sich zuspitzenden Verteilungskampfes, nach der vorläufig endgültigen Beedigung des deutschen Wirtschaftswunders öffnet sich die Schere zwischen arm und reich erneut. Die "objektive Zwangssituation", vergegenständlicht in hoher Staatsverschuldung, zunehmender Arbeitslosigkeit und bröckelnden Absatzmärkten dient als Sachzwangargument zugunsten eines profitmaximierenden Umbaus der deutschen Wirtschaft, zur Aufweichung arbeitsrechtlicher Standarts, zur Anpassung der gesellschaftlichen Normen an die veränderten Anforderungen des Kapitals.
Diese Entwicklung geht einher mit einer reaktionären Wende des politischen Systems. Die faktische Abschaffung das Art.16 GG, das neue Abtreibungsrecht und die Bundeswehreinsätze in Somalia sind nur Teile eines Programms, welche mit dem Umbau des ökonomischen Sektors oft eng verbunden sind.
Dieser Beitrag will einige Fakten zusammentragen und die dahinterstehenden ideologischen Stoßrichtungen des Kapitals transparenter machen.

Die Vorgeschichte: Der Ausverkauf der DDR

Mit dem Zusammenbruch der staatskapitalistischen RGW-Staaten in Osteuropa und der Widervereinigung beider deutscher Staaten im Oktober `89 schien der Weltmarktgewinner festzustehen. Nach einer kurzen Übergangsphase sollte die soeben einverleibte DDR wirtschaftlich integriert werden. Kanzler Kohl versprach feierlich, es werde im Rahmen einer Anschubfinanzierung der ostdeutschen Wirtschaft nicht zu Steuererhöhungen kommen. Die Lebensstandarts in Ost und West würden sich innerhalb weniger Jahre nahezu angleichen.
Über den "Fonds Deutsche Einheit" sollten zur Finanzierung der schnellen Einheit für den Zeitraum vom 1.Juli `90 bis Ende `94 115 Mrd. DM bereitgestellt werden, diese staatlichen Transferleistungen flossen jedoch größtenteils unproduktiv in die Finanzierung des Nachholbedarfs an westdeutschen Konsumgütern. Die westdeutschen Betriebe konnten diese Nachfrage fast vollständig über ein Ausfahren der Produktion absorbieren, insofern glichen diese Transfers einer gigantischen Subventionierung der westdeutschen Wirtschaft.
Die schockartige Währungsunion vom Juli `90 hatte schlagartig zu einer Abwertung der Anlagevermögen der ostdeutschen Wirtschaft geführt. Das Nettoanlagevermögen an Industrieanlagen etc. fiel von 940 Mrd. DM auf maximal 230 Mrd. DM. Das bedeutet, es besaß nur noch ein Viertel seines ursprünglichen Wertes.
Gleichzeitig standen die ostdeutschen Betriebe plötzlich vor einem ungeheuren Kreditschuldenberg, dessen Zinsen sie oft nicht zu zahlen in der Lage waren. Dabei waren diese Kreditschulden gar nicht reell vorhanden. Alle DDR-Staatsbetriebe finanzierten sich 1989 zu einem großen Teil aus staatlichen "Krediten", die in Wirklichkeit nur Verrechnungseinheiten eines geplanten Marktes waren. Die Betriebe hatten den Löwenanteil ihrer Einnahmen an den Staat abzuführen und unterlagen so einer dauerhaften, effizienten Kontrolle. Anschließend wurde im Umkehrverfahren zumindest ein Teil des Geldes als "Kredit" wieder an die Betriebe zurückgeführt. Daß diese "Kredite" keine echten im Sinne einer westliche Marktwirtschaft waren, ist schon daran ersichtlich, daß lediglich 2-3% Zinsen zu zahlen waren, diese zuweilen sogar zinslos vergeben wurden.
Nach der Währungsunion wurden diese Zinsen plötzlich real, die Zinsforderungen beträchtlich erhöht. So hatte die Treuhand 1991 mehr als die Hälfte ihres Budgets von 20 Mrd. DM für die Bedienung ihrer Kreditschulden aufzubringen (Altvater, S.17). Der logische Schutzreflex, eine Abwertung der DDR-Währung auf ca. 1:3 hätte westdeutsche Importartikel erheblich verteuert und so die ostdeutsche Wirtschaft weitgehend vor dem Ausverkauf bewahren können. Diese Option ist zugunsten kurzfristiger Profitinteressen des westdeutschen Kapitals und dem übergeordneten weitgehend irrealen Wiedervereinigungstaumel nicht genutzt worden. Der schnelle Anschluß hat einer in weiten Teilen noch intakten, wiederaufbaufähigen DDR-Wirtschaft erst den Todesstoß verpaßt.
Bis zum Frühjahr `92, einem Zeitpunkt, an dem unsere westlichen Nachbarländer allesamt mit einer wirtschaftlichen Abwärtsbewegung zu kämpfen hatten, sorgte die anhaltende Nachfrage der FNL nach westdeutschen Konsumgütern dort für eine Nachfragebelebung. Die Unternehmergewinne und Tarifabschlüsse waren in Folge dieser unerwarteten Sonderkonjunktur hoch. Erst Mitte 1992 wirkten sich die immer stärkeren Belastungen der öffentlichen Haushalte zunehmend negativ auf die westdeutsche Wirtschaftslage aus.
In den letzten Monaten hat die manifeste Kriese in Ost und West solch ein Ausmaß angenommen, daß sie nicht einmal von Berufsoptimisten à la Kohl weggeleugnet werden kann. Im Gegenteil: Mittlerweile fürchten sogar die Unternehmer um einen Einbruch ihrer Profite.

– Die offizielle und verdeckte Arbeitslosigkeit hat mittlerweile die 7 Mio.- Grenze überschritten, alleine in Ostdeutschland liegt die Arbeitslosenquote bei 35%.
– Die Staatsverschuldung bewegt sich auf 1.5000 Mrd. DM zuund ist damit schon ins Bodenlose abgehoben.
--- Schon jetzt macht sich der Überhang an RentenbezieherInnen bemerkbar. In den nächsten Jahren steuern die Rentenversicherungen auf einen Kollaps zu.

Die ursprünglich geplanten Transferleistungen erwiesen sich schnell als nicht ausreichend, über diverse Nachtrags- und Schattenhaushalte wurden enorme Geldmassen mobilisiert, ohne daß dies zu einer Änderung der Politik der schnellen kolonialisierung geführt hätte. Mittlerweile ist die Industrieproduktion in den Fünf Neuen Ländern (FNL) auf 35

v.H. geschrumpft, die nötigen öffentlichen und privaten Investitionskosten belaufen sich auf 200 Mrd. DM jährlich (Memorandum `93, S.19-20). Adenauers späte Rache schlägt jetzt mit voller Wucht zurück.

Der Solidarpakt

Um das Schuldenloch finanzieren zu können geht`s nun ans Eingemachte. Die Zeiten des "Sozialschmarotzertums" sind vorbei, tönt es,"wir müssen alle den Gürtel enger schnallen". Schauen wir einmal genauer hin:

Das Kernstück des neuen Sparpaketes bildet das sog. "Föderale Konsolidierungsprogramm", auch "Solidarpakt" genannt. Noch 1993 sollen im Rahmen dieser gigantischen staatlichen Umverteilung rund 20 Mrd. DM lockergemacht werden. Einsparungen sind vorgesehen vor allem bei der Sozialhilfe, dem Arbeitslosengeld und der Arbeitslosenhilfe sowie den Renten und anderen Sozialleistungen. Am 27. Mai ist dieses Sparpaket mit den Stimmen der SPD im Bundestag verabschiedet worden. Im Einzelnen gliedern sich die Kürzungen wie folgt auf:

– Der Bund übernimmt die Treuhand-, Wohnungsbau- und Kreditschulden.

– Die Versicherungssteuer steigt auf 15%.

--- Ab 1995 bezahlen alle ArbeitnehmerInnen einen Solidaritätszuschlag von 7,5% auf das Einkommen.

– Maßnahmen zur Einschränkung der Schwarzarbeit und des Leistungsmißbrauchs sollen zusätzliche Einsparungen bringen.

Allein 1993 sollen auf diese Weise 3,5 Mrd. DM eingespart werden, für 1995 sind 10 Mrd. DM anvisiert.

Das ist aber noch lange nicht alles. Mit dem gleichzeitig mit dem Solidarpakt verabschiedeten Zusatzpaket warten folgende Sozialkürzungen auf uns:

--- Das Unterhaltsgeld wird auf die Höhe des Arbeitslosengeldes angesenkt. = 2 Mrd. DM

– Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe werden um 3% gesenkt. = 3 Mrd. DM

– Die Beitragssätze für die Renten- und Krankenkasse steigen um 10,5% (50% Arbeitgeberbeteiligung). = 6 Mrd. DM

– Das Zweitkindergeld wird von 130 auf 100 DM reduziert. = 1 Mrd. DM

– Die Eingliederungshilfen für Aussiedler werden gekürzt. = 1 Mrd. DM

– Nullrunde bei den Gehaltserhöhungen für Beamte. = 1 Mrd. DM

– Über Kürzungen im Rentenbereich ist noch nicht endgültig entschieden.

Klammern wir die Beamten einmal etwas aus, werden also die hier sichtbaren Kosten der Vereinigungskriese vor allem auf die eh Schlechtergestellten abgewälzt. Die Kürzungen bei der Sozialhilfe und dem Arbeitslosengeld (-hilfe) wurden propagandistisch durch eine initiierte Medienkampagne begleitet, die den "Mißbrauch bei den Sozialleistungen" mit ätzenden Haßiraden anprangerte und so die Akzeptanz in der Bevölkerung für die Kürzungen erhöhen wollte.

Ebenfalls argumentiert wurde mit einer Verletzung des Lohnabstandgebotes. Wenn die Einkommensgrenze der unteren Lohnstufen so weit nach unten strapaziert wird, bis sie fast das Niveau der Sozialhilfe erreicht hat, könnte mensch ja auf die Idee kommen, lieber gleich Staatsknete zu kassieren. Also runter mit der Sozialhilfe. Das nicht zu hohe Sozialleistungen, sondern Löhne in der Höhe des Existenzminimums die eigentliche Schweinerei sind, wird von den Herren in Schlips und Kragen geflissentlich übersehen.

Dabei sind wir noch lange nicht am Ende. Pünktlich zu den Solidarpaktbeschlüssen verkündete Finanzminister Waigel für 1994 eine zusätzliche Haushaltslücke von mindestens 71 Mrd. DM. Aufgrund dieser "schärfsten Wirtschaftskriese seit Bestehen der Bundesrepublik", so Waigel, seien "empfindliche Wohlstandseinbußen unvermeidlich" (FR vom 28.5.`93)

Nun soll gar nicht bezweifelt werden, daß es der deutschen Wirtschaft wirklich dreckig geht, trotzdem kann die wirre Logik von Waigel & Co. nicht verdecken, wer hier die einstürzenden Marktwirtschaftsgebäude bezahlen soll. Parallel zu dem massiven Sozialabbau nach unten werden die Zügel für die Unternehmen locker gehalten. Subventionen werden nicht gestrichen, eine Arbeitsmarktabgabe wird nicht erhoben, sichert Waigel den besorgten Unternehmern zu. Im Gegenteil werden die Spitzensteuersätze von gegenwärtig 56% auf 44% herabgesenkt.

Dieses Vertrauen auf den freien Markt, der unsichtbaren Hand, die konservative Ökonomen so gerne herbeireden, wirkt angesichts von Massen an staatliche Transferleistungen höchst paradox. Diese Neuauflage einer liberalen Wirtschaftsordnung, in der die Kapitaleigner dank Abbau staatlicher Regulation freie Hand zur Durchsetzung ihrer Profitinteressen haben, wird nämlich erst finanziert durch staatliche (keynesianische) Umverteilung in dreistelliger Milliardenhöhe.

Gerade diese Widersprüchliche Verquickung konkurrierender kapitalistischer Wirtschaftsordnungen ist ein Indiz für die Konzeptlosigkeit einer voranschreitenden Kriesenentwicklung, die mittlerweile fast alle westlichen Industrieländer eingeholt hat.

Nach den armen Ländern des Trikont und dem Scheitern der Modernisierung in den ehemaligen RGW-Staaten werden nun, so scheint es, zunehmend die Metropolen selbst Opfer der ihnen eigenen Widersprüche. Nach OECD-Analyse muß Ende 1994 in den westlichen Industriestaaten mit 35 Mio. Arbeitslosen gerechnet werden (Berliner Zeitung vom 3.5.`93), die Dunkelziffer liegt schon jetzt weit höher.

Die Aufweichung arbeitsrechtlicher Standarts

Die momentane krisenhafte Entwicklung in der BRD wird für die Wirtschaftsmächtigen als willkommener Anlaß genommen, den Sozialstaat umzubauen und die Menschen erneut einem "verschärften Akkumulationskommando" (Wildcat 61, S.23) unterwerfen zu können. Nachdem sich in den 70`er und 80`er Jahren in der BRD eine breite Widerstandsbewegung von unten der Rolle des "guten Deutschen" widersetzte, Selbstbestimmung gegen entfrendete Arbeit setzte, führte dies zu staatliche Zugeständnissen in Form von massenhaft ausgezahlten Sozialhilfegeldern und anderen staatlichen Unterstützungsleistungen. Nach der weitgehenden Auflösung der Massenbasis linker Widerstandsbewegungen ist nun eine gegenläufige Entwicklung zu beobachten. "Sozialschmarotzer" werden verstärkt auf den Behörden schikaniert, aber bei ihnen wird nicht halt gemacht.

So soll auch die Arbeitsproduktion in den Betrieben erhöht werden. Die Lohnfortuzahlung im Krankheitsfall, 1957 im längsten und härtesten Streik in der Geschichte der BRD von der IG-Metall durchgesetzt (Spiegel 17/47 vom 26.4.93 S.23), soll fallen. In Zukunft werden Kranke die ersten beiden Krankheitstage aus eigener Tasche bezahlen, die Lohnfortzahlung setzt erst am dritten Krankheitstag ein. Krankfeiern als individueller, massenhafter Protest gegen die Vernutzung menschlicher Arbeitskraft soll auf diese Weise unterbunden werden.

Sogar vor dem Heiligsten, der Tarifautonomie und dem Bruch der Tarifverträge selbst wird von Unternehmerseite nicht mehr zurückgeschreckt. Ziel ist die Etablierung einer großen Zahl ungesicherter, "flexibler" Arbeitsverhältnisse bei geringer entlohnung, die optimal auf die Nachfrage der Betriebe zugeschnitten ist, die Polarisierung der Gesellschaft in Arm und Reich.

Auf die Dauer würde diese Entwicklung auf eine Dualisierung der Wirtschaft hinauslaufen. Auf der einen Seite die Unternehmer, Selbstständigen, Beamten und ArbeitnehmerInnen in gesicherten Beschäftigungsverhältnissen, auf der anderen Seite die VerliererInnen des Verteilungskampfes, Menschen in schlecht bezahlten, ungesicherten Jobs, Arbeitslose, Alte, Frauen und MigrantInnen. Sie stellen eine Manövriermasse des Kapitals, bei Bedarf einsetzbar, auf Dauer funktionalisiert als LohndrückerInnen, Sündenböcke oder DreckwegmacherInnen...

Die "Dritte Welt" wird in die Metropolen vorgelagert. Dieses Phänomen ist längst Realität geworden in Gestalt der amerikanischen oder auch der italienischen Gesellschaft, es besteht nicht wenig Grund zur Annahme einer weiteren Vertiefung dieser Dualisierung im Weltmaßstab.

Die zukünftige Rolle der Frauen

Den Frauen kommt in der Ära des widervereinigten Deutschlands eine besonders tragende Rolle zu: Den überlasteten Arbeitsmarkt zu räumen und sich der Aufzucht des deutschen Nachwuchses zu widmen.

In der DDR galt es als Selbstverständlichkeit, jeder Familie genügend Kindergartenplätze zur Verfügung zu stellen und die Frauen ins Berufsleben zu integrieren. Kein Wunder, herrschte doch in Honneckers Planwirtschaft in ständiger Mangel an Arbeitskräften.

Auch in der BRD gab es zumindest tendenzielle Erfolge der Frauenbewegung, sich von "ihren" Männern unabhängige Reproduktionsbasis zu sichern. Das ist jetzt erst einmal vorbei.

Von den 4 Mio. abgebauten Arbeitsplätzen der Ostdeutschen Wirtschaft sind die Frauen überdurchschnittlich betroffen. 65% aller Arbeitslosen sind Frauen (Notz, S.156). Viele tauchen in keiner Arbeitslosenstatistik auf, da sie nicht als klassisch arbeitslos eingestuft werden, sondern wieder als unbezahlte Hausarbeiterin. An Maßnahmen der Umschulung oder der betrieblichen Weiterbildung ist die Beteiligung von Frauen noch viel geringer.

Am Beispiel der Frauen zeigt sich die unheilvolle Allianz aus wirtschaftlichem Abschwung und konservativ-reaktionärem Aufschwung besonders deutlich. Die Wirtschaftskrise dient als vorgeschobener Grund, Frauen erneut auszugrenzen und ihnen das Recht auf Selbstbestimmung abzusprechen.

Der neueste Coup war die Durchsetzung des neuen § 218, der vielen v.a. armen Frauen die Möglichkeit nehmen soll, über ihren Körper selbst zu bestimmen. Der tieferliegende Grund für diese Entscheidung ist sowohl ökonomischer, als auch rassistisch-reaktionärer Natur.

Wie weiter oben bereits angedeutet, befindet sich die Finanzierung der Renten kurz vor dem Kollaps. Immer mehr anspruchsberechtigten alten Menschen stehen immer weniger jungen einzahlungspflichtigen gegenüber. Im Gegensatz zu den meisten Ländern dieser Welt nimmt die Zahl der deutschen Bevölkerung stetig ab und wird voaussichtlich im Jahre 2030 bei 60 Mio. angelangt sein (1993: ca.80 Mio.). Da die Beitragssätze für die Rentenversicherungen nicht beliebig nach oben geschraubt werden können, versucht die Bundesregierung mit Bevölkerungspolitik aktiv gegenzusteuern. Der Ausschluß der Frauen as den Arbeitsmärkten und die erschwerten Abtreibungsregelungen sollen der deutschen Rasse viele Kinder schenken, als Garant der Zukunftssicherung.

Aus diesem Grunde ist die Mittelkürzung von Sozial- und Unterstützungsleistungen im Erziehungsbereich auch nicht so drastisch. Zwar wurde das Zweitkindergeld gekürzt, die Gewährung von Sozikohle für Frauen mit Kleinkindern wurde längerfistig sogar entbürokratisiert.

Arbeitsmigration und Asyl

Nach der Neudefinition des Status von ArbeitsmigrantInnen und Flüchtlingen läßt sich das Zusammenspiel von ökonomischen "Zwängen" und rechter Demagogie ebenfalls gut darstellen. Wo der Solidarpakt die Kosten der Krise vor allem auf die BezieherInnen mittlerer und niedriger Einkommen sowie die Arbeitslosen abwälzt, sind natürlich AusländerInnen besonders stark betroffen. Diese werden traditionell überwiegend in den unteren Segmenten des Arbeitsmarktes beschäftigt.

Nun geht es nicht darum, Deutschland deutsch zu machen, sondern die in der BRD lebenden AusländerInnen einer verschärften Auslese zu unterwerfen. Ballast in Form von regelmäßigen BezieherInnen staatlicher Unterstützungsleistungen, Kranken, Alten und Arbeitsunfähigen (oder -unwilligen) sollen aussortiert und in ihre Heimatländer abgeschoben werden. Hierbleiben sollen vor allem die im Sinne des Kapitals verwertbaren ausländischen Menschen. Damit soll eine Entwicklung umgedreht werden, die in den letzten Jahren immer mehr zum unkontrollierten Selbstläufer geworden ist.

Im Jahre 1955 wurde das erste Anwerbeabkommen über den befristeten Einsatz italienischer "Gastarbeiter" (sic!) im Einverständnis beider Regierungen unterzeichnet. Diesem folgten bis Anfang der siebziger Jahre weitere, die Zahl ausländischer Beschäftigter stieg in diesem Zeitraum beständig. Lediglich der kurze Konjunktureinbruch 1966-67 sorgte für eine Verringerung der absoluten Zahl der VertragsarbeiterInnen um ca. 25%.

Die im Rahmen der weltweiten "Ölkrise" ab 1973 in der BRD erstmalig zu beobachtenden starken Beschäftigungseinbrüche veranlaßten die Bundesregierung noch im gleiche Jahr zu einem generellen Anwerbestop. Diesmal setzte der Rücklaufautomatismus allerdings nicht im erhofften Umfang ein. Insbesondere viele Jugoslawen und Türken (also vor allem Männer) machten von ihrem Recht auf Familiennachzug Gebrauch, die Zahl der MigantInnen stieg weiter an. Gleichzeitig weigerte sich die Bundesregierung, die BRD als Einwanderungsland zu betrachten, obwohl dies de facto längst der Fall war.

Verfügten die ArbeitsmigrantInnen dieses früheren Stadius noch über verhältnismäßig gute Aufenthaltsgarantien, änderte sich dies nach 1973 durch den verstärkten Zuzug von Flüchtlingen, die oft denkbar schlechte Voraussetzungen für einen längerfristig legalisierten Aufenthalt mitbrachten. Ende 1992 besaßen 2,736 Mio. AusländerInnen eine einigermaßen gesicherte Aufenthaltsperspektive, 2,6 Mio. besaßen einen ungesicherten Status, dazu kamen noch mehrere hunderttaudend Illegale. Insgesamt stieg die Zahl der InländerInnen ohne Paß auf 6,25 Mio. (Memorandum `93, S.87).

Der neu ausgehandelte "Alsylkompromiß" hat also ebenso wie das neue "Ausländergesetz" vom Juli `90 vor allem die Funktion , diese unkontrollierte Einwanderung wieder kontrollierbarer zu machen. Die Betriebe und

Dienstleistungsunternehmen nutzen die ungesicherte rechtliche Stuation der Ausländischen ArbeiterInnen konsequent aus. Auch 1993 übernehmen diese vor allem untertariflich bezahlte, gefährliche, monotone und harte physische Arbeiten.

Da diese Arbeiten trotz hoher Arbeitslosenraten kaum von Deutschen übernommen werden und eine Substituierung (Austausch) durch Maschinen nicht möglich oder nicht profitabel ist, hat die deutsche Wirtschft ein sehr starkes Interesse an "unseren ausländischen Freunden".

Darüberhinaus führt diese Segmentierung des Arbeitskräftemarktes in sehr viele unterschiedliche Lohnstufen zu einer starken Hierarchisierung, die eine einheitliche Organisierung der Beschäftigten in den Betrieben erheblich erschwert. Die Verständigungsprobleme tun ein übriges.

Was hat sich nun konkret an der Situation der AusländerInnen in der BRD geändert ? Zunächst einmal ist es für Menschen aus nicht-EG-Staaten nahezu unmöglich, legal einzureisen und zu arbeiten, bzw. staatliche Sozialleistungen in Anspruch zu nehmen, es sei denn, es besteht eine Nachfrage nach billigen Arbeitskräften. Im Gegensatz zu früher können diese ausländischen Beschäftigten auch nach mehrjähriger Tätigkeit wieder abgeschoben werden. So regelt z.B. § 10 des "Ausländergesetzes" (Aufenthaltsgenehmigung zur Arbeitsaufnahme):"Die Verordnung kann Beschränkungen auf bestimmte Berufe, Beschäftigungen und bestimmte Gruppen von Ausländern vorsehen, Art und Geltungsdaue der Aufenthaltsgenehmigung festlegen und die Erteilung e ner unbefristeten Aufenthaltsgenehmigung beschränken ode ausschließen".

Dieser Paragraph findet vor allem be "Werksvertragsarbeitnehmerabkommen" (so ein Wort kön nen bloß Deutsche erfinden !) Anwendung. Im Rahmen die ser Abkommen sind 1992 ca. 100.000 Vertragsarbeite (v.a. Polen, Rumänen) nach Deutschland gekommen, dazu noch einmal mindestens soviel Illegale, die über dieselber Subunternehmer vermittelt werden.

Es ist nur noch als Witz zu bezeichnen, daß außgerechne in der Baubranche, dem einzigen Wachstumssektor in der FNL, bis zu 50% der Arbeitskräfte zu Löhnen von 5-6 DM aus Osteuropa rekrutiert werden. Die Aufenthaltsgenehmigung, sofern Vorhanden, gilt für maxima drei Jahre, da die Arbeiter in ihren Heimatländern versicher bleiben, entstehen hier keine Belastungen für Kranken- und Rentenkassen sowie die Arbeits- und Sozialämter.

Die im Rahmen des Solidarpaktes angekündigten verstärkter Maßnahmen gegen Schwarzarbeit werden deshalb auch weniger zu einem Abbau derselben beitragen, als zu einer zusätzlichen Verunsicherung illegaler Billigarbeiter, welche den Fortbestand dieser Ausbeutungsform zu zementieren hilft.

Gespart wird auch bei den AsylbewerberInnen, ihnen wurde die Sozialhilfe stark gekürzt oder gegen Ausgabe von Essensmarken ganz gestrichen.

Bleibt zum Schluß noch die Frage offen, warum nicht wenigsten die zweite oder dritte Generation der InländerInnen ohne Paß, welche meistens mehr bezug zu ihrem ungastlichen Geburtsland, als zu ihrem Heimat(?)land haben, endlich mit der zweiten Staatsbürgerschaft beglückt wird, um so das Problem der Überalterung der Gesellschaft in den Griff zu bekommen. Däzu Charlotte Höhn, Leiterin des Bundesinstituts fü Bevökerungforschung: "Es gibt wohl auch Schwellenwerte der Integrationsfähigkeit, die wir aus Bevölkerungswissenschaftlicher Sicht nicht kennen." (Focus Nr19, Mai `93).

KOHLE HER ODER WIR LEGEN EUCH UM

ICH KOMME ZURÜCK UND MACH ALLES KAPUTT !

In der Nacht zum 21. März 84 hat Jean Moreau, ein 49jähriger Arbeitsloser, die Büros des Arbeitsamtes in Rennes, das ihm das erwartete Geld nicht geben wollte, verwüstet. Computer, Telefone, Schreib- und Rechenmaschinen, sanitäre Anlagen, dutzendweise mit einem großen Hammer zerstört. Alle herumliegenden Akten wurden mit dem Feuerlöscher erledigt. Ein schönes Werk!

Was Jean Moreau da angestellt hat, wir sind Hunderte, Tausende, die darauf Lust hatten. Die immernoch darauf Lust haben.

Es kommt gar nicht in Frage, über unser Elend zu klagen!

Für all die durch Arbeit verlorene Zeit (auch wenn es nur 3 Monate sind, um anschließend Arbeitslosengeld zu bekommen) und für unsere dabei verbrauchte Jugend schulden uns Gesellschaft und Staat ein Lösegeld!

Jede Idee eines fatal auf ein Existenzminimum reduzierten Lebens lehnen wir ab!

Die Notwendigkeit des Geldes verzehrt unser Leben. Sie zerfrißt uns das Gehirn und die Geschlechtsorgane. Jetzt, da der Staat endlich mit Arbeitgebern und Gewerkschaftsbürokraten einig ist, wurde entschieden die kümmerliche Arbeitslosenunterstützung zu kürzen und sie denen, die augenscheinlich nicht beabsichtigen, sich dem Gram wieder zuzuwenden, ganz wegzunehmen.

Deswegen werden wir uns doch nicht einschränken! Und Ihr Angestellten des Arbeitsamtes, die sich wie Bullen aufführen und sich mit dem Geld des Staates identifizieren und uns die Unterstützung wegnehmt: PAßT BLOß AUF!

Und was das Übrige angeht, d.h. das Wesentliche, wir wissen schon wie wir uns bedienen werden. Ohne zu bezahlen.

Arbeitslose auf Lebenszeit

Verteilt in Nantes, Paris, Le Havre in den Arbeitsämtern, ebenso in der Vorstadt von Marseille.

diskussionsbeitrag zum beitrag "halbzeit, nachschlag zum 1 mai" in der interim 253, s. 14

es ist ja erfreulich, daß sich genossInnen jetzt schon gedanken machen über die zukünftige inhaltliche ausgestaltung vom 1. mai. dabei geht es auch um eine inhaltliche bestimmung von teilen der autonomen, die über demotermine hinaus von bedeutung ist.
zumindest jene konnten sich nicht durchsetzen, die in diesem frühjahr noch verlauten liessen, daß für die vorbereitung der maidemonstration wenige wochen ausreichen würden und es schon als indiz für stalinistische taktik erachteten, daß sich genossInnen seit februar zur vorbereitung getroffen haben.
leider scheint die intention des erwähnten beitrag nicht die eröffnung einer debatte ohne sachzwänge, zeitdruck und politische intrigen zu sein, die zur klärung verhelfen könnte, wie die übriggebliebene systemantagonistische restlinke wieder ansätze revolutionärer gegenmacht entwickeln könnte. vilelmehr wird eher abstrakt davon geschrieben, daß "mit organisationen, von deren politischer zielsetzung uns welten trennen, ...für uns nicht automatisch Bündnisse möglich sind". konkretisiert werden die unterschiede an der frage `hauptwiderspruch versus triple opression`. die theoretischen ansätze, die dahinter stehen, sind gewiss für die gesamte linke wertvoll. außer in feministischen zusammenhängen ist darüber sonst kaum diskutiert wurden. die triple opression wird mehr im munde geführt als im kopf verarbeitet und verstanden. deshalb ist sie ein wichtiger diskussionspunkt. völlig ungeeignet und der thematik überhaupt nicht gerecht wird dagegen, wer/welche die bishergen papiere zur triple opression als spaltungsinstrument benutzen wollen. allein der bisherige diskussionsstand dokumentiert die unmöglichkeit einer solchen herangehensweise. während es kommunistische gruppen und einzelpersonen gibt, die den ansatz der triple opression für die rekonstruktion kommunistischer politik als hilfreich empfinden und damit gegen patriarchale, rassistische praktiken in der bisherigen kommunistischen tradition ankämpfen (es gab auch in der interim diskussionsbeiträge dieser art) lehnen die im autonomen lager verankerten wildcat-leute ebenso wie die fau-anarchistInnen die triple opression - debatte ab.
wenn die verfasserInnen des papiers konsequent sind, müssen sie die dann auch als bündnispartnerInnen ablehnen.
das`3zu 1`-papier, das die debatte über triple-opression erst angestossen hat, ist unter zur hilfe nahme von kommunistischen, anarchistischen, feministischen ansätzen entstanden, wie in der literaturliste ersichtlich. gerade das bietet die einmalige chance eine **gemeinsame** debatte mit diesen unterschiedlichen spektren zu organisieren.
die vorgespiegelte klarheit, die das interim- papier vermittelt ist auch deshalb verwunderlich, weil öfter von feministInnen beklagt wurde, daß gerade autonome männer oft thesen des `3 zu 1` papiers im munde führen, sich ansonsten aber bequem auf dem ausruhen, was in anderen zusammenhängen erarbeitet wurde.
die unterscheidung in eine "pflichterfüllungspolitik" und eine "befindlichkeitspolitk" mit eindeutigen präferenzen der verfasserInnen für letztere, ist eine falsche alternative. als metropolenrevolutionärInnen haben wir natürlich immer die bequeme wahl für ein leben mit und in den verhältnissen auf kosten der übergrossen mehrheit der menschen im trikont. deshalb kann eine pämisse für uns nur lauten, alle verhältnisse umzustürzen, wo menschen andere menschen ausbeuten. das wir dann auch "andere darauf verpflichten wollen", ist in der praxis für alle, die politk machen, selbstverständlich. sonst könnten wir nicht gegen rassistInnen, faschistInnen und sexisten vorgehen.
zum schluß noch ein vorschlag: vielleicht führt die neu entfachte diskussion ja zu einer regelmässigen diskussionsversammlung, in der grundsätze einer linken zusammenarbeit diskutiert und hoffentlich auch praktiziert werden.

ohne revolutionäre debatte keine revolutionäre organisierung!!!!

Was bisher nur als Gerücht kursierte hat sich bestätigt: Daily Terror soll auf dem diesjährigen Einheiz-Open Air spielen!

Daily Terror

DAILY TERROR -- oder, wie oft kann man das politische Lager wechseln(um ans große Geld zu kommen)???

... in einem Zeitalter, wo Punk und HC mitlerweile salonfähig geworden ist-und wo alte Nazibands auf einmal nette, unpolitische Jungs sind - wundert eine/n ja gar nichts mehr. Aus dem großen, kapitalistischen Musiksumpf sind also auch DAILY TERROR wieder aufgetaucht und erzählen bez. er (Peter Teuma)-Sänger und Macher der Band) erzählt von seiner über 10jährigen Punkerfahrung. Dieses gesabbel ist FALSCH. Sicher sind D.T. bzw. Peter Teuma als Punkband eingestiegen und hatten zu dem Zeitpunkt nichts mit Faschoscheiße zu tun.

"Aber Mensch kann sich ja ändern"!?
Peter T. hat sich geändert!!! Er trat in die NPD und später in die FAP ein. Desweiteren wurde er bei Überfällen von Faschos auf linke, besetzte Häuser in Braunschweig gesehen. Er stand auf der Seite der Faschos und fands wahrscheinlich supergeil "alte Kumpels" zu überfallen.
Aber nicht nur alte Kumpels-nein-ersatzweise auch mal Ausländer, beim großen Ausländer jagen in Salzgitter.
Bäh, Kotz ... reicht das?
Peter T. hat eine gute Nase für Geld und er hat in diesem fuckin`Nirvana Zeitalter mitgekrigt das mensch mit Punkrock Geld verdienen kann. Naja und auf einmal gibts ne neue D.T. Platte namens Apocalypse auf Revolution Rock(was weiß ich irgend so'n Looserlabel) mit Beiheftwelches über die langjährige Erfahrung der Band berichtet.
Es werden sogar besondeers die Kumpels der letzen 5 Jahre gegrüßt(seine Faschofreunde)
Der bittere Beigeschmack der "schnellen Punk mark" ist nur immer diese lästigen Auftritte bei Antifa-Konzerten(wie z.B. im Huxleys).
Aber Peter T. hat ja Punkerfahrung, schließlich ist er ja schon seit 10Jahren dabei.
Diese Heuchelei stinkt zum Himmel. Peter Teuma soll sich in seinem Nazilager vergraben, und nicht was von Punk erzählen!!!!
Boykottiert Daily Terror und andere Bands diesem Standarts!!!

VERPISST EUCH! Wir brauchen euch nicht um geile Mucke zu hören oder um Punk zu sein etc.

DESTROY FASCISM

Protokoll vom 4. berlinweiten Häuser- und Wagenburgentreffen vom 15.9.93

"Aus den Bezirken"

Friedelhain: bei der letzten VV waren rund 30 Leute - siehe Protokoll vom 8.9.
Besprochen wurde Neues aus den bedrohten Häusern, Patenschaften, Leerstandslisten (für Wohnungssuchende beim Wohnungsamt und Besetzungen), Pressegruppe, Infokette.
Bei Räumung Demo am gleichen Tag, 18 Uhr Frankfurter Tor !!! Vorschlag an die anderen Bezirke dies auch so handzuhaben und ein berlinweites Plakat zu erstellen.
Aktionstage: Zelt & Vokü am Wochenmarkt, Performance, Flugis verteilen.

Westberlin: 2 Häuser und eine Wagenburg beim letzten Treffen, andere Häuser sollen sich noch einklinken! Aktionstage: 2 Kundgebungen und Vokü in der Waldeburg (die sollen im Oktober geräumt werden!!!)
Nächstes Treffen am 22.9. 20 Uhr in der Marchstraße

Prenzlberg: das Treffen klappte wohl nicht - nächstes Mi 22.9. 20 Uhr Kastanie 77

Mitte: beim letzten Treffen waren rund 20 Leute, die aber jetzt gerade nicht hier sind.
Besprochen wurden wohl Leerstandslisten und Aktionstage ...

Aktionstagevorbereitung: HHHilfeee!!! Wir sind noch viel zu wenig, also kommt am Sonntag, 18 Uhr in die Kastanienallee 77 (jeder So bis zu den Aktionstagen!) Danach Vokü
Es wurde andiskutiert 2 Gruppen (Umzug Koordination Aktionstage) zu bilden.
Umzug: welches Motto? Wägen (karnevalartig?) dekorieren, Idee vorher mit Wagen/Bus die Häuser abklappern um den Umzug anzukündigen, Route vom Alex zum Kindernbauernhof Adalbertstraße mit Fest?
sonst: Kundgebung vor Innensenat, Papphäuseraktion am Alex, Zusammenarbeit mit WBA

Leerstandslisten: Wollen wir die kiezweise erstellen? Eher ja.
Wie wollen wir mit den Listen umgehen? Cafe als Kontaktmöglichkeit machen;
WBF macht auch Leerstandslisten - schwer an Wohnungen/Häuser ranzukommen, dies ist wohl bezirksweise noch unterschiedlich, gut bei ungeklärten Eigentumsverhältnissen; oder eher als öffentlichkeitswirksame Aktion?

Nächstes berlinweites Treffen am 29. September um 20 Uhr in der Scharnweber 38

TERMINÄNDERUNG:

Die Vorbereitungsgruppe für den Häuser- und Wagenburgenumzug, sowie die berlinweiten Aktionstage findet ab jetzt erst um 18°° Uhr statt (nicht wie angekündigt um 12°° Uhr). Der Ort und der Tag bleiben gleich:

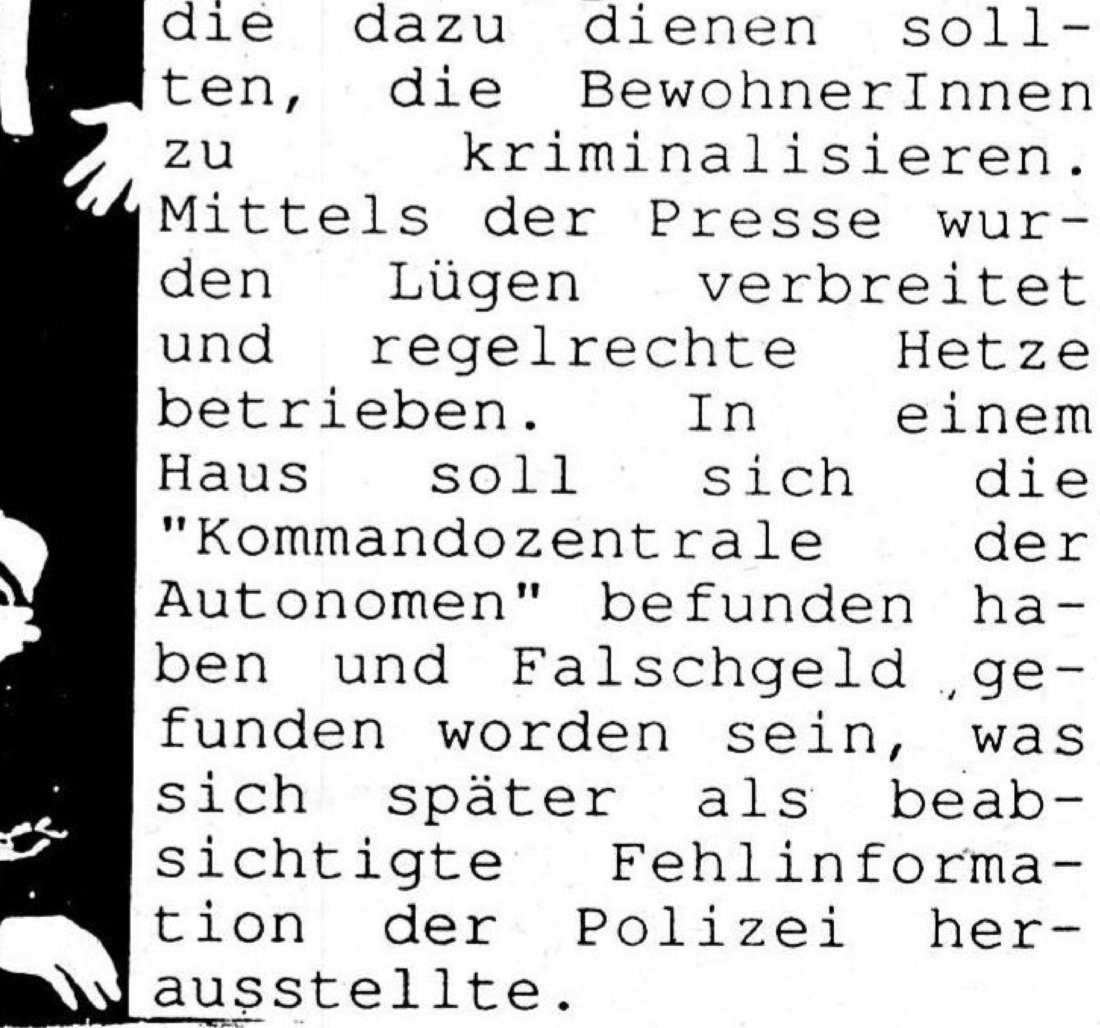
jeden Sonntag, 18°° Uhr,
Kastanienallee 77, Prenzelberg
(danach ist übrigens dort Vokü!)

Aufgrund mangelnden Interesses sehen wir uns nicht in der Lage, den Umzug zu organisieren. Bespricht die Aktionstage auf den Bezirks- und berlinweiten Häuser- und Wagenburgen-VVs, und unterstützt uns.

Eure Vorbereitungsgruppe

Erklärung zum 12. Jahrestag des Todes von Klaus Jürgen Rattay

Am 22.9.1981 wurde Klaus Jürgen Rattay nach der Räumung von 8 besetzten Häusern getötet, als die Berliner Polizei DemonstrantInnen in den laufenden Verkehr auf die Potsdamer Straße trieb. Der damalige Innensenator und CDU-Rechtsaußen Heinrich Lummer kriminalisierte von Anfang an die BewohnerInnen der mehr als 160 besetzten Häuser und wiegelte die Bevölkerung mittels einer hetzerischen Presse auf. Mit einer kriegsmäßig ausgerüsteten Polizei gab es massive Räumungen, mit dem Resultat von Tausenden von Verletzten und Verhafteten. Trauriger Höhepunkt war dabei der Tod von Klaus Jürgen Rattay.



Heute gibt es in Berlin noch 23 besetzte Häuser (von den 130 anfangs der 90er Jahre), in denen der jetzige Innensenator Heckelmann (CDU) "wieder rechtmäßige Zustände herstellen will". Schon seit Monaten hat die Repression gegen (ehemals) besetzte Häuser und Wagenburgen zugenommen. Es gab mehrere Hausdurchsuchungen und Übergriffe der Polizei, die dazu dienen sollten, die BewohnerInnen zu kriminalisieren. Mittels der Presse wurden Lügen verbreitet und regelrechte Hetze betrieben. In einem Haus soll sich die "Kommandozentrale der Autonomen" befunden haben und Falschgeld gefunden worden sein, was sich später als beabsichtigte Fehlinformation der Polizei herausstellte.

Äußerst unangenehm ist auch bisher der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion, Dieter Hapel, aufgefallen, der eine von ihm als "Chaotendorf" bezeichnete Wagenburg räumen lassen will, und auch sonst keine Skrupel kennt, gegen besetzte Häuser und Linke zu hetzen. Der Senat macht sich mal wieder zum Handlanger der SpekulantInnen und Miethaie, indem er versucht, Häuser und Wagenburgen zu räumen.

- RÄUMT IHR UNSERE KNUSPERHÄUSCHEN, ZEIGEN WIR EUCH UNSERE FÄUSTCHEN!
- KEINE KRIMINALISIERUNG DER (EHEMALS) BESETZTEN HÄUSER UND WAGENBURGEN!
- SCHLUSS MIT DER MEDIENHETZE!
- KEINE RÄUMUNGEN! WIR BLEIBEN ALLE!

20.9.1993
Arbeitsgruppe Offentlichkeit
der Friedrichshainer Hauser-VV

Milicias Populares- Selbstverteidigung der Armenviertel in Medellin

Interview mit den Verantwortlichen der "Milicias Populares del Valle de Aburrá" Juan Campos und Rogelio Sanchez

aus: 501 Jahre sind genug

F: Wenn in Europa über Medellin geredet wird, dann denken die Leute an Drogenhandel und Pablo Escobar. Hier in Medellin sieht die Realität anders aus. Es gibt eine lebendige Jugendkultur und interessante Organisationsformen in den Armenvierteln. Ihr beiden seid Teil der Führung der Volksmilizen im Valle de Aburra, d.h in Medellin und Umgebung. Euer Projekt ist zu einem bedeutenden Faktor in der Stadt geworden, dieser Stadtteil wird von den Milizen praktisch kontrolliert. Wie sind die milicias populares entstanden?

R: Man müßte zunächst einmal von den Folgen des Drogenhandels, des Verkaufs der Kokapaste "bazuco", den "oficinas", und dem bezahlten Mord als Konsequenz davon, reden. Zwischen den Drogengeschäften und Banden, die sich Ende der 80er gebildet haben, haben unsere Stadtteile eine Situation des Terrors erlebt.

Dazu kam, daß bezahlte Killer im Auftrag der Rechten Morde an dirigentes populares (StadtteilführerInnen) verübt haben. Durch dieses Klima der Angst ist jede Organisierung verhindert worden. Hier entsteht die Notwendigkeit einer eigenen militärischen Organisierung, der Milicias.

Es ist im übrigen wichtig zu wissen, daß die Verbreitung des bezahlten Mordes selbst als Produkt der Arbeit der Linken einige Jahre vorher entstanden ist, und zwar durch die militärische Ausbildung von Jugendlichen durch einzelne Guerillaorganisationen, die sich später zurückziehen mußten, und die Jugendlichen politisch unorganisiert, aber eben ausgebildet und manchmal auch bewaffnet zurückließen. Weil die Jugendlichen keine anderen Einkommensmöglichkeiten hatten, haben sie dann angefangen auf Bezahlung zu töten. Die Milizen, als Selbstverteidigungsorganisationen der Bevölkerung, sind der Versuch den öffentlichen Raum, die Straße als Treffpunkt der Gemeinschaft zurückzuerobern. Darüberhinaus geht es um die Organisierung des Stadtteils auch in anderen Formen, mit dem Ziel ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen.



Ich würde also sagen, daß wir ein Teil dieser Gemeinschaft sind, der erste, der in einem Moment sagt "es reicht" und Gewalt als Antwort auf den Terror des Staates, der Banden und oficinas anwendet.

F: Wie hat sich im konkreten die Arbeit entwikkelt?

R: Anfangs war die Arbeit ziemlich schwierig. Die Compas mußten viel improvisieren und hatten wenig finanzielle Mittel. Hier oder da mal eine Familie, die kollaborierte, Informationen gab oder ihr Haus zur Verfügung stellte. Die Arbeit richtete sich hauptsächlich gegen die Chefs der Banden und Oficinas. Es ging uns darum wieder Regeln des Zusammenlebens durchzusetzen, den Leuten klarzumachen, daß wir alle ausgebeutet sind, und daß sich Diebstahl und Raub gegen die richten müßten, die die wirtschaftliche Macht im Land besitzen.

Danach gingen wir dazu über von Haus zu Haus, Block für Block mit den Leuten über die Notwendigkeit von Organisierung zu reden. Wir haben versucht klar zu stellen, daß die Kriminalität ein Reflex des sozialen Zerfalls im Kapitalismus ist, und daß wir gemeinsam eine Lösung dafür zu finden haben, nämlich in der Organisierung und im Kampf um unsere ökonomischen und politischen Rechte. Schließlich entstand die Notwendigkeit unsere Praxis zu verändern. Während wir am Anfang nur mit Masken gearbeitet haben, wurde es notwendig offen aufzutreten. Wir mußten uns gegenüber den Kommunalen Mitbestimmungsräten (Juntas de Accion Comunal), den Elterngruppen, den Nachbarschaftsräten zu erkennen geben. In diesem Moment verwandelten wir uns in das Herz der Gemeinschaft, in einen echten Bezugspunkt.

Das hat uns viele Sachen ermöglicht. Der Miliciano ist nicht mehr nur der Unbekannte, der nachts aktiv ist, sondern der Nachbar, der mit dir in der Fabrik arbeitet, der mit ins Fußballspiel geht, auf dem Bierfest mit dir feiert, der mit dir redet und sich dir gegenüber als Mensch zu zeigt.

F: Ihr habt in der Anfangszeit zahlreiche Bandenmitglieder erschossen. Wie habt ihr es gemacht, damit die Bevölkerung das nicht als linken Paramilitarismus, als eine Bande mehr sieht?

R: Vor allem haben wir von Anfang an versucht, für diese Hinrichtung von einzelnen Teilen unserer Gemeinschaft politische Maßstäbe festzulegen. Es muß klar sein, warum wir aufhören, mit jemandem zu reden, und welche Gründe

wir haben ihn zu erschießen. Es ist dabei auch unverzichtbar, daß die Bevölkerung des Viertels so stark wie möglich an den Entscheidungen unserer Politik beteiligt ist.

Der andere Grund, warum wir für die Bevölkerung nicht das gleiche sind wie die Paramilitärs im Magdalena Medio oder wie einer jener Todesschwadrone der "sozialen Sauberkeit", die Bettler und Kleinkriminelle erschießen, ist, daß wir nicht einfach die Kriminalität bekämpfen.

Unser Ziel ist der Aufbau von Volksmacht: d.h die Beteiligung der Bevölkerung an Entscheidungsprozessen, der Kampf um die eigenen Rechte, der Aufbau einer lokalen Selbstregierung, also Arbeit organisatorischer Art, ideologisch-politisierende Arbeit, der Aufbau militärischer Selbstverteidigung der Massen, einer Alternativökonomie z.B in Form von Kooperativen, durch die die Bevölkerung ihre Bedürfnisse abdecken kann usw.

Wir haben immer offen gesagt, daß wir nicht dazu sind, die Kriminellen zu bekämpfen, damit die Leute im Stadtteil wieder ruhig schlafen können. Hier kann niemand ruhig schlagen, solange es keine Gesundheitsversorgung, kein kostenloses Erziehungswesen, keine Arbeit und schlechte Wohnungen gibt. Die Jugendlichen, die hier Kriminelle werden, sind Folgeerscheinungen des Systems, das ein menschenwürdiges Leben nicht zuläßt.

Die bürgerliche Presse hat dies natürlich nicht so dargestellt. Sie hat uns als paramilitärische Gruppe verkaufen wollen, als neue Form faschistoider Selbstverteidigung und in anderen Fällen als Robin Hoods des 20 und 21.Jahrhunderts, als Wächter der Armen und Wehrlosen.

Wir sind aber nicht das. Wir bemühen uns darum, daß die Viertel selbst Protagonisten der Geschichte werden, daß sie ihre Sachen in die Hand nehmen. Dafür arbeiten wir und dafür haben wir einen Raum geschaffen. Wir wissen, daß unser Ziel nur mit einer langwierigen Arbeit zu erreichen ist, und daß wir gerade erst am Anfang stehen.

F: Es scheint, daß die Arbeit hier viel Erfolg gehabt hat. Es wird davon geredet, daß es in Medellin heute 8000 Milizionäre gibt. Ist das eine realistische Zahl?

J: Diese Daten interessieren uns nicht besonders. Wichtiger als das, finden wir die organisatorische Wirkung, und hier können wir feststellen, daß die Organisation an Legitimität gewonnen hat, daß das politische Projekt, daß wir vorschlagen, von mehr Leuten verstanden und unterstützt wird. In diesem Rahmen können wir zu uns all jene Companeros im Stadtteil zählen, die unser Projekt umfassender Gegenmacht teilen und in irgendeiner Weise am Aufbau von Volksmacht beteiligt sind.

In unserer letzten Auswertung haben wir festgestellt, daß wir tatsächlich in dieser Hinsicht in den vergangenen Monaten sehr erfolgreich waren. Es ist uns gelungen, ein horizontales Verhältnis zu den Stadtteilbewohnern aufzubauen, wir diskutieren gemeinsam die Pläne, bekommen die Meinung der Bevölkerung zu hören usw. Das Konzept der Volksmacht kann nicht auf dem Papier verharren, es muß praktisch werden, und es muß sich ständig neu an eventuelle Veränderungen anpassen.

Wir haben hierbei einiges erreicht. Die Mobilisierung von Stadtteilen bei Protestaktionen hat zugenommen, unser Austausch mit den natürlichen Massenorganisationen ist größer geworden, die Beteiligung der Bevölkerung an den verschiedenen Organisationsformen ist angewachsen. Aber was wir vor allem als wichtig einschätzen, ist, daß die Bevölkerung anfängt uns zu kritisieren, Pläne, Praxisformen und Projekte uns gegenüber offen in Frage zu stellen. Mit diesem Verhalten beweisen die Stadtteilbewohner, daß sie uns nicht mehr als Erlöser, Messias oder Robin Hoods sehen. Für sie sind wir eine Organisation zusätzlich, die kritisierbar ist. D.h sie kommen auf uns zu und sagen "die Praxis von diesem oder jenem Compa ist falsch", "so wie ihr die Situation seht, stimmt das nicht", "Organisationsprozesse müssen anders laufen als ihr das glaubt" oder "Verhältnis von Miliz und Massenorganisationen sollte so oder so aussehen".

Diese Kritik ermuntert uns. Sie zeigt, daß wir verwurzelt sind, daß das Verhältnis eng, von "Du zu Du" ist. Am Anfang war die Beziehung von Unterordnung geprägt, von Paternalismus und auch Utilitarismus, warum sollten wir das nicht zugeben. In manchen Fällen hat uns die Bevölkerung benutzt oder wir haben sie bevormundet.

Neben der Kritikfähigkeit und dem natürlichen Verhältnis zwischen Organisation und Bevölkerung spielt bei dem Konzept Volksmacht für uns vor allem die Wiederaneignung von Geschichte durch die Bevölkerung eine Rolle. Wir brauchen die Geschichtsschreibung der Leute selbst,um von ihren Erfahrungen lernen zu können. Es gibt eine Reihe von Kämpfen, die wir nur aus Büchern kennen, während sie die Leute hier selbst erlebt haben.

Anders gesagt, wir glauben, daß es unsere eigentliche Aufgabe ist, Prozesse und Organisation zu schaffen. D.h wenn die Leute anfangen selber zu gehen, zu denken und zu handeln, dann erfüllen wir unsere Aufgabe als Revolutionäre.

F: Es scheint auch als ob der Schwerpunkt des Projekts sich verlagert hätte. Am Anfang habt ihr vor allem Patrouillen gemacht, d.h ihr wart als Machtfaktor auf der Straße zu sehen. Jetzt patrouilliert ihr kaum noch. Hat das auch mit einer veränderten politischen Vision der Milizen zu tun?

J: Wir haben unser Projekt verändert, das auf jeden Fall. Und zwar weil wir merkten, daß sich die Milizen, obwohl sie große Anerkennung und Legitimität in der Bevölkerung besaßen, weiterhin wie ein Fremdkörper in ihr bewegt haben. Die Leute haben von den Milizen in der 3. Person gerdet, von "ihnen" und niemals von "uns".

Wir haben deswegen angefangen, sogenannte "Volksbrigaden" aufzubauen. Das ist nicht nur ein neuer Name. Es ist auch ein neuer Schwerpunkt in der Arbeit, in der die Hausfrau, der Alte, der Nachbar begreifen muß, daß sie oder er selbst die Subjekte der Geschichte sind.

Am Anfang waren die Milizen ausgesprochen militärisch. Das hatte mit den konkreten Bedingungen zu tun, die Rogelio gerade erklärt hat:

stellungs- und Messebau besteht eine Mitführungspflicht des SVA. Die in diesen Bereichen Arbeitenden müssen ein Paßbild im Ausweis haben alle anderen nicht, was zu ihrer weiteren Klassifizierung und Spaltung beiträgt.

VOM NATIONALSOZIALISTISCHEN ARBEITSBUCH ZUM SOZIALVERSICHERUNGSAUSWEIS

Die Techniken der heutigen Verwaltung sind im Nationalsozialismus (NS) entwickelt erprobt und mit den dafür notwendigen Gesetzen abgesichert worden. Die auch damals nüchtern- sachliche Datenerhebung über Einführung der Arbeitsbuchpflicht (1935) mit Arbeitsbuchnummer und Arbeitsbuchkarte verschleierte nur schlecht den Repressionscharakter des Regimes. Es drohte damit die hunderttausenden rebellierender und um ihre Existenz kämpfenden Menschen ins System wieder einzubinden oder aber zu vernichten. Der Ausbeutungs- und Verwertungszwang wurde mit allen Mitteln bis zur Internierung und Unterwerfung vor allem Jugendlicher, sog. Arbeitsscheuer und nicht anpassungswilliger oder -fähiger Frauen und Männer in den Zwangsarbeitslagern verordnet.
Die planstaatlich vorbereitete Kriegswirtschaft war das Mittel, um eine gigantische Modernisierungs- und Rationalisierungsoffensive durchzusetzen. Über das Arbeitsbuch und die bei den Arbeitsämtern geführte (informationsidentische) Arbeitsbuchkarte als Erfassungsinstrumente für Selektion und Ausbeutung wurde die Zwangsmobilisierung von Arbeitskräften für die Kriegsökonomie mit dem Ziel der Einverleibung Osteuropas berechen- und planbar.
Industriearbeiterinnen, kleine und mittlere Angestellte erhielten das Arbeitsbuch samt Nr., in dem der Verlauf ihres Arbeitslebens, jeder Stellenwechsel, jede Arbeitslosigkeit und sog. Vertragsbruch dokumentiert wurde. Da das Arbeitsamt alleine nicht die Kontrolle über die ArbeiterInnen gewährleisten konnte, erhielten sie Unterstützung von Krankenkassen, Meldeämtern, Standesämtern usw.
Mit Beginn des Krieges reichte das Arbeitsbuch als Instrument zur Mobilisierung von Arbeitskräften nicht mehr aus. Im Februar 1939 richteten deshalb die NS- Planer eine Volkskartei ein. Die Daten der Arbeitsbuchkarte ausnutzend, konnte damit die gesamte Bevölkerung viel genauer erfaßt werden.
In den letzten Monaten des Krieges arbeiteten die Statistiker noch mit der gefürchteten deutschen Gründlichkeit an einem weiteren bevölkerungspolitischen Kontrollinstrument, der Volksnummerung, sprich Personenkennzahl (PKZ). Diese Nummer sollte von allen Behörden, Institutionen und auf allen Ausweispapieren verwendet werden und damit das Zusammenfügen von persönlichen Informationen und die reibungslose Zusammenarbeit der verschiedenen Behörden gewährleisten. Diese Pläne mußten am Ende des Krieges erstmal wieder in den Schubladen verschwinden.
Die Bevölkerungsstrategen lieferten mit ihrer Zahl- und Sammel- akribie (Volkszählung 1933, "Sonderzählung für Juden und Ausländer") nicht nur die Daten für die Kriegsmaschinerie, sondern auch für die planmäßige Selektion und Vernichtung von JüdInnen, Sinti, Roma und allen anderen Ausgegrenzten, Widerständigen und KämpferInnen gegen das System. Sie ermöglichten die NS- Todesmaschinerie und hielten sie mit ihren Daten am Leben.
Nach 1945 wurden sie dafür nicht zur Rechenschaft gezogen. Im Gegenteil, sie übernahmen bald neue Lehrstühle, Ämter und Archive, die sie mit ihren alten Akten füllten. Z.B. Siegfried Koller, der 1941 "einen Beitrag zur wissenschaftlichen Lösung des Asozialenproblems" lieferte, war von 1953 bis 1962 Chef der Abteilung "Bevölkerungs- und Kulturstatistik" im Statistischen Bundesamt in Wiesbaden. Seine Schüler G. Wagner und K. Überla wurden Leiter des Heidelberger Krebsforschungsinstituts bzw. des Bundesgesundheitsamtes.
Nach dem Zusammenbruch der staatskapitalistischen Systeme in Osteuropa wittert das BRD-Kapital seine Chance, die NS-Großraumpläne mit anderen modernen Mitteln fortzusetzen. Die "armen" Länder (Polen, Rumänien, Bulgarien, Albanien...) werden z.Zt. zu Lieferanten billiger ArbeiterInnen, Energie und Nahrungsmittel heruntergewirtschaftet. Frauen wird neben der Mutterrolle die der Sexarbeiterin im bereits angelaufenen Sextourismus zugewiesen. Einigen wenigen Ländern ist eine industrielle Teilentwicklung zugedacht.
Rassistische Pogrome, bürokratische Erfassung, Lagerzwang, rassistische und sexistische Ausbeutung sind heute die Erfahrungen der aus dem zerstörten Osteuropa hierher flüchtenden EinwanderInnen.
Damals wie heute werden für die Politik der Zerstörung, Aneignung und Ausbeutung informationstechnologische Instrumente benötigt. In der BRD spielt darin der SVA eine zentrale Rolle.



VERSCHÄRFUNG DER AUSBEUTUNG HEUTE

Der Sinn des SVA ist nur im Zusammenhang mit der Phase der historischen Umwälzung richtig zu verstehen, in der wir uns heute befinden: Der alte sog. Wohlfahrtsstaat wird in allen Metropolenländern aufgelöst und die Krise zur Schaffung einer modernisierten verschärften Ausbeutungsordnung benutzt. Das bedeutet Legalisierung, Ausweitung und staatliche Kontrolle ungesicherter Arbeitsverhältnisse, in Unternehmerkreisen auch Flexibilisierung genannt (Ausweitung von Arbeitsverhältnissen ohne Sozialversicherung und nicht existenzsichernd, fehlender Kündigungsschutz, keine Krankenversicherung, geringer Stundenlohn, fehlende Arbeitsschutzbestimmungen, in Form von Saisonarbeit, befristeten Verträgen, Leiharbeit, Honorarverträgen, Teilzeitarbeit usw...). Diese Arbeitsbedingungen sind überwiegend im Dienstleistungssektor zu finden, in dem zu 71 % Frauen arbeiten (1989 arbeiteten 55,4% aller Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor, und diese Tendenz steigt weiter). Schon für 1987 gibt es Zahlen, daß ca. 11 Mio ungeschützter Arbeits- und Ausbildungsverhältnisse existierten, auch mit steigender Tendenz.
ImmigrantInnen gegenüber ist die herrschende Arbeitsmarktpolitik rassistisch. Ihr Anteil an der Arbeitslosenquote lag offiziell 1990 in der Alt- BRD bei 14,6% - einen gutbezahlten Job zu finden, wird immer schwieriger bei gesetzlich vorgeschriebener Bevorzugung von Deutschen und danach EG- Ausländern, erst dann von Staatsangehörigen außerhalb der EG (das gilt nur für die NeueinwanderInnen). Krasser Ausbeutung ist somit Tür und Tor geöffnet. Immigrantinnen müssen besonders häufig als Putzfrauen, in Imbißketten und Kantinen arbeiten. Bedingt durch die verschärften Bestimmungen des neuen Ausländergesetzes sind viele gezwungen, die miesesten Arbeitsbedingungen auszuhalten, um ihren Aufenthaltsstatus nicht zu gefährden. Länger als 6-monatiger Bezug von Sozialhilfe kann zur Ausweisung führen. Für den SVA fordert das AA schon jetzt ein Nationalitätenkennzeichen.

1. ANGRIFF AUF DIE SOZIALGELDER (SOZIALLOHN, ALG, ALHI, SH, KG, RENTE)

Arbeitslosengeld (ALG), ALHI (Arbeitslosenhilfe) werden unmittelbar gekürzt, die Krankenversicherung wird immer teurer und schlechter. Die Sozialhilfe (SH) wird noch nicht einmal der Preissteigerung angeglichen und für Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit wird sie sogar gekürzt und weitgehend nur noch in Gutscheinen ausgezahlt.
Daneben gibt es einen zweiten Mechanismus, der schwieriger zu durchschauen ist: Nur wer sich in garantierten Arbeitsverhältnissen ausbeuten läßt, hat Anspruch auf ALG, ALHI und Krankengeld (KG), was heute meistens zum Leben nicht mehr ausreicht und Frauen wie Männer dazu zwingt, in der Schattenwirtschaft dazuzuverdienen. Jetzt wird über den SVA jede so verdiente Mark registriert und vom Soziallohn abgezogen. Das bedeutet praktisch, daß die einen verschlechterte ungarantierte Arbeitsverhältnisse eingehen, die anderen zu noch beschissenerer Bedingungen im illegalen Sektor schuften müssen. Damit wird insgesamt der Zwang zur Arbeit und zur Mehrarbeit durchgesetzt.
Die Entwicklung hört auch im Rentenalter nicht auf. Am härtesten sind die Rentnerinnen und Rentner in der ehemaligen DDR betroffen, deren Rente nach der Vereinnahmung zum Überleben kaum oder gar nicht mehr reicht.
Die geplante Kürzung der Sozialhilfe für Flüchtlinge auf 75 oder 80 % auf dem Hintergrund der rassistischen Argumentation "AusländerInnen brauchen weniger zum Überleben", die immer geringer werdenden Möglichkeiten für flüchtende Menschen, hier zumindest eine Zeitlang legal und abgesichert zu leben, sind geradezu eine Einladung an illegale "Arbeitsvermittler" und Zuhälterringe, sich Flüchtlingen bzw. geflüchteten Frauen als letzte Überlebensmöglichkeit "anzubieten".
Für Frauen wird es immer schwieriger, sich ökonomisch eigenständige Existenzen zu sichern. Zukünftige Kindergeldkürzungen, Streichungen bei der Kinderbetreuung und unbezahlbare Kindergartenplätze, auf die frau sowieso keinen Anspruch hat, verschärfen den Zwang zur Ehe für Frauen mit Kindern. Mehr Ehezwang heißt aber auch mehr Gewalt gegen Frauen und Oberwasser für die Macker. In der Ex-DDR gar soll die Lohnarbeiterinnenrate auf den Stand der alten BRD gedrückt werden, manche Betriebe verlangen schon Sterilisationsnachweise für die Einstellung von Frauen. Die Sterilisationsrate ist total hochgeschnellt und die Geburtenrate in den letzten 3 Jahren um 60 % gesunken! Die Frauen werden beruflich dequalifiziert, in typisch weiblichen Berufen ausgebildet (Friseuse etc.) und sollen in die Hausfrauen- und Mutterrolle gezwungen werden, gegen ihren Widerstand.

2. GERINGFÜGIGE BESCHÄFTIGUNG UND ILLEGALER ARBEITSMARKT

Die Zahlen der sog. geringfügig Beschäftigten (520,- DM Jobs) steigen rasant: in den "alten Bundesländern" waren es Ende 1990 6,3 Mio (dabei sind die in Privathaushalten Beschäftigten nicht mitgezählt). 70-90 % davon sind Frauen, viele Immigrantinnen.
Mit Hilfe des SVA will der Staat den Frauen und Männern auf die Schliche kommen, die mehreren "geringfügigen Beschäftigungen" nachgehen und dem Staat keine Sozialabgaben zahlen. Damit dies nicht mehr möglich ist, wurde eine Meldestelle für "geringfügig Beschäftigte" eingerichtet, wo die Kapitalisten ihre Beschäftigten anmelden müssen. Mit der persönlichen Nummer auf dem SVA wird dann herausgefunden, ob frau mehrere Jobs gleichzeitig macht. Praktisch bedeutet dies, daß die Kapitalisten nur die Frauen einstellen, welche nur in <u>einem</u> 520,-DM Job arbeiten, da sie überhaupt nicht daran interessiert sind, Sozialabgaben zu zahlen (2 oder mehr "geringfügige" Jobs werden zusammengezählt, entsprechend besteuert und mit Sozialabgaben belegt). Das zwingt die Frauen dazu, ihre weiteren Jobs auf dem illegalen Arbeitsmarkt zu suchen. Die Firmen und Konzerne lassen weiter illegal arbeiten, aber jetzt zu niedrigeren Löhnen von 2,50 DM bis 6,-DM. Werden sie bei Kontrollen dann erwischt, ist das gesetzliche Bußgeld für sie ein Klacks, denn durch die erhöhte Ausbeutung sind ihre Taschen längst gefüllt. Die Arbeiterin hingegen hat nicht nur den beschissenen Lohn, sondern muß dann zusätzlich eine Strafe zahlen - mehr Arbeit, weniger Geld.
Die Schätzungen für's Baugewerbe sprechen von 400 000 bis 1,2 Mio illegal Beschäftigten, überwiegend Männer aus Osteuropa. Über illegal beschäftigte Frauen gibt es keine offiziellen Zahlen. Im August 92 sprach das BKA von 10 000 illegal im Prostitutionshandel "eingeschleuster" Frauen aus Osteuropa. Immigrantinnen arbeiten vorwiegend als Haushaltshilfen und Prostituierte und sind dabei natürlich oft direkter männlicher Gewalt ausgesetzt. In Privathaushalten ist außerdem kein SVA nötig. Weil diese Frauenarbeiten eher als Reproduktionsleistungen gelten, bleiben sie weitgehend von staatlichen Kontrollen ausgespart. Ein







eine konkrete und spezifische Situation in Medellin. Als das Projekt entsteht sind Militante der CGSB oder genauer der UCELN ein Teil davon. Oder anders herum gesagt: wir als Milizen begreifen uns als Teil des revolutionären Kräftepotentials. Zu diesem Potential gehören die verschiedenen Organisationsformen der Bevölkerung, d.h die Gewerkschaftsbewegung, Frauenkollektive, Jugendgruppen, Genossenschaften, Stadtteilorganisationen usw.

Wir teilen mit der CGSB das Ziel, eine gerechtere Gesellschaft aufzubauen, genauso wie ihr Konzept von Volksmacht. Wir glauben, daß es eine gegenseitige Befruchtung gibt, daß wir neue Möglichkeiten der Organisierung in den Städten aufgezeigt haben, und daß auf der anderen Seite die "Simon" uns vieles vermitteln kann.

Die Geheimdienste wissen seit langem, welche Miliz zu welcher Organisation der CGSB gehört, und zwar nicht, weil die Guerillaorganisationen die Chefetage sind, sondern weil politische Zielrichtungen von unterschiedlichen Milizen und Guerillaorganisationen übereinstimmen.

Der Unterschied von Miliz und Guerilla liegt darin, daß die Miliz eine militärische Massenorganisation ist, während die Organisationen der CGSB politisch-militärische Avantgardeorganisationen sind, die den revolutionären Prozeß nach vorne treiben und leiten.

In dieser Hinsicht gibt es eine volle Übereinstimmung von Milizen und CGSB, im speziellen mit der UCELN. Wir arbeiten darin, daß dieses Verhältnis harmonischer wird, daß es zu einer dialektischen Form des Austausches wird, wo niemand dem anderen die Linie aufzwingt, sondern wo sich die Erfahrungen gegenseitig bereichern. Aber nichtsdestotrotz sind wir nicht das gleiche wie die UCELN. Wir sind keine Guerilla, wir haben andere Aktionsformen, wir sind weder ihre Handlager noch ihr Transmissionsriemen. Die Milizen sind eine selbständige Massenorganisation.

F: Man redet von verschiedenen Milizen in Medellin: von den populares, den bolivarianas, den obreras (Arbeitermilizen) und den independientes (unabhängigen). Was sind die Unterschiede zwischen diesen Milizen?

R: Da müßte man genauer sein. In Medellin gibt es hauptsächlich folgende Milizen: die independientes, die besser bekannt sind unter ihrer Parole "vom Volk und für das Volk"; diese Milizen sind autonom, d.h politisch, militärisch und wirtschaftlich unabhängig von den revolutionären Kräften entstanden. D.h nicht, daß sie nicht auch revolutionäre Positionen vertreten können, denn z.T sind sie auf Initiative von Linken entstanden. Daneben gibt es die Milicias Populares del Valle de Aburra, die sich klarer an der UCELN orientieren. Die Milicias Bolivarianas, die eine engere Verbindung zu den FARC-EP haben. Es gibt die Milicias Populares de Liberacion, die vom EPL ausgehen und andere unabhängige politische Projekte wie die Nucleos Obrero-Populares.

Die Milicias Obreras (Arbeitermilizen) und die Milicias Estudiantiles (Studentenmilizen) dagegen, die du auch angesprochen hast, sind einfach die Ausweitung der Milizprojekte vom Stadtteil in die Sektoren hinein. Wir z.B sehen die Notwendigkeit eben nicht nur im Viertel, sondern auch in den Fabriken, Universitäten und Schulen Milizen aufzubauen.-

Zwischen den unterschiedlichen Milizen gibt es zuletzt eine enger werdende Zusammenarbeit, gemeinsame Aktionstage, wie jetzt z.B zu den 500-Jahresfeiern. Es gibt Formen des Austausches zwischen den Milizen, die gemeinsame Diskussion von Plänen, die Koordinierung von Aktionen usw. Und in dem Maße, in dem sich die Guerillakoordination zusammenschließt, wollen wir auch eine kollektive Führung der verschiedenen Milizen aufbauen.

F: Du hast eben die Arbeitermilizen erwähnt. Wie funktioniert die Arbeit dieser relativ neuen Milizen?

J: Heute sehen viele Arbeiter die Notwendigkeit, die Konfrontation mit dem Kapital auch auf anderen Ebenen zu führen als bloß in den Gewerkschaften. In Kolumbien machen die Bedingungen, -die Arbeitsgesetzgebung, die Regierungspolitik, der schmutzige Krieg usw.- höhere Formen von Organisation notwendig. Die politische Konfrontation läßt sich hier nur führen, wenn sie gleichzeitig auch bewaffnet ist. Das ist nicht so, weil wir das wollten, sondern weil die Realität, die wir vorfinden, so ist.

Das Ziel der Arbeitermilizen ist es, nicht nur die Repressionsinstrumente des Staates anzugreifen, sondern die Bourgeoisie selbst, d.h die Verantwortlichen für den schmutzigen Krieg. Ihre Arbeit ist es die politische Arbeit zu schützen, Gewerkschafter vor den Paramilitärs zu verteidigen, damit sich die Geschichte der von den Todesschwadronen ausgemerzten Organisationen UP und A Luchar, nicht wiederholt, aber eben auch direkten Druck in den Arbeitskonflikten auszuüben.

F: Das Milizenprojekt birgt erhebliche Gefahren. Es ist in Kolumbien eine bittere und oft gemachte Erfahrung, daß sich von der Guerilla ausgebildete Jugendliche später in bezahlte Killer und Paramilitärs verwandelten. Ihr habt es selbst am Anfang einmal erwähnt. Die M-19 hat hier 1984 während des sogenannten ersten Friedensprozesses Jugendliche ausgebildet und ausgerüstet, die dann später mit dem bezahlten Mord anfingen. Bei der Desmobilisierung der EPL 1990 ist das gleiche jetzt wieder passiert. Es gibt heute einen große Zahl von Ex-Guerilleros des EPL, die Überfälle machen oder Paramilitärs geworden sind. Wie könnt Ihr das bei den Jugendlichen in den Milizen, die oft auch erst 16 oder 17 sind, verhindern?

R: Bei diesen Beispielen, die du nennst, muß man zwei Aspekte berücksichtigen. Und zwar nicht nur, daß sie einiges über den niedrigen Politisierungsgrad dieser Miliz- oder Guerillabasis sagen, sondern auch daß die Gegenseite immer wieder eine massive Offensive startet, um in den von der Guerilla politisch und militärisch verlassenen Gebieten einen sozialen Zerfallsprozeß hervorzurufen. Das Killerwesen in Medellin ist nicht vorrangig mit den Fehlern der Linken

zu erklären, sondern mit der Politik der Geheimdienste, hier Jugendliche für Mordanschläge gegen die Opposition anzuheuern.

Was die Konsequenzen für unsere Politik angeht, haben wir ja schon einiges gesagt: die Wende hin zu einer viel größeren Gewichtung der politischen Arbeit mit der Stadtteil-Gemeinschaft und die verstärkte politische Schulung unserer Milizionäre ist Teil unserer Bemühungen.

Du sagst, daß viele der Jugendlichen neu sind, das heißt erst kurze Zeit politisch arbeiten. Das ist richtig, aber auch nur halb. Viele von den pelados erinnern sich an irgendeine der Guerillaorganisationen, die hier früher gearbeitet haben. Du fängst nicht bei Null an. Ihre Fragen, ihre Unruhe oder ihr Gerechtigkeitsverständnis haben viel mit der Arbeit zu tun, die hier früher gemacht wurde, über Jahre vernachlässigt wurde, aber an die sie sich nach wie vor erinnern.

In dem Maße, in dem unsere Milizionäre unsere politischen Ziele begreifen, in dem sie sehen, was wir mit Volksmacht meinen, in dem sie das enge Verhältnis mit den Stadtteilbewohnern und unseren Unterstützern erleben, wird ein politischer Zerfallsprozeß unwahrscheinlicher. Wir haben in diesem Sinne einiges erreicht, aber natürlich kann alles zusammenbrechen. Ich meine, wenn der Realsozialismus zusammengebrochen ist, dann kann natürlich auch unsere Arbeit zusammenbrechen.

F: Wie sieht die Schulung der Milizionäre konkret aus? Was sind die wichtigsten Elemente?

R: Es gibt einmal die permanenten Milizschulen, wo das Hauptthema die Geschichte der Kämpfe unseres Landes, d.h unsere Herkunft als Widerstand gegen dieses System, und unsere Ziele als Miliz sind. Daneben machen wir permanente Studiengruppen, wo wir unterschiedliche politische Themen behandeln, wie z.B heute über die Entwicklungen in Europa. Oder wir diskutieren anhand der alltäglichen Arbeit, die Beziehungen zu den gremialen Organisationen, den Gemeinderäten, den Gewerkschaften, den Nachbarschaftsversammlungen. Wir machen ideologische Arbeit, was es heißt Revolutionär und Milizionär zu sein. Und wir schätzen die Bedeutung dieser Bildungsarbeit als sehr hoch ein.

F: Im Augenblick entstehen Milizprojekte im ganzen Land. In Barrancabermeja, Cucuta und Medellin sind diese Entwicklungen am fortgeschrittensten, aber auch in Bogota, Bucaramanga und anderen Städten wird von Anfängen einer Miliz geredet. Ist die revolutionäre Bewegung dabei, sich in den Städten festzusetzen?

J: Ich glaube, daß die Revolutionäre dieses Landes eine grundsätzliche Selbstkritik formuliert haben, daß sie heute ihre bisherige Praxis in Frage stellen und sich intensiv mit der Realität des Landes und den realsozialistischen Irrtümern auseinandersetzen.

Ein Teil dieser Selbstkritik ist die neue Politik hinsichtlich der Städte. Die Milizen sind ein Ausdruck davon, daß wir versuchen, ein revolutionäres Potential in den Städten aufzubauen, so mühsam das auch sein mag.

Bei diesem Prozeß müssen wir andauernd Konzepte neu überdenken, ständig bereit sein, die Praxis den Notwendigkeiten anzupassen. Wir haben ziemlich klar, daß dieser Prozeß -sonst wäre er ja keiner- nicht geradlinig verläuft. Es gibt Krisensituation, Rückschläge, Momente, wo sich nichts bewegt und wo man trotzdem zäh und selbstkritisch bei der Sache bleiben muß. In diesem Rahmen sehe ich die Entwicklung der Organisation hinsichtlich der Städte.

Wir haben uns auch der marxistischen Sicht wieder neu angenähert, daß es die Massen und die Arbeiter sein müssen, die eine Revolution tragen und über ihr Schicksal bestimmen.

Ganz allgemein glauben wir an die Notwendigkeit uns die realsozialistische Geschichte anzueignen, ohne dabei in Schemata zu verfallen. Wir glauben, daß wir aus den Ereignissen einiges zu lernen haben, und daß wir zudem eine historische Verantwortung tragen: ich glaube, daß Lateinamerika für das Entstehen einer sozialistischen Alternative, eines gesellschaftlichen Gegenprojekts eine Schlüsselrolle spielt.

F: Werden die Mobilisierung jetzt im Oktober 1992 das politisches Panorama verändern?

J: Ich glaube, daß wir sehr ehrlich sein müssen mit diesen Mobilisierungen. D.h daß wir ohne zu Schummeln anhand dieser Mobilisierungen sehen können, wie groß das revolutionäre Potential wirklich ist, wie viele Leute wirklich bereit sind, Opposition zu sein. Zum anderen sind diese Mobilisierung aber auch eine neue Motivation für uns. Nach 500 Jahren Widerstand sich seiner Geschichte bewußt zu werden, sich auf sie zu berufen, um sie neu zu schreiben, und vor allem die Zukunft umzuschreiben, ist etwas einschneidendes.

Auf der anderen Seite glauben wir aber auch nicht, daß diese Offensive, wenn man sie so nennen kann und das nicht zu übertrieben klingt, die Kräfteverhältnisse in unserem Land nicht verändern wird. Diese Mobilisierungen hängen mit einem Datum zusammen, und sind nichts auf das man ständig zählen kann. Als einmaliges Ereignis können sie uns nicht in eine strategisch völlig neue Situation versetzen.



Es sind Kampftage wie andere auch, die in einer ausgesprochen schwierigen Phase stattfinden, international, wie national. Wenn sie für uns wichtig sind, dann als Wiedereroberung unserer Geschichte und als Barometer dessen, wie stark die Protestbewegung im Augenblick ist.

F: Eine letzte, unvermeidliche Frage. Was denkt ihr als Bewohner von Medellin, als "Paisas" eigentlich von Pablo Escobar?

R: Oh die Standardfrage. Die Presse versucht uns, Pablo Escobar als Rebellen, als Robin Hood oder aber als brutalen Kriminellen darzustellen.

Für uns geht es nicht um Escobar, sondern um den Drogenhandel, und den bekämpfen wir. Unser politischer Standpunkt demgegenüber ist klar. Der aktuelle Konflikt zwischen Regierung und Escobar ist unserer Meinung nach nichts anderes als eine interne Auseinandersetzung in der Bourgeoisie, und zwar zwischen der Drogenbourgeoisie und der traditionellen. Dahinter steht nicht wirklich eine Ablehnung oder eine klare Position gegenüber dem Drogenhandel. Schließlich ist ein erheblicher Teil der traditionellen Bourgeoisie und des Staatsapparates durchaus beteiligt. Dahinter stehen Streitigkeiten anderer Art, Streitigkeiten zwischen konkurrierenden Blöcken wie zwischen den Kartellen von Cali und Medellin, wo es nicht nur um den Drogenmarkt, sondern überhaupt um ökonomische Vormachtstellung geht.

Das ist für uns allerdings bedeutungslos. Beide Kartelle stehen auf der anderen Seite der Barrikade. Sie haben mit dem, was wir aufbauen wollen nichts zu tun.

Die Politik der USA ist genausowenig akzeptabel. Schließlich geht es den USA vor allem um den ökonomischen Aspekt. Als Marihuana noch aus Kolumbien in die USA kam, war es ein Problem, heute schert sich niemand mehr darum. In der Drogenbekämpfung werden Einflußgebiete der Guerilla aus dem Flugzeuge ziellos mit Herbiziden vergiftet. Die Blackhawk-Hubschrauber, die zur Drogenbekämpfung geliefert wurden, werden gegen die Guerilla eingesetzt usw.

Aber unsere Gegnerschaft dem Drogenhandel gegenüber ist eindeutig. Drogenhandel ist ein Verbrechen an der Menschlichkeit. Nur daß die USA und die lateinamerikanischen Regierungen die letzten sind, die ein moralisches Recht dazu haben, die Anbauer von Koka oder Schlafmohn anzugreifen.

verhetzung von arrancha.

erstma hab ich mal hinten gelesen, fands auch ganz gut. dann schwerpunkt und schock: is ja von f.e.l.s.. hät ich vorher wissen müssen und paar mark gespart. ums aufn punkt zu bringen: seminare sind schlichtweg konterrevolutionär, worte wie strigent , plenum erst recht. habs mir trotzdem reingezogen, obwohl der letzte text von euch in der interim der letzte scheiss war - nur noch bahnhof verstanden. tja, das meiste stimmt ja irgendwie, klingt aber doch alles nach uni oder oberschule und immer böcke auf diskutieren, leute mit den P.-fächern. is halt so, pädagogen riechste auf 10 meter und wenn de ihn entlarvst, will er dir direkt an die gurgel, hh. fragt mein drittes auge das erste: woran liegt es eigentlich, daß ich grade die leute, die auf demos rumrennen, so zum kotzen finde? miss&mister trend. in ganze brd war wat wegen solingen und hier saßen alle - bis aufn paar, die se erwischt ham - im seminar, wa.

"reizüberflutete menschen, der gleichzeitig auf verkehr, radio, plakate, fussgänger, zigarette und bla bla mit beifahrer achtet". das mag ja nun auch "ausdruck von fremdherrschaft " sein. irgendwo. oder will er/sie nicht auch so? sind die leute wirklich so blöde, daß se das nich merKEN? das sind doch eher komplizen des systems und niemals " revolutionäre subjekte". könnt ihr nicht endlich mal aufhören, nach den bürgers zu schielen? vergesst eure alten, proletarisiert euch und probiert mal soziale verankerung. sicherlich nicht einfach mit versoffenen pack, sexistisch und so. aber die klasse. abgesehen davon ist das proletariat weiblich. ausserdem müsst ihr von dem nationalistischen begriff der revolution wegkommen. es wird hier niemals eine revolutionäre bewegung als "mehrheit"geben. das kann sie erst im inetrnationalen rahmen und damit antiimperialistisch.

ich halte euren ansatz so wie er jetzt ist für bullshit. ihr kritisiert selbst die sprache, das getto, macht aber keinen schritt da raus. aber das ist ja überall so in dieser sekte, kriegst von parties, o.a. nur mit wenn du dich in der scene rumdrückst. wird zu elitär plakatiert und zwei tage vorher reicht ja nun auch nich um was zu mobilisieren. die leute schimmeln lieber in ihren zusammenhängen ab, als sich auf was neues einzulassen. revolutionär is nur noch hip und sonst nichts. schreibt doch bitte aufs naxte heft drauf

FÜR STUDIS

zu antiimperialistische widerstandszelle nadia shehadah interim 252, S.28

KAMPF DEN NEUEN POSTLEITZAHLEN

"erstmal voneinander begreifen müssen, was jede/r sieht und denkt und warum"
brigitte mohnhaupt

1. marx-zitate ktozen mich an. war der typ gott oder warum braucht ihr den, um kommunismus zu"definieren"? er sabbelt in herrschaftssprache. dadurch ist es nicht mehr revolutionär zu verwenden. und warum muß das ganze Kommunismus oder sonstwie heissen? wenn schon autonom, dann no name.
2. zitat ulrike "aufhebung der konkurrenz und aller zwänge und ansprüche...zusammen...keimform des kommunismus...geld negiert ist..." daß dies nur im kampf erreichbar scheint, mag '76 gestimmt haben oder auch nich (kanns nich beurteiln), heute sieht das leicht anders aus, denn wir leben hier in saus und braus. Teilen - genau das bedeutet Kollektiv - ist oder sollte luxus für uns sein. D.h. "keimform des kommunismus" ist hier in der BRDwirklichkeit ausserhalb des kampfes möglich. Da gehen zwar die ansprüche über bord, aber das machen se eh. schau dir nur diese kleinbürgerlichen idioten an, die sich wegen ihrer plattensammlung einscheissen.

euer text is irgendwie "wichtig" - gut. aber niemand lässt sich von euch"lenken".
daß die mehrheit der brdbevölkerung komplize des imperialismus ist, gähn. der begriff der "mehrheit" allerdings reformistisch. wenn wir schon "demokratisch" denken, dann bitte weltweit, denn da zählen andere mehrheiten und andere begriffe von antiimperialismus.
Propaganda, wie der von euch zitierte halbsatz von dietiker, jansen, rosenkötter "...notwendigkeit, im kampf einen sozialen sinn zu entwickeln, der diese transzendiert...", schenkt euch bitte. Entweder sind wir jetzt bei esoterik(geheimlehre) oder ich euch interlell nich gewachsen. der satz dreht sich im kreis, gibt nur sinn, wenn ihr die transzendenz weglasst. desweiteren fallt ihr dummdreisst auf die hungerpropaganda in somalia rein.
und lasst die zitate. sin mer hier im hörsaal oder wo? wenn ihr wissenschaftlich kämpfen wollt, dann bleibt mit euren inhalten aufer uni, aber lasst uns automaten mit dem hirnwix in ruhe.
FAZIT: aktion gelungen, gesabbel überflüssig.

ZUSAMMEN KÄMPFEN

Konzeptpapier für die Aktionen am 2.Oktober 1993

Voraus...
Wir wollen den 2. Oktober mit interessierten Gruppen und Organisationen gestalten und durchführen.
Dieses Konzeptpapier bildet die Grundlage für die Durchführung der Aktionen am 2.10.1993.

Der 2. Oktober 1993
1993 jährt sich das Datum der „Wiedervereinigung" zum dritten Mal.
Zwar hat der Tag der deutschen Einheit nicht mehr die Brisanz, die er in den ersten Jahren nach der Annektion hatte, aber die Folgen seit der „Wiedervereinigung" sind jetzt deutlicher als damals zu sehen. Im dritten Jahr nach der Annektion ist dieser Tag nicht mehr so sehr bestimmt vom deutsch-nationalen Freudentaumel. Die Feierstimmung ist einer Mobilisierung für nationalistische und militaristische Ziele gewichen, die der neuen Rolle Deutschlands in der Welt gerecht werden sollen.
Dem soll am Vorabend des deutschen Nationalfeiertages eine kraftvolle, antifaschistische Demonstration entgegengesetzt werden.

Aus der „Nie wieder Deutschland"-Kampagne entwickelte sich die alljährliche Demonstration am Abend des 2. Oktobers.
Von Beginn an fanden in diesem Zusammenhang jeweils Agit-Prop-Aktionen statt, um Inhalte autonomer Politik zu veranschaulichen. Es besteht die Möglichkeit, nicht nur auf bestimmte Ereignisse zu reagieren, sondern durch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit Themen in die Diskussion zu tragen.
So ist es gelungen, die Aktionen am 2. Oktober zum politischen Faktor für linksradikale Politik in Göttingen und der Region zu entwickeln; die Aktionen am 2.10. sind vielen Menschen hier ein Begriff.

Am Vorabend des Nationalfeiertages wird die ökonomische und politische Entwicklung in Deutschland inhaltlich aufgegriffen und antinationalistische Position bezogen. Wie in den letzten Jahren wird es zusätzlich zur Demonstration eine Agit-Prop-Aktion geben; der Marktplatz wird besetzt.
Durch die Demonstration und die Agit-Prop-Aktion wollen wir neben dem Thema Nationalismus auch verschiedene Unterdrückungs- bzw. Herrschaftsmechanismen thematisieren.

Zusätzlich erscheint eine Broschüre zum Thema Nationalismus.

Der Tag findet unter dem Motto statt:

Hoch die antifaschistische Solidarität!
Den Nationalen Konsens kippen!

Die Agit-Prop-Aktion
Die Agit-Prop-Aktion stellt einen bildlichen Zusammenhang her zwischen deutschem Nationalismus und Imperialismus, zwischen Patriarchat, Kapitalismus, Rassismus, Militarismus und Faschismus und thematisiert die Bedeutung der herrschenden Ideologie.
Auf einem schwarz/rot/gelben Viereck wird eine „Pyramide der Herrschaft" errichtet. Sie stellt den Zusammenhang verschiedener Unterdrückungsformen im Imperialismus dar. Das Wort „Faschismus" scheint als Umlauf auf den Seiten der Pyramide durch, um Faschismus als integralen Bestandteil des Systems zu erläutern.

Die Pyramide der Herrschaft ist kein starres Modell, sie soll eher zum Nachdenken anregen, als daß sie konkrete Handlungsanweisungen gibt.
An bzw. neben dieser Pyramide sollen fünf Särge mit folgenden Sinnbildfiguren stehen: Kapitalist, Militarist, Kirchenfürst (Synonym für Ideologieträger), Faschist und eine Figur für das Partiarchat.
Diese Figuren sollen ein Flugblatt verteilen, in dem das, wofür sie stehen und für welche Verbrechen sie verantwortlich waren bzw. sind, beschrieben ist.
In größeren Abständen werden die Figuren kurz erklärt und inhaltlich Bezug genommen auf die aktuelle politische Situation (z.B. §218, Somalia, ökonomische Krise etc.).
Um dem Widerstand Raum zu geben, werden in Abständen die Herrschaftsfiguren in ihre Särge gedrängt, wozu auch wieder Erläuterungen stattfinden.

Die Demonstration
Im Anschluß an die Agit-Prop-Aktion findet die Demonstration statt.
Der Herrschaft, symbolisiert durch Pyramide und Figuren, wird eine starke antifaschistische Demonstration entgegengesetzt.
An der Spitze der Demo geht ein Schwarzer Block. Auf der Demo werden die Särge mitgeführt.
Die Demoroute soll an Punkten vorbeiführen, an denen eine Verbindung zwischen den Symbolfiguren und der Realität besteht. An diesen Stellen wird der entsprechende Sarg hinterlassen und zerstört.
Dazu gibt es jeweils kurze Redebeiträge mit Schwerpunkt auf dem Widerstand.

Letztendlich soll die Demo zu Connys Todesstelle führen, wo es eine kurze Ansprache mit anschließender Schweigeminute für die im Widerstand Ermordeten geben soll.
Von da ab soll die Route in Richtung Markt zur Abschlußkundgebung gehen.

Jüdenstraße **GT/ExtraTip**	**Ideologieträger**
Burgstraße **Fiedlers Ex-Büro**	**Faschismusfigur**
Nähe Rosengarten **ehemaliger Soldat**	**Militarismusfigur**
Gotmarstraße **Deutsche Bank**	**Kapitalismusfigur**
Jüdenstraße **Sex-Shop**	**Patriarchatsfigur**

Zur Abschlußrede wird die Pyramide, in der Mitte des schwarz/rot/gelben Feldes, mit lautem Krachen verbrannt. Das alte Unterdrückungssystem wird – symbolisch – abgeschafft

Zum Ablauf
Um 12.30 wird mit der Aktion der Marktplatz besetzt.
Die Demo beginnt um 17.30.
Die Demoroute:
Markt, Weender Straße, Gotmarstraße, Zindelstraße, Nicolaistraße, Bürgerstraße, Hiroshimaplatz, Kurze Geismarstraße, Jüdenstraße, Barfüßerstraße, Burgstraße, Rote Straße, Jüdenstraße, Weender Straße, Weender Landstraße, Kornmarkt.
Der besseren Hörbarkeit wegen wird in der Demo ein Lautsprecherwagen mitgeführt.
Auf der Demo wird selbstverständlich kein Alkohol oder anderer Drogenkonsum geduldet. Menschen, die offensichtlich unter Drogeneinfluß stehen, werden aus der Demo verwiesen.
Um die Kommunikationsfähigkeit während der Demonstration zu gewährleisten, soll es Gruppen am Rand der Demo geben, die mit Megaphonen ausgerüstet sind. Sie sollen, wie alle anderen DemoteilnehmerInnen auch, im Rahmen ihrer Möglichkeiten darauf achten, daß das Konzept von allen eingehalten wird.

Mobilisierung
Für den 2. Oktober werden befreundete GenossInnen aus der BRD und VertreterInnen von Organisationen aus dem Ausland eingeladen.
Das Konzeptpapier wird im Vorfeld veröffentlicht und verschiedenen PressevertreterInnen zur Verfügung gestellt.
Es ist unser Anliegen, daß die Aktionen auch in einer Medienöffentlichkeit stattfinden. Von daher ist selbstverständlich, daß auf der Demo ungehindert gefilmt und fotografiert werden kann.

Wie in der Vergangenheit gibt es kein gemeinsames Aufrufflugblatt, sondern die Gruppen sollten vielmehr eigene Flugblätter zu ihren Schwerpunkten herausgeben. Es erscheint ein Mobilisierungsplakat in DIN A2-Format.

Grundlage
Ziel der Demo und der Agit-Prop-Aktion ist es, Öffentlichkeit zu schaffen und politische Inhalte zu vermitteln. Grundlage zur Durchführung der Demonstration und der Agit-Prop-Aktion unsererseits sind die in diesem Papier vorgestellten konzeptionellen Überlegungen.
Das Konzept wird von den unterzeichnenden Gruppen getragen, sie gestalten den Tag am 2. Oktober zusammen.
Wir werden die Aktion nicht anmelden.
Für die Durchführung des Konzeptes tragen die unterzeichnenden Organisationen und Gruppen Sorge.

Es gibt noch immer Ermittlungen nach §129a gegen Autonome in Göttingen. Egal ob die Polizei auf Eskalation oder Deeskalation setzt – der Staatsschutz zielt nach wie vor auf die Zerschlagung des antifaschistischen Widerstandes ab.

Jeder Aufmarsch der Staatsmacht muß daher als bewußte Provokation verstanden werden.
Die Ereignisse der letzten Zeit, der Nicht-Einsatz des Staatsapparates gegen die Faschisten in Fulda am 14. August, die Diskussion um Deeskalation in Göttingen und nicht zuletzt die Ermittlungen gegen den antifaschistischen Widerstand haben wieder verdeutlicht, wo die Polizei politisch anzusiedeln ist.

Für die Folgen einer Provokation gegenüber der Demo trägt allein der Polizeiapparat die Verantwortung.

Autonome Antifa (M), Antifa Jugend Front (AJF) Göttingen

Göttingen, 12. September 1993

Aufruf zur Demonstration am 9. Oktober in Lübeck

Für die sofortige und bedingungslose Freilassung von Irmgard Möller!

Irmgard Möller, Gefangene aus der RAF, sitzt jetzt seit über 21 Jahren im Gefängnis.
Trotz dieser 21 Jahre Sonderhaftbedingungen, trotz all dem, was man gegen sie versucht hat, ist Irmgard nicht gebrochen, ist sie lebendiger Beweis, daß Menschen an ihren Zielen, Wünschen und Hoffnungen auch unter härtesten Bedingungen festhalten können.
Aber ihr Beispiel zeigt auch, daß Zeit keine unerschöpfliche Ressource ist. Irmgards Gesundheit ist durch die Haftbedingungen stark angegriffen und ihr Zustand zeigt sehr deutlich, daß nach dieser langen Haft keine Reserven mehr vorhanden sind.
Irmgard hat fast ihr halbes Leben im Knast verbracht.
Wir wollen nicht zulassen, daß Irmgards Gesundheitszustand und die Dauer ihrer Haft die Perspektive für die anderen Gefangenen aus der RAF werden, die zu lebenslänglicher Haft verurteilt sind.
Wir fordern die sofortige und bedingungslose Freilassung von Irmgard Möller! Um den dazu notwendigen politischen Druck zu erreichen, rufen wir auf zu ener Demonstration am 9. Oktober 1993 in Lübeck.
Spätestens seit Anfang 1993 ist klar, daß der Staat seine Vernichtungspraxis gegen die Gefangenen fortsetzt: es gab keine Freilassungen, außer der von Günter Sonnenberg und bei denjenigen Gefangenen,deren Haftdauer regulär beendet war; es gab keine Zusammenlegung; nicht einmal alle haftunfähigen politischen Gefangenen wurden freigelassen. Z.B. sitz Ali Jansen trotz schweren Asthmas immer noch im Knast in Schwalmstadt. Bernd Rössner, der durch jahrelange Isolation schwer krank geworden ist, wurde trotz des politischen Drucks nur mit einer Haftunterbrechung rausgelassen.
Statt dessen gab und gibt es neue Prozesse aufgrund von Kronzeugenaussagen, selbst gegen Gefangene , die bereits mehrfach zu lebenslänglicher Haft verurteilt sind. Diejenigen Gefangenen, die bereits länger als 15 Jahre in Haft sind, wurde eine Entlassung verweigert. Stattdessen sollten sie sich psychatrischen Gutachten unterziehen, die ihre weitere Gefangenschaft rechtfertigen sollten.
Das Auftreten des Staates in Bad Kleinen hat deutlich gemacht, daß er weiterhin auf Eskalation setzt, bis hin zur Hinrichtung von Wolfgang Grams. Ebenso kann von der propagierten Normalisierung der Haftbedingungen keine Rede sein: Birgit Hogefeld ist seit ihrer Verhaftung in Bad Kleinen genau den gleichen Haftbedingungen unterworfen, wie Irmgard Möller und alle anderen Gefangenen aus der RAF zu Beginn der siebziger Jahre, die von Amnesty International und dem UN- Menschenrechtsausschuß seit Jahren als Menschenrechtsverletzungen kritisiert werden. Es findet eine Wiederholung und Fortsetzung der seit 23 Jahren gegen die Gefangenen aus der RAF und aus dem Widerstand praktizierten Politik statt.
Irmgard Möller ist diesen Haftbedingungen seit 21 Jahren ausgesetzt. In den 21 Jahren ihrer Gefangenschaft wurden sämtliche Sonderhaftbedingungen, die von Anfang an gegen alle Gefangenen aus Guerillagruppen und antiimperialistischem Widerstand entwickelt wurden, gegen sie angewandt; Einzel- und Gruppenisolation, verschärfte Besuchsüberwachung und Briefzensur, Zensur der politischen Information und Diskussion.
Irmgard Möller kam wie die meisten in den Anfängen der RAF aus der Studentenbewegung 67/68. 1971 schloß sie sich der RAF an. Im Mai 1972 führte die RAF mehrere Aktionen gegen die US-Kriegsmaschinerie durch, in Solidarität mit dem vietnamesischen Befreiungskampf und gegen die Bundesrepublik, die den Völkermord in Vietnam unterstützte. Zwei Monate später, am 6. Juli 1972 wurde Irmgard Möller in Offenbach verhaftet.

Innerhalb weniger Monate war fast die ganze Gruppe gefangengenommen worden. Der Bundesgerichtshof, das höchste Gericht in der BRD, legte das Programm gegen die Gefangenen fest: 24 Stunden Isolation.
Nachdem Irmgard Möller im ersten Prozeß zu 4 1/2 Jahren Haft verurteilt w urde, kam sie nach dieser Zeit nicht frei, sndern wurde in einem neuen Verfahren 1979 zu lebenslänglich plus 15 Jahre verurteilt. Ihr wurde vorgeworfen, im Mai 1972 unmittelbar am Angriff der RAF auf das US-Headquarter in Heidelberg beteiligt gewesen zu sein. Das Headquarter war für die Koordination der völkerrechtswidrigen Bombadierungen Nord-Vietnams zuständig. gestützt wurde das Urteil einzig auf die Aussagen des Kronzeugen Müller. Müller, der nachweislich einen Polizisten erschossen hatte, wurde, nachdem er sich - durch jahrelange Isolationshaft gebrochen - der Justiz als Kronzeuge zur Verfügung gestellt hatte, nach 5 Jahren entlassen.
Irmgard Möller hat als einzige der vier Gefangenen aus der RAF im Gefängnis von Stuttgart-Stammheim die Nacht vom 18.10.1977 überlebt. Sie war durch mehrere tiefe Messerstiche schwerverletzt worden und sagte ein Jahr später vor einem Untersuchungsausschuß aus, daß der Tod von Andreas Bader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe - entgegen der staatlichen Propaganda - kein Selbstmord war. Trotzdem werden bis heute alle, die von staatlicher Tötung oder Mord sprechen, in der BRD strafrechtlich verfolgt.
Obwohl schon im ersten Verfahren gegen Irmgard Möller ärztliche Gutachter feststellten, daß sie durch die Auswirkungen der Isolationshaft verhandlunsgunfähig war, wurden ihre Haftbedingungen, besonders nach dem 18.10.1977 noch verschärft. Ihre GenossInnen, mit denen sie in Stammheim vorher zusammengelebt hatte, waren tot - Ingrid Schubert, die ebenfalls vorher in Stammheim war, wurde im November im Gefängnis München-Stadelheim erhängt aufgefunden. Irmgard Möller wurde nach kurzem Krankenhausaufenthalt nach Stammheim zurückgebracht. Ihre Zelle glich jetzt einem Tigerkäfig: statt einer Tür war ein offenes Gitter vor ihrer Zelle angebracht, mit einer Wache, die sie Tag und Nacht beobachtete. Sie mußte sich mermals täglich nackt ausziehen. Besucher durfte sie bis 1989, also 12 Jahre lang, nur noch hinter der Trennscheibe sehen.
Seit 1980 ist Imgard Mölle in Lübeck inhaftiert und dort mit anderen Frauen aus der RAF in einem vollständig isolierten Trakt zusammen. Die Kleingruppe umfaßte dort nie mehr als 3 bis 4 Frauen, nur für wenige Monate waren sie zu fünft. Im Sommer 1987, nach 15 Jahren Haft, überprüfte ein Gericht entsprechend den gesetzlichen Vorschriften, ob Irmgard Möller entlassen werden solle. da sie ihre politische Idenität bewahrt hat und sich nicht vom revolutionären Kampf distanziert, war die Entscheidung negativ. Zur Zeit läuft erneut ein Verfahren, in dem darüber entschieden wird, ob Irmgard Möller weiter im Knast bleiben soll. Formal ist das Landgericht Lübeck zuständig, die Entscheidung über ihre Freilassung ist aber eine politische.
21 Jahre ist Irmgard Möller in Haft, andere politische Gefangene seit 18, 15, 10 oder 6 Jahren - für alle Menschen sind diese Jahre im Gefängnis zu viel.

Wir halten fest an der Forderung nach Freilassung der haftunfähigen Gefangenen, der Zusammenlegung der Gefangenen in Gruppen mit der Perspektive ihrer Freilassung und der sofortigen Aufhebung der verschärften Isolationshaft bei Birgit Hogefeld.

Wir Fordern:

Freilassung von Irmgard Möller - jetzt!

Zuschrift:

INTERVIEW mit einem türkischen Antifaschisten nach den Solinger Morden

Frage: Auf den Demos nach den Solinger Morden waren viele Jugendliche aus der Türkei, die zum Teil mit türkischen Fahnen rumliefen und das Graue Wölfe -Zeichen machten. Sind das alles Rechte oder sogar Graue Wölfe?

Antifa-Gençlik: Ich denke, daß die meisten Jugendlichen, die in Solingen und auch hier in Köln auf der straße waren, nicht unbedingt den Grauen Wölfen zuzurechnen sind. Viele Jugendliche gehen mit ihrer türkischen Fahne auf die Straße, weil sich die neonazistischen Angriffe gegen TürkInnen richten. Sie wollen sich mit der Fahne gegen den Rassismus und die faschistischen Morde eine Identität geben.

Natürlich gibt es unter diesen Jugendlichen auch organisierte Graue Wölfe, die versuchen, die Jugendlichen für ihre Ziele zu gewinnen. Es war sogar so, daß einen Tag nach der ersten Randale-Nacht, an der sehr viele unpolitische, unorganisierte Jugendliche beteiligt waren, auswärtige Graue Wölfe nach Solingen gekommen sind, um dort ihre Stärke zu zeigen;-daß sie auch da sind.

Ich denke, daß es ein Fehler ist, all die Jugendlichen mit den Grauen Wölfen in einen Topf zu schmeißen. Sie sind zwar nationalistisch orientiert, aber sind nicht unbedingt Faschisten. Ich denke, wir können sie auch für Antifa-Aktionen gewinnen, in dem wir eine kontinuierliche Arbeit unter ihnen machen.

Frage: Kannst du was zum Konflikt mit der Gruppe von türkischen Jugendlichen bei der Anti-Deutsche Liga-Mobilisierung am 9.Juni auf der Domplatte sagen? War es richtig, diese Gruppe auszugrenzen?

Antifa-Gençlik: Ich fand es sehr wichtig, die Gruppe aus der Antifa-Demo auszuschließen. Aus dem Grund: In dieser Gruppe befanden sich einige gut organisierte Graue Wölfe, die die Jugendlichen aufgehetzt haben. Sie haben sie dazu gebracht, Parolen zu brüllen wie "Türkei,Türkei", "Türkei den Türken","Tod den Kurden"und so ähnliche Parolen.

Nachdem einige Leute mit diesen Jugendlichen diskutiert hatten und versucht hatten, zu erklären, was diese Fahne mit dem Stern und dem Halbmond in der Türkei für ein Symbol ist,- sie den Völkermord an den KurdInnen und faschistischen Terror symbolisiert -, waren diese Jugendlichen trotzdem so drauf, daß sie die Fahne nicht runterholen wollten und dann die Antifas provozierten, in dem sie das Symbol der Grauen Wölfe machten.

Ich fand es also politisch richtig, sie auszuschließen. Nur finde ich, wir sollten versuchen, mit den Jugendlichen, die nicht zu den Grauen Wölfen zählen, in Kontakt zu kommen.

Frage: Die linken türkischen Organisationen haben ja eine andere Haltung. Sie sagen, das sind Rechte, wir müssen sie bekämpfen, wir haben nichts damit zu tuen.

Antifa-Gençlik: Zu den Sachen, die in Solingen abgegangen sind, diese spontane Radikalität der Jugendlichen, - wo dann später die Grauen Wölfe noch dazu gekommen sind, - sagt die türkische Linke: Alle die die türkische Fahne tragen sind für uns Faschisten. Sie schmeißen sie damit in den Schoß der Faschisten. Ich denke, das ist ein politischer Fehler. Ich denke, daß hier in Köln am 9.Juni und bei den Trauerfeierlichkeiten auch Jugendliche aus demokratischen und kurdischen Familien waren, die sich mit der Fahne identifiziert haben. Dieser Angriff (in Solingen) richtete sich gegen Türken. Die Jugendlichen wissen natürlich nicht, wie sie sich gegen die rassistischen Angriffe wehren sollen. Das einzige, womit sie erstmal dagegen antreten können, ist diese Fahne. Das ist auch die Politik der türkischen Regierung. Was diese 3. Generation TürkInnen hier an Nationalgefühl verloren hat, versucht sie ihr mit dieser Fahne zurückzugeben.

Wenn die türkische Linke dann so reagiert und jeden als Faschisten abstempelt, der die Fahne trägt, dann denke ich, daß sie sich selber isolieren wird.

Frage: Und wie verhalten sich die kurdischen Organisationen?

Antifa-Gençlik: Nach Solingen wurde in der deutschen und der türkischen Presse gesagt, daß die Randale von Kurden gemacht worden ist; die kämpfe zwischen Faschisten und Linken haben sie als Kämpfe zwischen Türken und Kurden dargestellt.

Daraufhin hat dann die ERNK ein Flugblatt veröffentlicht, in dem sie die Morde in Solingen verdammt hat, aber erklärt, sich von Aktionen fernhalten zu wollen, weilsich an vielen antirassistischen Aktionen, Demos etc. auch türkische Faschisten beteiligen.

Einige kurdische Leute denken, daß der türkische Geheimdienst die Morde von Solingen mit organisiert hat, um die ImmigrantInnen hier in der BRD für sich zu gewinnen und den Befreiungskampf in Kurdistan zu bekämpfen.

Einzelne KurdInnen waren bei Aktionen, aber kurdische Organisationen haben sich zurückgehalten.

Viele Kurdische leute wurden sogar von türkischen Rechten bedroht, einige Wohnhäuser, Lokale und Vereine wurden von türkischen Faschisten angegriffen, kurdische Leute wurden auf der Straße verprügelt, einige haben Drohbriefe bekommen.

Frage: Denkst du, daß es ein Zufall war, daß die Trauerfeier für die Opfer aus Solingen in der Ditib-Moschee in Köln stattfand? (fundamentalistisch)

Antifa-Gençlik: Es könnte einZufall sein. Aber ich denke es nicht, weil es Berichte gibt, die aussagen, daß die Familie Genç aus Solingen von einem Imam, der für NRW zuständig ist, unter Druck gesetzt wurde.

Er bestand darauf, daß sie in Köln stattfinden soll.

Es kann sein, daß sie das bewußt in Köln machen wollten um die nationalen und religiösen Gefühle der Menschen zu stärken. Und um zu zeigen, das Tausende islamische Leute zusammen beten können, daß sie 10 tausend Leute werden können und eine starke Gemeinschaft sind.

Frage: Was sind die Hauptziele der Grauen Wölfe in der BRD?

Antifa-Gençlik: So direkt kann man das nicht sagen. Man kann nur spekulieren. Ich denke das ist erstmal, ihre Ideologie unter den ImmigrantInnen und Immigranten aus der Türkei zu verbreiten; gute Beziehungen zu den deutschen Faschisten aufzubauen, damit sie in der Türkei eine stärkere Macht werden können und in der europäischen und internationalen Fascho-Bewegung auch zu Wort kommen zu können.



Zweiten, was ich eben schon angedeutet habe, wollen sie das nationalgefühl der Jugendlichen stärken, damit sie dem Projekt "Groß-Türkei" ein Stück näher kommen. Sie wollen ja eine "Groß-Türkei" vom Balkan bis nach Kleinasien.

Frage: Wir haben von einer Zusammenarbeit zwischen FAP und Grauen Wölfen gehört.- Weißt du was dazu?

Antifa-Gençlik: Es war so daß 1992 vor dem Anschlag in Möln der Vorsitzende der Grauen Wölfe, Türkesch, aus der Türkei nach Deutschland kam. Sie wollten in Duisburg eine Veranstaltung organisieren, um den Besuch bekannt zu machen und "GroßTürkei" zu propagieren.

Dafür haben sie mit der FAP Kontakt auf genommen. Die FAP hat dann für sie einen Saal in Duisburg angemietet; -unter dem Motto "Solidarität mit Kurdistan".

1992 war es ja auch zu einem Volksaufstand in Kurdistan gekommen in Cisre und Cirnak. Daraufhin wurden hier in der BRD viele Aktionen zu Kurdistan gemacht, Solidaritätsaktionen von kurdischer, türkischer und deutscher Seite.

Die FAP hat dann also unter diesem Motto den Saal angemietet. Sie haben dann Schutz vom Staat, also den Bullen, gefordert, weil die Veranstaltung von türkischen Faschisten angegriffen werden könnte!

Als sich dann in Duisburg ein starkes, antifaschistisches Bündniss von Autonomen bis zu türkischen und kurdischen Linken gegründet hat um die Veranstaltung der türkischen Faschisten zu verhindern, wurde die Veranstaltung von der Stadt verboten, weil sie gemerkt haben, daß es doch keine Kurden waren, sondern deutsche und türkische Faschisten, die nach Jahren erstmals wieder gemeinsam sone Veranstaltung durch führen wollten.

Es sind auch noch weitere Sachen über Beziehungen zwischen der FAP, NF und DL und den Grauen Wölfen, also Bozkurt bekannt. Boz heißt grau und Kurt ist Wolf. Ich sage bewußt Bozkurt, damit deutsche Linke in Zukunft, auch wenn keine Zeichen gemacht werden, auf Plakaten, Flugblättern oder Transparenten, wenn sie das Wort "Bozkurt" lesen, Bescheid wissen. Die Grauen Wölfe werden sich nicht auf Deutsch auf Plakate schreiben. Also Bozkurt oder sie werden sich "Ulusal Genclik" oder "Hür Genclik" nennen. (Nationale Jugend; Freie Jugend)

Es ist auch so, daß die türkische Fascho-Scene über die türkischen und kurdischen linken Einrichtungen gut informiert ist. Sie können jederzeit, wenn sich die Lage zuspitzt, Aktionen vorbereiten und wie die Anti-Antifa oder die Neonazis Brandanschläge machen.

Und im Gegensatz zu den Faschos ist die türkische Linke in diesem Bereich ziemlich schwach. Sie kennen ihren Feind überhaupt nicht. Sie kämpfen zwar gegen einen Feind: gegen Faschismus, gegen das Kapital, gegen Imperialismus; aber wenn es um Praxis geht, wissen sie überhaupt nicht wo der Feind steht.

Die kurdische Linke kann man etwas Beiseite lassen, weil sie gut Bescheid wissen, wo sich die türkischen Faschisten organisieren.

Frage: Wir denken, daß sich in den Demos und Aktionen nach den Morden in Solingen ein neues Selbstbewußtsein der ImmigrantInnen in der BRD ausgedrückt hat, daß sie dem faschistischen Terror nicht mehr tatenlos zusehen. Was könnt ihr dazu sagen?

Antifa-Gençlik: Wir sehen diese neue Entwicklung auch ziemlich positiv. Es ist so: Unsere Eltern, die in den 60er, 70er Jahren nach hier gekommen sind, die sich selbst als GastarbeiterInnen und Gastarbeiter bezeichnen, sagen, wir sollen uns nicht gegen den deutschen Staat und die deutsche Bevölkerung auflehnen, also nicht wehren. Wir sollen alles hinnehmen, wie sie es gemacht haben.

Die neue Generation, also die 3. und auch die 4.Generation, hat Ende der 80er, also mit dem Fall der Mauer, begriffen, daß es langsam so weit ist, daß sich die ImmigrantInnen organisieren müssen, daß sie Widerstand gegen den Faschismus und Rassismus - ob nun staatlichen oder individuellen Rassismus - leisten müssen. Bei den letzten Ereignissen, also Möln und Solingen, hat sich gezeigt, daß viele Leute frustriert sind und Wut auf den Staat haben, auf alles was mit ihnen gemacht wird, daß sie als minderwertig dargestellt werden; und daß sie endlich die Fresse davon voll haben, so behandelt zu werden, und kapiert haben, daß sie sich organisieren müssen.

Nur denke ich, es ist eine Gefahr da, daß die Grauen Wölfe diesen Aufstand, diesen Aufruhr der ImmigrantInnen wieder ausnützen werden. Also ich bin mir sicher, daß die Grauen Wölfe nach den Ereignissen von Solingen jetzt massiven Zulauf haben werden. Das wird aber nach ner Zeit wieder zurückgehen.

Halle/Saale, 9. Juni 1993

BürgerInnen der Stadt nutzen die Anwesenheit Ministers Rühe an einer öffentlichen Vereidigung von Bundeswehrsoldaten auf dem Hallmarkt und protestieren u.a. mit diesem Plakat gegen den Verkauf der Kriegsschiffe. Sabine Leloup wird beim Versuch, diese Plakate zu kleben, von einer Zivilstreife der Polizei festgenommen. Die Plakate werden beschlagnahmt. Die Protestaktion findet trotzdem statt. In einem Fernsehinterview bezeichnet Rühe die Demonstranten als "Pöbel". Eine diesbezügliche Klage von vier DemonstrantInnen wird von der Staatsanwaltschaft mit dem Hinweis auf das Recht der freien Meinungsäußerung zurückgewiesen.
Stattdessen stellt Rühe Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft Halle:

(Zitat) "Frau Sabine Leloup hat mich durch Verbreiten eines Plakates beleidigt sowie den Tatbestand der üblen Nachrede gegen Personen des öffentlichen Lebens verwirklicht."

Wenn Ihr/Sie beiliegende Postkarte absendet/absenden (vielleicht per Einschreiben mit Rückantwort), wird unser Protest gegen den Rüstungsexport nach Indonesien und die Forderung, die Anzeigen gegen die Schiffsbesetzer von Peenemünde und Sabine Leloup sowie andere DemonstrantInnen in Halle zurückzunehmen, unterstützt.

Informationen zur Verleumdungsklage Rühes:
NEUES FORUM Halle Tel. (03 45) 2 45 20, Fax. (03 45) 2 55 25

***Weitere Informationen zu Indonesien, dem Rüstungsexport; Plakate** (auch andere Mitglieder des Bundesverteidigungsrates sind verfügbar):*
Timor und kein Trupp, Tel. u. Fax. (03 51) 5 37 49, Tel. (03 51) 5 58 18 oder NEUES FORUM Dresden Tel.: (03 51) 4 84 55 08, Fax. (03 51) 4 95 24 20

BEIHILFE ZUM VÖLKERMORD

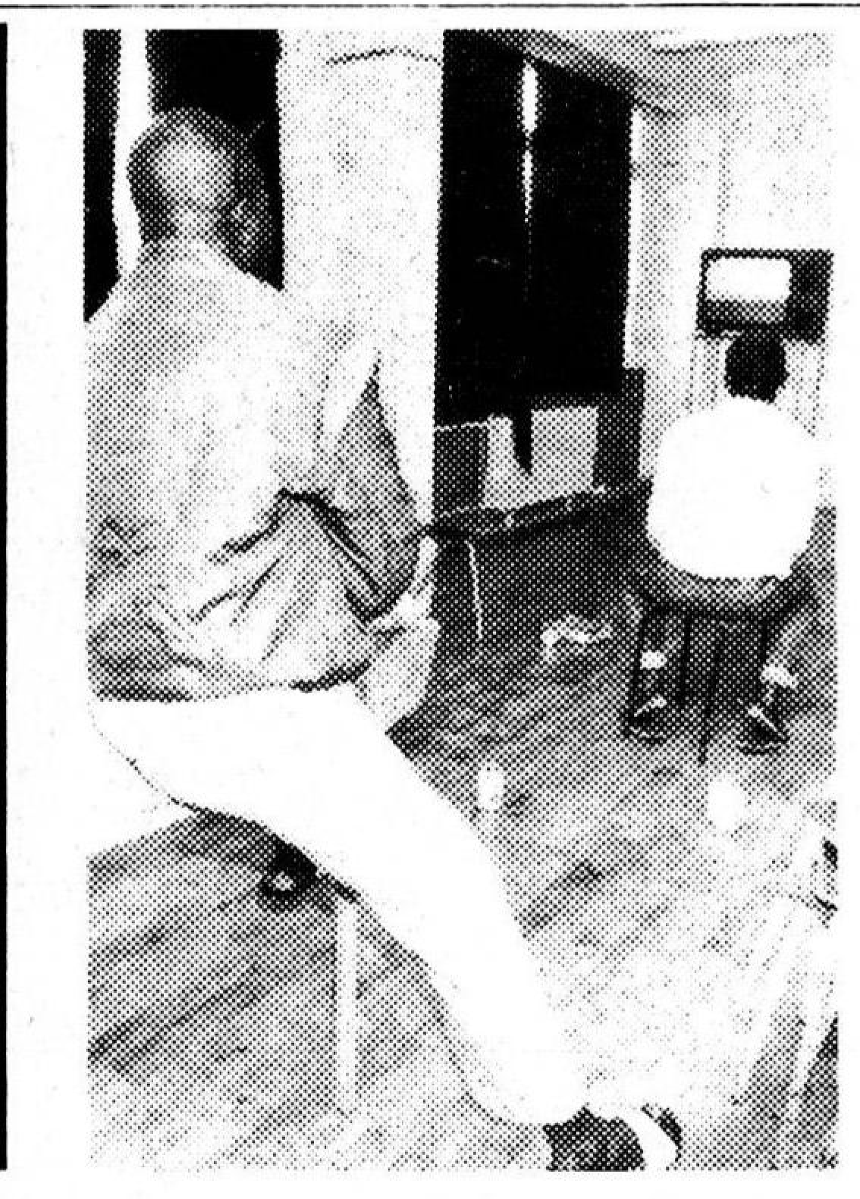
DRINGEND VERDÄCHTIG:



Rühe, Volker (CDU)

Kriegsminister

Mitglied im Bundessicherheitsrat; war beteiligt an der Erteilung der Genehmigung zum Verkauf von 39 Kriegsschiffen nach Indonesien, wo die Menschenrechte mit den Füßen getreten werden.



Schwarz-Weiße Zeiten

AusländerInnen in Ostdeutschland vor und nach der Wende
Erfahrungen der Vertragsarbeitnehmer aus Mosambik
Interviews - Berichte - Analysen
192 Seiten, zahlreiche Karikaturen
Herausgeber: BAOBAB, IZA, KKM, tdh
1993

Preis: DM 12,- zu bestellen bei:

KoordinierungsKreis Mosambik, Klasingstr. 17, 4800 Bielefeld
Informationszentrum Afrika, Schildstr. 28, 2800 Bremen 1
BAOBAB-Infozentrum, Winsstr. 53, O-1055 Berlin

ARCHIV NACHRICHTEN

Veröffentlichung der GRUPPE ARCHIV (Coburg)

NR: 3

Betr.: ERMORDUNG DES ANC-FÜHRERS CHRIS HANY u.a.

DIE DRAHTZIEHERINNEN

Nation und Europa
NE
Coburg

Hilfskomitee Südliches Afrika
HSA
Coburg

Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft e.V.
D S A G
Frankfurt (Zentrale) - Coburg

EXTREME RECHTE SÜDAFRIKAS:
Conservative Party (CP)
Afrikaanse Weerstandsbeweging (AWB)
World Apartheid Movement (WAM)
Afrikaanse National Socialist Movement (ANS)

BESTELLADRESSE:

INFOBÜRO/STICHWORT BROSCHÜRE
C/O BÜCHERKISTE
SCHLEHENGASSE 6

90402 NÜRNBERG



FREITAG

24.9.

19.30 Uhr

Vorbereitungsplenum für eine antirassistische Demo am 3.10. lädt ein:
Vorbereitungstreffen/VV im Mehringhof, Versammlumgsraum

25.9.

SONNABEND

21.00

Kümmerlingparty im Sportlertreff
→SCHÖNHAUSER ALLEE 21

Antifa-Party !!! Kastanie 85
Vokü ab 19.00 Uhr

18.00 Uhr im SO 36. Oranienstraße 190.!

Bewegung

AKTIONSBÜNDNIS CSD 93/94
-MITTIG-
Gibt es eine lesbisch-schwule Perspektive?

Palaver
Aktionen

26.9.

SONNTAG

21.30 Uhr
Sonntagskino im KOB

" TANIA - LA GUERRILLERA "

Von Heidi Specogna, 1991, 90 min.

Im August 1967 - wenige Wochen vor Ernesto Che Guevaras Tod - gerät seine Nachhut in einen Hinterhalt des bolivianischen Militärs und wird fast restlos aufgerieben. Unter den gefallenen Guerilleros befindet sich eine Frau, die unter dem Partisanennamen «Tania la Guerrillera» in die Befreiungsgeschichte der lateinamerikanischen Völker eingegangen ist. Erst Monate später wird die Identität bekannt: Tamara Bunke, dreissig Jahre alt, DDR-Bürgerin. Die Tochter deutscher Kommunisten reiste 1961 nach Kuba und beteiligte sich am Revolutionsprozess. Unter der Obhut von Comandante Che Guevara wurde sie einer harten militärischen Überprüfung und Ausbildung unterzogen und für eine besondere Mission in Bolivien vorbereitet.

Zwischen den beiden Identitäten fördern die Geschichtsschreiber eine dritte zutage: Laura Gutiérrez Bauer, Folkloristin argentinischer Herkunft. Unter dieser Legende reiste Tamara Bunke 1965 nach Bolivien, wo es ihr innert kürzester Zeit gelang, gesellschaftliche Beziehungen auf höchster Regierungsebene zu knüpfen. Dies ermöglichte ihr, das Netz und die Organisation des zukünftigen «Ejército de Liberación Nacional» Che Guevaras bis ins letzte Detail vorzubereiten. Von März 1967 bis zu ihrem Tod im August kämpfte sie, mit der Waffe in der Hand, in den Reihen Che Guevaras für die gemeinsamen Ideale.

Der Dokumentarfilm von Heidi Specogna setzt den vorhandenen Geschichtsbildern - jenem unzugänglichen einer Heldin, die als Namensgeberin von Strassen, Schulen und Brigaden in der DDR und Kuba verewigt wurde, und jenem im Westen verbreiteten Geschichtsbild einer KGB-Spionin - ein andereres entgegen: Aus den Erzählungen der Menschen, die sie als Tamara Bunke gekannt haben und die mit ihr als «Tania la Guerrillera» für die Befreiung der lateinamerikanischen Völker gekämpft haben, entsteht ein vielschichtiges Porträt einer selbstbewussten und kämpferischen Frau und zugleich ein spannender und aufschlussreicher Beitrag zur jüngsten Geschichte.

27.9.

MONTAG

19.30 Uhr

Bleiben darf nur
wer Arbeit hat...

Veranstaltung zur
Bleiberechtsregelung für
ehemalige
vertragsarbeiterInnen
Baobab Infoladen, Winsstr. 53

29.9.

MITTWOCH

20.00 Uhr

Che Guevaras Ideen und Cuba heute
Infoladen Baobab, Winsstr. 53, 10405 B;

Kundgebung vor dem Arbeitsamt
Kreuzberg/Charlottenstr.

11 UHR

AM MITTWOCH, 29. SEPTEMBER,

Gegen Sozialabbau, Lohnsenkung und Zwangsarbeit !!!!!

Kommt alle!!! Zeigen wir , daß wir uns nicht alles gefallen lassen !

AntiFa-Café-Wedding
in der Putte, Osloerstr. 12, 2.HH, 2.Etage
Filme + Vorträge + Diskussionen

Oberbaumbrücke

23.9.

Am 23. September
um ca. 20 Uhr 20
Direktübertragung
der Bekanntgabe des
Olympia-Austragungsorts
Bleibt nicht alleine vor der
Glotze hängen!
Kommt zur Oberbaumbrücke
zum Feiern oder Ärgern!

WEG MIT DEN RINGEN

V.i.S.d.P.G. Max der Olympiabär, Zielstraße 44, 12445 Berlin